

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis halbjährlich 2.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepolte Rollenzeit ober dem Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zur Ausweisungsschmach.

In den letzten Tagen ist einigen bürgerlichen Zeitungen die Junge gelöst. Sie haben sich zu Protesten gegen die Ausweisungsschmach aufgerafft. Nur „Die Welt am Montag“ und die „Tribüne“ nehmen sich der angeblich „Politischen“ an. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt mancherlei, aber auch nicht ein Wort der Kritik an diesen Ausweisungen, nicht ein Wort zum Schutz dieser Ausgewiesenen. Im Gegenteil, es fährt fort, das skandalöse Verfahren der Polizei zugunsten des Spiridonowa-Parasiten zu bedenken, indem es allerhand polizei-offiziösen Ausstellungen Raum gibt und durch seine Kritik eines anderen Teils der Ausweisungen zu verstehen gibt, daß es gegen die politischen Ausweisungen nichts einzuwenden hat. Das muß festgenagelt werden!

Was sollen die „Politischen“ verbrochen haben? Auch nicht einem einzigen ist, wie wir hören, reiner Wein eingeschänkt worden; einigen ist, wie schon mitgeteilt, als Ursache der Ausweisung angedeutet, daß sie sozialdemokratische Versammlungen besucht hätten. Uebrigens wäre das kein stichhaltiger Anlaß zur Ausweisung — außer etwa für Mütter vom Schlage der „Poffi“. Aber auch die leitende Presse ist liberal genug — gegen die Polizei, diese Behandlung zu akzeptieren. Der Fehler ist schlimmer als der Fehler — das gilt auch im öffentlichen Leben. Pfui über diese liberalen Fehler der Polizei!

Lafage ist aber, wie uns bestimmt versichert wird, daß jene Ursache bei allen zwanzig, oder wenigstens bei den meisten von ihnen, nicht vorliegt. Das wäre leicht erweislich. Aber in Ausweisungssachen gibt's für Ausländer keine Klage und damit keine Möglichkeit eines geordneten Beweisverfahrens. Ueberall sonst gilt der Satz „in dubio pro reo“ — im Zweifel ist zugunsten des Beschuldigten zu entscheiden. In Ausweisungssachen nicht. Da entscheidet despotisch das mehr oder weniger weite Gewissen jener dunklen Spitzel-Ehrenmänner, die ein anständiger Mensch nicht mit Handschrauben anfängt; man ist dieser Sorte von Menschen auf Gnade und Ungnade, ohne die Möglichkeit einer Abwehr ausgeliefert. „An eines Spitzels Wort soll man nicht drehen noch deuteln“ — so heißt's auf Polizei-Deutsch. Wer nicht einsteht, daß dieser Zustand eines Kulturstaates, der doch Deutschland zu sein vorgibt, unwürdig ist, mag nach Rußland ziehen, unter die Zittliche Durnowos.

Mit anerkennenswerthem Eifer hat sich in den letzten Tagen das „Berliner Tageblatt“ der nicht politischen Ausgewiesenen angenommen, die von Abteilung V des Polizeipräsidiums „bearbeitet“ worden sind und werden. Aber, und das ist wiederum charakteristisch für die Sorte Liberalismus, wie sie im „Tageblatt“ ihr Wesen treibt: Die ganze Enttäuschung des „Tageblatts“ richtet sich dagegen, daß auch viele wohlhabende, selbst reiche Russen der Polizeivillkür zum Opfer gefallen sind. Wir hatten ganz richtig tarziert, als wir vor einigen Tagen damit rechneten, daß eine solche Mißachtung des heiligen Mammons den „Tageblatt“-Liberalismus auf die Weine bringen würde. Natürlich stehen wir auch diesen Ausweisungen nicht feind gegenüber, und die ungläublichen Sinnlosigkeiten, die sich die Polizei in ihrer Ausweisungspraxis bekommen läßt, sind geeignet, diese ganze Praxis als eine hilf- und ziellose nach jeder Richtung hin zu diskreditieren. Aber die Arbeiter, Arbeiterinnen und Kleinhandwerker, die man aus Deutschland hinauswirft, sind natürlich weit schlimmer daran, als die paar vermögenden Leute, die ihr Geld schließlich auch anderwärts verzehren können, jedenfalls nicht in unmittelbare Nützlosigkeit und Not getrieben werden.

Was sollen die Laufende von Ausgewiesenen anfangen, denen kein Kapital zur Verfügung steht, denen auch das Reisegeld zur Ueberstapelung fehlt! Zahlreiche Fälle wissen wir, wo ganze Familien mit kranken und schwangeren Frauen, Kindern im zartesten Alter in eilige Kälte erbarmslos hinausgejagt worden sind — ohne jeden Grund. Zeugen traurigster Szenen, die Steine erweichen könnten, waren in den letzten Monaten alle, zu denen diese Bedauernswerten, die da nicht wußten, wo sie ihre Häupter hinlegen sollten, hilfesuchend kamen, ohne daß ihnen doch geholfen werden konnte.

Unwahr ist es, daß diese Ausgewiesenen arbeitslos oder armenpflegebedürftig gewesen wären: durchweg handelte es sich, soweit wir ermitteln konnten, um tüchtige Arbeiter mit auskömmlichem, häufig sehr gutem Verdienst, die durchaus nicht als Lohnrücker austraten, meist eine feste Existenz in Deutschland begründet hatten und gegen deren Ausweisung sich selbst oft die Arbeitgeber verwandten. Wir haben überreichliches Material hierfür in der Hand, das eine schwere Anklage gegen die preussische Polizei bildet.

Und ist es denn nicht Humanitätspflicht des Deutschen Reiches, angesichts der furchtbaren politischen und wirtschaftlichen Misere in Rußland die Würfeligen und Beladenen, die sich aus dieser Misere flüchten, mit Varmherzigkeit zu begegnen, statt ihnen Fußtritte über Fußtritte zu applizieren? Wir leben doch angeblich in einem „christlichen“ Staate!

Die Polizei behandelt die Reichen und die Armen übrigens grundsätzlich ganz verschieden — wie sich im Lande des Dreiklassenwahlrechts gebührt. Die Wohlhabenden erhalten in der Regel die freundliche Mitteilung, daß ihr dauernder

Aufenthalt nicht weiter geduldet werden könne, und daß sie, wenn sie sich innerhalb einer — meist recht geräumigen — Frist nicht aus Preußen entfernt hätten, ihre Ausweisung zu gewärtigen hätten; die Armen und besonders Verächtlichstwertigen aber werden einfach mit kurzer Frist sofort hinausbefördert. Dabei nimmt die Polizei sich neuestens wieder gar nicht die Mühe, die „Lässigkeit“ ihrer Opfer auch nur zu behaupten; sie verfügt einfach die Ausweisung, weil der Betreffende Ausländer ist, „welchem ein gesetzlicher Anspruch auf Gestattung des Aufenthalts in dem Gebiete des preussischen Staates nicht zusteht“; ein Verfahren, das nicht nur dem Völkerrecht, sondern auch dem Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffsverkehrsvertrages vom 28. Juli 1904 ins Gesicht schlägt.

Wie verlautet, hat der Polizeipräsident in den letzten Tagen dem Minister über die Ausweisungsschmach Vortrag halten müssen. Was dabei herausgekommen sein mag, zeigt folgende Notiz des „Berliner Tageblattes“:

In einer Unterredung, die einer unserer Mitarbeiter in Sachen der Ausweisung russischer Staatsangehöriger mit dem Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Herrn Wischowskoff hatte, betonte der Unterstaatssekretär ausdrücklich, daß für die Ausweisung weder politische noch konfessionelle Gründe maßgebend seien, sondern daß die Ausweisungsbefehle lediglich nur dann erfolgen sollten, wenn zu befürchten sei, daß die Ausländer der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen, daß sie sich irgendwie lästig machen oder politisch betätigen. Der Unterstaatssekretär, der von der schematischen Ausübung der polizeilichen Verordnung selbst überrolt zu sein schien, betätigt demnach unsere früheren Ausführungen. Der Grund, den der Polizeipräsident in Schöneberg in einer eine Ausweisung betreffenden Anfrage gab: „die preussische Regierung wünsche nicht eine Ansammlung russischer Juden in Berlin oder in Preußen“ scheint daher nicht stichhaltig zu sein. Es dürfte sich zunächst empfehlen, die Polizeibehörden schleunigst dahin zu verständigen, daß bei Beurteilung der augenblicklich vorliegenden und etwaiger späteren Fälle auch die soziale und wirtschaftliche Stellung der einzelnen in Berücksichtigung zu ziehen ist.

Das ist köstlich-dumm oder schamlos. Das Moskoblatt ist befriedigt, weil „Ausweisungsbefehle“, „lediglich nur“ dann „erfolgen“ sollen (ein Deutsch, um Hühneraugen zu kriegen), „wenn zu befürchten sei, daß die Ausländer der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen, daß sie sich irgendwie lästig machen oder sich politisch betätigen“. „Lediglich nur“ die polizeiliche Befürchtung künftiger Notlage, die polizeiliche Befürchtung künftiger politischer Betätigung soll entscheiden! Ein Wunder sieht, daß solche Ausweisungsgrundsätze den schlimmsten Pessimismus, den wir bisher hegten, als rofigen Optimismus erscheinen lassen. Dazu bedarf es gar nicht des Hinweises, wie hasenherzig, wie nervös-ängstlich die Polizei alles, selbst die Fliege an der Wand zu „befürchten“ weiß, wenn's — ihr in den Kram paßt! Aber dies über alle Massen absolutistische Programm des Ministers befriedigt das edelste aller liberalen Blätter. In der Tat: köstlich-dumm oder schamlos! — Der Schluß aber ist echt liberal-unanständig und ganz eindeutig: wenn er die „Verächtlichstwertigen“, „auch der sozialen und wirtschaftlichen Stellung des einzelnen“ fordert, so heißt das nicht mehr und nicht minder, als: die Armen und die Arbeiter mögen ruhig weiter hinausgeschickt werden, wenn nur die Wohlhabenden, die Fleisch von unserem (der Rasse und Konjoren) Fleische sind, unbedrängt bleiben. Hat der Liberalismus gar keine Empfindung für die jämmerliche Not seiner Haltung?

Aber mit der Preisgabe und Brandmarkung der Polizei und ihrer Fehler ist nicht genug getan.

Wiederholt schon haben wir darauf hingewiesen, wie notwendig eine gesetzliche Regelung des Fremdenrechts, eine gesetzliche Sicherung der Aufenthaltsverhältnisse der Fremden in Deutschland ist; wiederholt schon zeigten wir an dem Beispiel Englands, wo Ausweisungen an ein geordnetes, mit Rechtsgarantien versehenes Verfahren gebunden sind, daß ein solches Verfahren notwendige Voraussetzung eines jeden Fremdenrechts ist.

Die Statuierung der Pflicht zur ausführlichen schriftlichen Begründung der Ausweisungen, die Aufhebung des § 130 Abs. 3 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883, der dahin lautet:

„Gegen die Landesverweisung steht Personen, welche nicht Reichsangehörige sind, die Klage nicht zu“, und die Beseitigung des § 53 ebenda, soweit er unter einer Kaufschut-Voraussetzung die Vollstreckung einer Ausweisungsbefehls zuläßt, ist für Preußen das mindeste an prozessualen Schutz, was sofort verlangt werden muß. — In materieller Beziehung ist gesetzlich festzulegen, daß Ausländern grundsätzlich dieselben Rechte zustehen, wie den Reichsangehörigen. Unsere Veröffentlichungen aus den Jahren 1903/1904 über die Fälle Trajstifoff und Schefoldin haben gezeigt, daß preussische Behörden aller Kategorien den Ausländern die Grundrechte der preussischen Verfassung (die sogenannten „Rechte der Preußen“) einfach absprachen und so für die Ausländer — auf daß sie nicht aus der Uebung kämen — in Preußen einen ultrarussischen Polizeiabsolutismus, eine völlige Verfassungslosigkeit förmlich etablierten. Hier gilt es insbesondere einen Schutz zu errichten gegen die in neuester Zeit, anscheinend freilich fast außer Uebung geratene Administrativverhaftung,

Administrativdurchsuchung und Administrativbeschlagnahme, die früher „zur Vorbereitung von Ausweisungen“ vielfältig in brutaler Weise praktiziert wurden und jeden Tag von neuem in Schwung kommen können; auch diese Zwangsmahregeln müssen der ausschweifenden polizeilichen Willkür entzogen und mit Rechtsgarantien umgeben werden. Den Ausländern steht auch das Recht zu Aufenthalt in Deutschland zu, es wäre das andärrlich auszupprechen.

Die Sicherung und Regelung des materiellen Fremdenrechts stand Veranlassung unserer Faktion bereits in den denkwürdigen Reichstagsverhandlungen vom 19. Januar, vom 28./29. Februar 1904 und vom 15. bis 17. März 1905.

Die Sozialdemokratie zeigt sich auch hier als die einzige Partei, die die Kulturherbe Deutschlands rettet, die für die Pflichten der Zivilisation und Humanität rücksichtslos und ohne Vorbehalt eintritt.

Die Revolution in Rußland.

Zur Lage in den Ostseeprovinzen.

Während die ganze deutsche bürgerliche Presse alle Mittel, welche die Regierungsbestien gegen die lettischen und estnischen „Revolutionäre“ in den Ostseeprovinzen bisher anwandten, für erlaubt und „der Lage entsprechend“ fand, wobei die örtlichen deutschen Blätter nach dem Auftauchen einer Proklamation sofort nach neuen Strafexpeditionen, „besonderer Strenge“ und „dauerndem Unschädlichmachen“ nicht allein der Revolutionäre, sondern auch ihrer Angehörigen, schrien, hat die russische bürgerliche Presse bedeutend mehr Objektivität und Intelligenz auch in dieser Frage an den Tag gelegt. Auch die blutigen Riffen, die vor einigen Tagen über die „Beruhigungsarbeit“ in den baltischen Provinzen gebracht wurden, haben nicht vermocht der bürgerlichen deutschen Presse einen Enttäuschungsdruck zu entlocken. Nein, die bürgerliche Presse hat erfahren, daß auch in Berlin sich einige lettische und estnische Flüchtlinge aufhalten und schreit nach Polizei. So finden wir zum Beispiel in dem Blatte „Das Reich“ folgenden Passus: „Die stichlich von estnischen und lettischen Agitatoren geschriebenen Artikel (der bürgerliche Tintenschreiber meint in diesem Falle den „Vorwärts“) atmen einen so revolutionären Geist und tragen eine so wilde Entschlossenheit zur Schau, daß es sich empfehlen würde, wenn unsere Regierung den ungebetenen fremdländischen Gästen ihre Aufmerksamkeit ein wenig zuwenden wollten.“ Während die preussische Regierung nun gerade mit der Ausweisung russischer Studenten beschäftigt ist und in Reichstags-tagen ein Liebermann v. Sonnenberg sich mit den Vergewaltigern der russischen Revolutionärin Spiridonowa für solidarisch erklärt, kommt das „liberale“ „Berliner Tageblatt“ mit dem echt russischen Vorschlag, es müßten sich Herren der guten Gesellschaft, wie in Rußland, einschließen, geheime Beamte der Polizei zu werden. Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, wenn einige Herren der sogenannten guten Gesellschaft zu Polizeispitzeln werden, wir wollten nur darauf hinweisen, wie die russischen Verhältnisse Preußen bis zur liberalen Presse hinauf anstecken. Die unsere Leser wissen, erfüllen gerade diese Herren der guten Gesellschaft z. B. in den Ostseeprovinzen augenblicklich die Rolle der Henker, und die deutsche Presse selbst hat sie mit dem Namen der „Ehrenpolizisten“ belegt.

Seit einigen Wochen hat man zwar die Tätigkeit dieser „Ehrenpolizisten“ in den Ostseeprovinzen etwas eingeschränkt — an Stelle der Feldgerichte sind die Kriegsgerichte getreten. Und hierin liegt gerade der Verdienst der russischen liberalen Presse. Als der Tätigkeit der Feldgerichte kein Ende abzusehen war, als einem jeden Leutnant und obligen Kreispolizeibefehlshäufers das Recht eingeräumt worden war, ohne Verhör und Gerichtspruch Menschen an den Telephonposten aufzuknüpfen und dieselben wie Hasen an den Landstrecken zu erschlagen, da war es ein russischer Professor der Petersburger Kriegsakademie, Kusmin-Karawajew, der zuerst in dem russischen Blatte „Russk“ streng wissenschaftlich nachwies, daß sogar nach dem russischen Gesetze über den Kriegs- und Belagerungszustand die Massenmorde in den Ostseeprovinzen nicht entschuldigt werden können. Ohne Untersuchung und Zeugenverhör dürfe man auch nach dem Kriegsrechte keinen Menschen erschlagen; außerdem spreche das Gesetz nur von einer außerordentlichen Gewalt des Oberbefehlshabers der Armee, während in den Ostseeprovinzen dieses Recht sich alle Adjudanten und jüngeren Offiziere angeeignet hätten. In einigen Fällen hatten die adeligen Offiziere dieses Recht sogar den Unteroffizieren übertragen, die, da sie des Lebens unkundig waren, in der Mittagszeit gegen mehrere Menschen erschlagen ließen, weil man bei denselben heliographische Apparate vorgefunden hatte. Wer kann alle diejenigen jetzt aufzählen, die vollständig unschuldig hingerichtet wurden, ohne daß sie irgendwelchen Anteil an der revolutionären Bewegung genommen hätten. Die lettische und russische Presse hat mehrere Fälle beschrieben, wo die Offiziere und „Ehrenpolizisten“ einfach aus persönlicher Rache Menschen erschossen und mißhandelt haben. Hier sei nur folgendes Beispiel aus dem „Nisch. Wjedomosti“ angeführt: Im Januar hatte der Generalgouverneur Sfolowub den Befehl erteilt, den Lehrer der Dufstischen Gemeinde, Janjon, zu verhaften und dem Kriegsgericht zu übergeben, weil er nach dem 30. Oktober ein Volksmeeting geleitet habe, auf welchem die Schulfrage besprochen worden sei. Das Kriegsgericht zu Wall sprach den 19-jährigen Lehrer frei und J. lehrte in seine Gemeinde zurück. Als die Strafexpedition des Generalmajors Delow darauf die Gemeinde Dufst besuchte, wurde J. wiederum als „Politiker“ benannt, jedoch auf Fürbitte des örtlichen rechtgläubigen Priesters, die überhaupt in der Schreckenszeit humaner sich benommen haben

als die lutherischen Pfarrer, wieder in Freiheit gesetzt. Raum war
Dokow weg, da befahl der zurückgebliebene deutsche Offizier, J.
zu erschießen.

Das in Kiew erscheinende russische Blatt „Kewelsk. Izwest.“
behauptet direkt, daß die Strafexpeditionen die Bestrafung nach den
von den örtlichen Gutbesitzern aufgestellten Listen vorgenommen
haben. Oft seien auf den Listen alle Beamten und die ganze
örtliche Intelligenz — Nichtdeutsche — verzeichnet gewesen.

Ein Enttäuschungsbericht durchslog die russische Presse, als die
„Nordländische Zeitung“ die Behauptung des deutschen Arztes
Dr. K. abdruckte, wonach die Körperstrafe nur als ein mildes
Korrekionsmittel anzusehen sei. Als Beweis wurde ein Fall aus
der Tätigkeit der Strafexpeditionen angeführt, in welchem ein Mann
nach 400 Hieben noch selbst habe nach Hause gehen können.
Auf diesen Fall hier näher einzugehen haben wir keinen Grund, da
der „Vorwärts“ ihn schon geschildert hat. Proteste dagegen ab-
zudrucken, weigerte sich die deutsche Presse. Es mußte sogar
von deutschen Ärzten die russische Presse in Anspruch genommen
werden. Der „Nischl. Wjed.“ druckte eine ganze Reihe von
Briefen deutscher und russischer Ärzte ab, die das Gegen-
teil behaupteten und bewiesen. So schreibt einer der
Ärzte folgendes: „Der Anblick, der sich mir nach dem Aus-
scheiden des Patienten darbot, war so schrecklich, daß denselben auch
meine, während einer zehnjährigen ärztlichen Tätigkeit an Ort und
Stelle und einer halbjährigen Tätigkeit in der Manschurei ab-
gestumpften Kerben, nicht ausschalten konnten: ich mußte mich von
dem Patienten wegheben, um denselben nicht meine Aufregung zu
zeigen. Der Schmerz, den dieser Unglückliche zu ertragen hatte,
mußte fürchterlich sein, da konnte man an seinen entstellten Gesichtszü-
gen merken. Die Leibwäsche bildete mit der abgehobenen Haut
eine blutige, kompakte Masse...“ Und dieser Unglückliche
hatte nur 100 Schläge erhalten!

Ueber die Zahl der Menschenopfer hat schon das Kassanische
Telegraphenbureau berichtet, nur sind diese Zahlen viel zu niedrig
gegriffen. Es sind nicht in den Monaten Januar und Februar
18 Personen erhängt worden, sondern wenigstens 25. Die Zahl der
„standrechtlich“ Erschossenen übersteigt bei weitem die Ziffer 1000.
Das Telegraphenbureau spricht von 97 eingekerkerten Bauernhäusern,
dabei gibt die „Dina-Zeitung“ die Zahl der im Gassenpöbeln Kreise
allein niedergebrannten Bauernhöfe mit 80 an. Wie hoch der von
den Strafexpeditionen angerichtete Schaden in den Provinzen
Kurland und Livland sich beläuft, darüber haben Agenten
einiger Moskauer Feuerversicherungsgesellschaften Berechnungen
an Ort und Stelle angestellt. In Kurland beläuft sich
der Schaden nach diesen Berechnungen auf acht Millionen
Rubel, in Livland auf — fünfzehn Millionen. Der Schaden der
Edelleute beläuft sich nach den Angaben der Gutbesitzer auf zehn
Millionen Rubel, von welchen dem Adel aus dem Staatsfiskus schon
jetzt drei Millionen teilweise ohne Zinsen ausgezahlt
werden sollen. Den übrigen Teil hat man den Gutbesitzern erlaubt,
mit den gemeinsamen Mitteln schon jetzt von den Gemeinden zu er-
pressen. Dazu muß der Verelagerungsstand verlängert
und das Militär im Lande belassen werden. So wurde
den verarmten Gemeindegliedern von Mesosen (Kreis
Mitau) mitgeteilt, daß für die zwei auf dem Gut-
boden umgestürzten Telephonposten jedes Mitglied 50 Pf. Strafe
zahlen müsse; den Klatschhändlern sei die Todesstrafe sicher.
Im Kreise Wefenberg (Estland) hat nach einer Notiz des „Nischl.
Wjestn.“ der die Strafexpedition leitende Kapitän Richter in der Ge-
meinde Saksimoise neulich vier Personen grausam durchprügeln
lassen und von der Gemeinde 1800 Rubel als Strafe dafür betreiben
lassen, weil dieselbe sich unterstanden habe, mit einer Petition
um Verabfolgung der Gefälle an den Gutsherrn zu treten! Kann
man noch weiter in der Unterstützung der „armen Junker“ gehen!?

Die letzte „Säuberung“ der Gemeinde wird so vorgenommen,
daß man die intelligenten Elemente als „Verdächtige“ bezeichnet
und dann die Gemeinden zwingt, dieselben hinauszubalotieren.
Dieses soll der „gesetzliche“ Weg sein, um die besseren Elemente
nach Sibirien oder Archangelsk zu verschicken. Die Ver-
schickungskosten werden dabei der Gemeinde auf-
erlegt. Die Landbevölkerung ächzt unter der Abgabenlast. Die
Proletarisierung schreitet rasch vorwärts. Die Regierung hat wieder
einmal so die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt.

Landesdienste in der Schweiz.

Wie aus Bern gemeldet wird, wurde dort der russische
Student David Wolin verhaftet. Die in dessen Besitz
befindlichen Briefe und Dokumente sowie der auf den Namen
Koral lautende Reisepaß wurden mit Beschlagnahme belegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April.

Demaskiert.

Wenn wir gestern erklärten, daß der Hauptzweck der
Diätenvorlage nicht die Erhöhung der Reichstagspräsenz im
Interesse der Würde des Reichstages und der stärkeren Anteil-
nahme der Süddeutschen sei, wie vom Grafen Vosjadowstky
vorgeschoben wurde, sondern die ganz unverhüllte und
brutale Anebelung der Opposition, so gibt
uns heute die „Germania“ eine unverblühte Bestätigung
dieser Annahme. Vom Zentrum hinkt das Schicksal dieser
Vorlage, dieses Anschlag gegen die Rechte des Parlamentes,
ab! Und das Zentrum ist abermals bereit, das niederträchtige
Attentat gegen die Volksrechte mitzumachen, wofür nicht
gerade auch das Zentrum schon an der Initiative zu diesem
Anschlag beteiligt war. Das führende Zentrumsorgan ge-
fällt sich nämlich in folgender zynischen Selbstentblöhung:
Am auffälligsten ist jedenfalls die Stellungnahme der Sozial-
demokraten zu der Diätenvorlage. Man sollte annehmen, daß
gerade die Sozialdemokraten, welche ihre Reichstagsabgeordneten,
deren Zahl jetzt 77 bezw. 78 beträgt, bisher mit Parteidiäten aus-
gestattet haben, — was freilich auch den Absentismus unter den
sozialdemokratischen Abgeordneten nicht hat verhindern können —
mit wahrer Begier die Diätenvorlage, welche die Parteikasse um
eine erhebliche Summe entlastete, die Reichskasse dagegen belastete,
angenommen haben würden. Weit gefehlt! Die wahren Gründe
dieser Ablehnung hat der Abgeordnete Singer freilich nicht ver-
raten. Es ist nicht die „Schuldenkontrolle“, worüber Herr Ab-
geordneter Singer so große Schmerzen empfindet, sondern das Be-
wußtsein, daß ein durch die Diätenvorlage herbeigeführter beschluß-
fähiger Reichstag die bisherige sozialdemokratische Beherrschung
des Reichstages unmöglich macht und daß ferner die einzelnen
sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn sie Reichsdiäten beziehen
und nicht mehr auf Parteidiäten angewiesen sind, von der Partei-
leitung und deren Geldbeutel unabhängiger gestellt sind. Auch
Obstruktion werden die Sozialdemokraten in Zukunft in einem
beschlußfähigen Reichstage nicht mehr treiben können. Jede Ent-
fernung eines sozialdemokratischen Abgeordneten vor jeder Ab-
stimmung wird in Zukunft für jeden sozialdemokratischen Abge-
ordneten einen Abzug von 30 M. bedeuten. Und das wirkt vielleicht
stärker als Singers Parteibeschl.

Die „Germania“ geht es also unumwunden ein, daß
die Diätenvorlage lediglich aus der edlen Absicht heraus ge-
boren ist und dem Zwecke dienen soll, der Reichstagsminderheit

die pflichtgemäße Kritik an der volksfeindlichen Politik der
Mehrheit zu unterbinden. Die Flotten- und Militärvorlagen,
die Kolonialforderungen, die Steuerreformpläne der
Mehrheit sollen noch schneller durchgepeitscht werden als
bisher!

Und diese Vergewaltigung der Minderheit ist um so
empörender, als obnein schon dank der skandalösen Wahl-
freieinteilung die industrielle Bevölkerung außerordentlich
benachteiligt ist. Zahlen beweisen. Sämtliche reaktionäre
Parteien, konservative, Zentrum, Nationalliberale, Anti-
semiten einschließlich der Eisässer, Dänen, Welsen usw. er-
hielten 1903 5 518 000 Stimmen, die Linke (Sozialdemo-
kraten, Freijünger und Volkspartei) 3 873 000 Stimmen. Da-
bei entschiede — abgesehen von den „Wilden“ — die Reak-
tion 272 Abgeordnete ins Parlament, die Linke nur
117 Abgeordnete. Da durchschnittlich auf 24 000 Stimmen
ein Abgeordneter entfiel, hätte die Linke eigentlich 161, die
Reaktion dagegen nur 229 Abgeordnete in den Reichstag ent-
senden müssen!

Dem Zentrum genügt aber diese Benachteiligung der
Minderheit, der hauptsächlich das Industrieprole-
tariat angehört, noch nicht; ihre Vertreter sollen jetzt
sogar an der Kritik gehindert werden! Schnöder können die
proletarischen Interessen nicht mit Füßen getreten werden, als
durch diese neueste Vergewaltigung durch das Zentrum! —

Reichsfinanzreform.

In der gestrigen Sitzung der Finanzreformkommission erstattete
der Reichsschatzsekretär Bericht über die Schätzungen des finanziellen
Effekts der bisherigen Kommissionsbeschlüsse. Die beschlossenen
Steuern würden, ihre Annahme vom Reichstage und Bundesrat
vorausgesetzt, danach für das Finanzjahr 1907 folgende Ergebnisse
für die Reichskasse zur Folge haben: Biersteuer 29 Millionen,
Zigaretten 14 Millionen, Frachturkunden 14 Millionen, Eisen-
bahnscheine 50 Millionen, Kraftfahrzeuge (Automobile)
drei Millionen, Lantienentulungen zehn Millionen, Erb-
schaftssteuer 48 Millionen und Erhöhung des Portos auf den
Ortsverkehr in Druckfachen 12 Millionen; also eine Gesamt-
summe von 180 Millionen. Da sich aber für die beiden
letzten Quartale des Jahres 1906 nur im allerhöchsten Falle 40
Millionen ergeben würden, bliebe für dies Jahr noch eine erhebliche
Summe zu decken. Woher er diese nehmen solle, sei ihm noch
nicht klar.

Kasdan begann die Beratung der vom Graf Ranly einge-
brachten Resolution betr. ein Gesetz wegen Erhöhung von Ausfuhr-
zöllen auf: 1. Steinsölen 2. Braunkohlen 3. Koks, Pechkohlen usw.,
4. Kalk und Kaliprodukte, 5. Lumpen aller Art, 6. abgenutzte Leder-
stücke und Lederabfälle und 7. Abfälle von Kautschuk und Gutta-
percha. Nach eingehender Begründung der Resolution durch den Ein-
bringer als einer nicht nur finanzpolitischen, sondern auch wirtschaft-
lich wertvollen Maßnahme ergriff der Bundesratsbevollmächtigte
für die drei Hansestädte Dr. Rißmann das Wort, der
sich mit einem reichen statistischen Material gegen den
Lumpenzoll als gegen die Interessen des deutschen Handels und der
Schiffahrt gerichtet aussprach.

Graf Vosjadowstky bekämpfte die ganze Resolution in
längeren Ausführungen, die er in ihren Hauptteilen scharf behandelt
wissen will, vom handelspolitischen Standpunkt aus, warnend, daß
man aus dem Glashaufe heraus, in dem man sitzt, nicht mit Steinen
werfen möge. Da böse Beispiele gute Sitten zu verderben pflegen,
sei es nicht raskam, die seit dem Jahre 1873 beseitigte Ausfuhrzoll-
politik wieder ins Leben zu rufen. Es stehe zu befürchten, daß sich
die am meisten durch die vorgeschlagenen Ausfuhrzölle betroffenen
Staaten Amerika, Schweden, die Schweiz und Oesterreich-Ungarn
durch Prohibitivmaßregeln dagegen wehren würden.

Verstein bespricht mit großer Entschiedenheit der Kommission
das Recht, auf ein neues Zollprinzip bezügliche Beschlüsse zu fassen.
Sie habe den Auftrag Steuervorlagen zu beraten, nicht über Zoll-
vorlagen. Die Resolution selber beurteilte er von denselben
handels- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus wie der
Staatssekretär, auch zu demselben Schluß kommend: sie müsse hier
in der Kommission schon abgelehnt werden und dürfe nicht erst an
das Plenum gelangen. Dies liege sowohl im Interesse der Unter-
nehmer der in Frage kommenden Erwerbszweige wie auch der darin
beschäftigten zahlreichen Arbeiter.

Dagegen sprachen sich auch noch aus Dr. Wiemer,
Wasing, Dr. Arndt und der Reichsschatzsekretär. Dagegen
verteidigte Müller-Julda die Resolution, erklärte aber am Schluß
seiner Ausführungen, dagegen stimmen zu wollen. Darüber war
Graf Ranly, für den die Bedenken der Regierungsvertreter
federleicht wiegen, sehr aufgebracht.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Nummern stimmten
Dr. Jaeger, Speck und Klose vom Zentrum mit den Kon-
servativen und der Wirtschaft. Vereinigung für die Nummern 1 und 4,
so daß diese mit allen gegen 7 Stimmen, alle übrigen Nummern
gegen die 5 Stimmen der Konservativen und Wirtschaft. Vereinigung
abgelehnt wurden.

Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde die in der ersten
Lesung angenommene Resolution betreffend Ausfuhrzoll auf Kalk und
Lumpen abgelehnt. Damit war das ganze Ausfuhrzollprinzip erledigt.

Es folgte die Beratung einer von Dr. Jaeger (Z.) einge-
brachten und von Graf Ranly, Speck und Dr. Wolff mit-
unterzeichneten Resolution, die eine Vorlage fordert, welche für
größere Mäßen zum Schutze der kleinen und mittleren eine von der
einzelstaatlichen Besteuerung unabhängige Reichsteuer einführt,
die das jährliche Vermählungsquantum mit einer stei-
genden Abgabe belegt.

Diese wird trotz energischer Bekämpfung durch Verstein und
die Freijünger Dr. Wiemer und Mertens mit 13 gegen
9 Stimmen angenommen.

Die Beratung der von den sozialdemokratischen
Kommissionsmitgliedern eingebrachten Resolution betreffend Ein-
führung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer
wird schnell erledigt. Die Resolution wird trotz der vorzüglichen
Begründung des Genossen Verstein und Befürwortung durch
Dr. Wiemer mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten
und Freijünger und v. Damm von der Wirtschaftlichen Vereinigung
abgelehnt.

Den Schluß bildete die Beratung einer von v. Damm
(Wirtschaft. Vg.) eingebrachten Resolution, wonach 1. die erbrechtlichen
Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches §§ 1924 ff. in der Weise
geändert werden, daß a) das gesetzliche Erbrecht der Erben der dritten
Ordnung und der weiteren Ordnungen auf die Großeltern und
die entfernteren Voreltern des Erblassers beschränkt wird, und
b) in den Fällen, in denen der Fiskus Erbe ist, die Erbschaft stets
dem Reichsfiskus zufällt, sowie 2. festgesetzt wird, daß von den unter
1b bezeichneten Erbschaften den einzelnen Bundesstaaten ein gleich
großer Anteil verbleibt, wie von der Reichserbschaftsteuer.

Dafür traten außer dem Antragsteller Verstein und
Wasing ein, wogegen Gröber sich als entschiedener Gegner
erklärte. Sie wurde schließlich mit allen gegen die Stimmen des
Antragstellers, der Sozialdemokraten und Wasing abgelehnt.
Damit waren sämtliche Resolutionen erledigt.

Deutsches Reich.

Zur Reichstagswahl in Darmstadt-Großgerau.
Aus Darmstadt wird uns über den Wahlausfall geschrieben:
Wenn man bedenkt, unter welchen schwierigen Verhältnissen der
Wahlkampf geführt werden mußte, kann man mit dem Ausfall der
Wahl nicht unzufrieden sein. In pomphaften Ankündigungen
prophezeiten die Gegner, sie würden die Wärläufer abjagen
und dann sei die Sozialdemokratie im Wahlkreis Darmstadt-
Großgerau vernichtet. Der „Fall Cramer“ wurde von den Gegnern
besonders den Nationalliberalen — in demagogischer Weise gegen
uns ausgenutzt. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozial-
demokratie schleuderte eine beispiellose Flut von Verleumdungen und
Verdächtigungen gegen uns in die Wärlerschaft. Und in den
national-ultramontan-antifemistischen Versammlungen wurde in einer
geradezu unerhörten Weise gegen die Sozialdemokratie gelogen.
Wenn wir trotzdem unsere Stimmzahl im wesentlichen behaupten
konnten, so dürfte damit der erfreuliche Beweis geliefert sein, daß
es sich hier um überzeugte Sozialdemokraten handelt, um Wähler,
die aus Überzeugung sozialdemokratisch wählen. Stimmen so-
genannter „Wärläufer“ sind unter den 13 855 für die Sozialdemo-
kratie abgegebenen Stimmen sicher nicht in nennenswerter Zahl zu
finden.

Unsere Bewegung in Darmstadt-Großgerau ist nicht geschwächt,
sondern erstarkt. Unsere Organisationen sind größer und straffer ge-
worden. Außerdem wurden fünf neue Organisationen gegründet, so
daß wir jetzt 31 Parteilorganisationen im Kreise besitzen. Die Zahl
der Versammlungen, die während der Wahlbewegung abgehalten
wurden, beträgt 104.

Die auffallend starke Stimmzunahme der Nationalsozial-Freijün-
ger ist ohne Zweifel in erster Linie auf die Verion ihres
Kandidaten zurückzuführen. Zudem steht fest, daß die wüste
Agitation der nationalliberal-antifemistischen Reaktionen unter
Wissenz des „Reichsverbandes“ den Nationalsozialen viele Stimmen
zutrieb.

In der Stichwahl können die Nationalsozial-Freijünger nun-
mehr ihren Liberalismus beweisen. In Versammlungen, sie konnten
Zugblätter erklären die Nationalsozial-Freijünger, sie könnten
nie und nimmer mit diesen Leuten zusammen gehen. Ob diese Er-
klärung bis zum Stichwahltag Bestand hat, steht jedoch auf einem
anderen Blatte. Die Sozialdemokratie wird ihre Anstrengungen
verdoppeln. Es gilt alle Reserven aufzubieten, alle Sämnigen
heranzuziehen.

Landtagswahlen in Württemberg.

Stuttgart, 28. April. (Fig. Ver.)

Die gestrige Nachwahl in dem dauerlichen Wahlbezirk Mar-
bach hat das Resultat gezeitigt, daß wir in unserer Vorbetrachtung
über die Wahl in der Mittwoch-Nummer des „Vorwärts“ als in
sicherer Aussicht stehend bezeichnet haben. Die Wismaschlandbatur
der Nationalliberalen und Volkspartei, welche auf ihren gemein-
samen Kandidaten im Jahre 1900 noch 2135 Stimmen vereinigte,
erhielt nur noch 1475, während der Bauernbündler, Reichstags-
abgeordneter Dr. Wolff, 2811 Stimmen gegen 1278 im Jahre 1900
erhielt und somit gewählt wurde. Der Bauernbund ge-
wann 1533, die „Liberalen“ Mittelparteien der
Loren 880 Stimmen und zugleich das Mandat!
Und dieses Resultat kam, obgleich die Nationalliberalen sich in ihrer
Wahlagitation gerührt hatten, in bezug auf Schutzzölle für alles
eingetreten, was der Bauernbund verlange.

Die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen haben
leider auch einen Rückgang von 428 (1900) auf 348 erfahren. Der
Wahlkreis ist ja an sich nicht sehr günstig für uns, doch hätte der
Rückgang wohl vermieden werden können. Der unglückliche Um-
stand, daß unser Kandidat verhindert war, persönlich Versamm-
lungen abzuhalten, wodurch die von uns entfaltete Agitation stark
beeinträchtigt war, trägt augenscheinlich die Schuld. Gerade in
derartigen Kreisen ist es nötig, nicht nur in der Woche vor der
Wahl eingzugreifen, sondern die Ortschaften unausgeseht zu be-
arbeiten und den Kandidaten mit seinen Wählern zeitig genug be-
kannt zu machen.

In der Zentrumsdomäne Ellwangen wurde der ultra-
montane Kandidat mit 671 Stimmen gewählt. Unser Zahlkandidat
Dr. Lindemann erhielt 20 Stimmen; im Jahre 1900 hatten wir
9 erzielt. Auf ein besseres Resultat war hier nicht zu rechnen. —

Reaktionärer Urschleim.

In Darmstadt kommt bekanntlich der sozialdemokratische
Kandidat in Stichwahl mit dem Nationalliberalen, wobei die Wähler
des nationalsozial-freijünger Kandidaten Krell den Aus-
schlag zu geben haben. Die „Voss. Ztg.“ befürchtet nun offenbar, daß
unter den Wählern Krells auch wirklich freijünger Elemente
seien, die eher für einen Sozialdemokraten als für einen national-
liberalen Kandidat stimmen könnten. Sie beschwört deshalb
heftiglich den Darmstädter Freijünger, doch ja nach rühmlicher frei-
jünger volksparteilicher Tradition für den Reaktionsär zu stimmen:

„Die Entscheidung liegt bei denjenigen Wählern, die für den
freijünger Kandidaten gestimmt haben. Es ist bedauerlich,
daß es zwischen Freijüngern und Nationalliberalen im Wahl-
kampf vielfach zu unerquicklichen Zusammenstößen
gekommen ist. Aber es muß verlangt werden, daß die Er-
bitterung über diese Auseinandersetzungen nicht so weit
nachwirkt, um dem Sozialdemokraten das
Mandat in die Hände zu spielen.“

Die „Voss. Ztg.“ sucht ihre Aufforderung noch durch den Hin-
weis eindrucksvoller zu machen, daß der sozialdemokratische Kandidat
ein Anhänger der Mehring und Kautsky sei, kein „Revisionist“ und
„Mauferungskandidat“. „Sein Sieg wäre eine Verstärkung der
Radikalen gegenüber den Gemäßigten seiner Partei.“

Wir sind der Ueberzeugung, daß die „Voss. Ztg.“ auch einem
„Revisionist“ gegenüber ihr reaktionäres Herz erweist hätte. Nicht
minder überzeugt sind wir davon, daß ein „Revisionist“ ebenso
schmerzlos auf solche freijünger Hilfe verzichten haben würde, wie
Genosse Verhold. Die immer erneute Feststellung der Tatsache,
daß es in Wirklichkeit nur eine reaktionäre Masse gibt, ist uns
viel wertvoller als ein Reichstagsmandat, das nicht aus eigener
Kraft erobert wurde. —

Mittelstandskretzei.

Ein interessantes Bild des Wirtschaftens bürgerlicher Orga-
nisationen liefert der Etat der Düsselbacher Handwerkerkammer. Er
balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 89 000 M. Die Ein-
nahmen setzen sich zusammen in der Hauptsache aus den
Beiträgen der Handwerker, den Gebühren aus Lehrlings-,
Meister- und Gesellenprüfungen und einigen kleineren Posten.
Interessanter sind die Ausgabe-posten. Man hat, um die
Höhe der Verwaltungskosten nicht jeden einzelnen Hand-
werker merken zu lassen, dieselben hübsch verteilt und nur zwei
sehr aufmerksam den Etat studiert, findet heraus, daß von den
89 000 M. circa 71 000 M., also etwa 80 Proz. für Verwaltungs-
kosten verwendet werden. Da werden tausende Mark ausgegeben
für Entschädigungen an Obermeister, Prüfungsmeister usw. Für
Sitzungen des Vorstandes, der Abteilungen und wie die Institutionen
alle heißen, allein 7800 M. Der Vorsitzende, ein reicher Krefelder
Wärlmeister, erhält als Vorsitzender der Handwerkerkammer,
welchen Posten er im Nebenamt verwaltet, eine feste Ent-
schädigung für Arbeitsvermittlung von 2400 Mark; außerdem

jährlich 800 Mark für Reifeentschädigung, weil der Eig der Handwerkerkammer in Düsseldorf ist und er in Krefeld wohnt. Für Sühnungen und Vertretungen auf Handwerkerkongressen, überhaupt für alle Reisen die er weiter als Düsseldorf macht, liquidiert er extra. Trodem wurde die feste Entschädigung für den Vorstehenden noch um 60 M. erhöht, so daß er also jetzt 900 M. bezieht. Außer dem Vorstehenden sind noch eine Anzahl Beamte, welche ganz hervorragende Gehälter beziehen. —

Hamburger Justiz.

Das ungeheuerliche Urteil, das die Hamburger Strafkammer gegen den Genossen Wabersky als Redakteur des „Hamb. Echo“ fällt, hat noch eine das Urteil selbst beleuchtende prozessuale Vorgeschichte. Ursprünglich war W. wegen der inkriminierten Artikel aus den §§ 185, 186 und 187 des Str.-G.-B. angeklagt worden. Er sollte mithin die Polizei in allen juristischen Variationen beleidigt haben. Dann setzte man ihn wegen verleumderischer Beleidigung außer Verfolgung, es blieb nur einfache und öffentliche Beleidigung übrig. Im Laufe der Verhandlung nahm der Staatsanwalt die vordem fallende gelassene juristische Konstruktion einer verleumderischen Beleidigung wieder auf. Das Gericht schloß sich seiner Ansicht an, daß die von ihm aus dem Artikel herausgelesenen Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt seien. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt: Der erste Artikel könne nur dahin verstanden werden, daß der Polizei der Vorwurf gemacht werden sollte: sie habe die Exzesse durch ihre Spiegel arrangiert, um sie hinterher im Sinne der „Scharfmacher“ gegen die Sozialdemokratie zu fruktifizieren. Diese Behauptung sei wider besseres Wissen aufgestellt und enthalte eine verleumderische Beleidigung der Polizei. Im zweiten Falle liege eine einfache Beleidigung der Polizei vor. Dem Angeklagten sei der Schutz des § 193 zuzubilligen, doch gehe aus der Form des inkriminierten Artikels die Absicht der Beleidigung hervor. Im dritten Falle werde der Polizei die Pflichtverletzung vorgeworfen. Da aber die Form dieses Artikels einwandfrei sei und auch hier dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite stehe, müsse in diesem Falle der Angeklagte freigesprochen werden.

Die Art der Konstruktion einer Verleumdung und die erhebliche Strafhöhe beweisen, daß die unbewußte Triebfeder zu diesem dem allgemeinen Rechtsbewußtsein fremden Urteile das böse Gewissen der Bourgeoisie über die vollen zogene Wahlentziehung war. Die Kritik des „Hamb. Echo“ war scharf und berechtigt. Und weil sie den Kern ins Schwarze traf, wurde in den Artikel hineingelegt, was nicht darinnen stand, und was, wenn es wirklich darin zu finden war, ein scharfes Urteil darstellte, nun und nimmer aber eine Verleumdung, eine Behauptung wider besseres Wissen“. Die Feststellung, daß die den Richtern nicht behagende Kritik des „Echo“ eine „Verleumdung“ sein, „wider besseres Wissen“ aufgestellt sein müsse, beweist, wie die unbewußte und darum gefährlichste Massenjustiz eine ruhige, objektive Feststellung von Tatsachen unmöglich macht. Das Urteil wird noch aufreizender als die Wahlentziehung wirken. —

Klassenjustiz, gemildert durch Öffentlichkeit.

Der preussische Justizminister hat dieser Tage an die ihm unterstellten Justizbehörden folgende Direktivverfügung erlassen:

In der Rundverfügung vom 30. April 1893 ist den Justizbehörden zur Pflicht gemacht, im amtlichen Verleite mit dem Publikum jede Schroffheit zu vermeiden. Wenn sich angenommen werden darf, daß diese Verfügung im allgemeinen Beachtung gefunden hat, so geben doch einzelne Wahrnehmungen Anlaß, sie in Erinnerung zu bringen.

Die Wahrung des Ansehens und des Vertrauens dessen die Justizbehörden zu einer gedeihlichen Ausübung der Rechtspflege bedürfen, fordern von allen beteiligten Beamten ein besonderes volle Unparteilichkeit zum Ausdruck bringendes Maß von Ruhe und Besonnenheit.

Ein scharfes Vorgehen ist leicht geeignet, den Eindruck der Festigkeit und Voreingenommenheit zu erwecken und dadurch die sachliche Erledigung der Geschäfte zu erschweren.

Etwasiges Ausschreiten mit Erfolg entgegenzutreten, ist ein festes, aber ruhiges Verhalten das wirksamste Mittel, zumal für schwerere Fälle den Gerichten ausreichende geschickte Befugnisse zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Anstandes bei ihren Verhandlungen gegeben sind.

Auch bei dem außerhalb gerichtlicher Verhandlungen, insbesondere in den Gerichtsabschreibereien und Sekretariaten sich abwickelnden amtlichen Verleite ist dem Publikum jedes zulässige Entgegenkommen zu erweisen.

Die Beachtung dieser Anforderungen zu überwachen und durch persönliche Einwirkung zu fördern, liegt den Aufsichtsbeförden ob.

Selbst ein Weseler, der am 13. Januar durch eine Scharfmacherrede gegen die Sozialdemokratie seinen Befähigungsnaachweis als Justizminister zu erbringen für nötig hielt, muß also das Gefühl haben, daß das Vertrauen zu unserer Justiz tief erschüttert ist! —

Preussische Rechtsprechung.

Ein interessanter Prozess gegen zwei bürgerliche Redakteure wurde dieser Tage vor der Strafkammer zu Hildesheim verhandelt. In der Stuttgarter Fachzeitschrift für Installateure, dem „Soran“, war im Oktober 1903 ein von dem Installateur H. Grebe unterzeichneter offener Brief an den Bauat Vorwärts zu Hildesheim erschienen, worin dieser beschuldigt wurde, ähnlichen Gemeinden Wasserleitungsprojekte auszuarbeiten und Submissionen abzugeben, wozu er „sämtliche Materialien selber liefern oder für die Gemeinden besorge“; ferner hieß es in dem Artikel, die von Vorwärts gebauten Leitungen „seien auch danach“, und von der Regierung wurde gesagt, sie dürfe diese Konkurrenz.

Mit einer Anzahl anderer Zeitungen hatten auch das „Hildesheimer Tageblatt“ und die in Hildesheim erscheinende „Niedersächsische Volkszeitung“ diesen handwerksmännlichen Kostreil gebracht, und sie nahen sich nun wegen Beleidigung des inzwischen zum Geheimen Bauat beförderten Vorwärts verantworten. Als Zeuge wurde nur vernommen — Herr Geh. Bauat Vorwärts; ein an Gerichtsstelle vorgelegter Antrag der Angeklagten auf Ladung von 15 Zeugen, die die Wahrheit der inkriminierten Behauptungen bekunden sollten, wurde vom Gericht nicht berücksichtigt. Vorwärts sagte unter seinem Eid aus, daß er weder für die Ausarbeitung der Projekte, noch für die Bestellung der Materialien eine Vergütung nehme. Diese seine Tätigkeit über er aus auf Veranlassung des Regierungspräsidenten, dem daran liege, den kleinen Gemeinden zu gutem Wasser zu verhelfen. Auf Befragen durch den Verteidiger mußte Vorwärts aber zugeben, daß die Gesellschaft Germania in Waddedeckenstedt ihm für die Herstellung einer Wasserleitung eine einmalige Renumeration von 2000 M. gezahlt habe. Der Minister hat ihm erlaubt, dieses Schmähen einzufreien. Weiter muß der Zeuge einräumen, für den Bau einer Wasserleitung in Salzdetfurth 776 M. angenommen zu haben. Neben dem fortlaufenden Gehalt eines Baurats immer mitzunehmen. Trodem hielt das Gericht den Wahrheitsbeweis für die inkriminierten Stellen, soweit sie sich auf die Konkurrenz beziehen, die der Bauat den Handwerksmännern machen soll, für nicht erbracht. Jene beiden Fälle können bei den 76 vom Beleidigten gebauten Leitungen nicht in Betracht! Es nahm schwere Beleidigung des hochgestellten Regierungsbeamten an. Das Urteil lautete auf 60 M., bzw. 150 M. Geldstrafe und Urteilspublikation in beiden Blättern.

Uebrigens ist das Hildesheimer Gericht nicht einmal das erste gewesen, das die preussische Justiz zur Reparatur der Ehre des

Vorkäfers in Bewegung gesetzt hat. Vor einiger Zeit ist bereits der Redakteur des „Hildesheimer Tageblatt“ in derselben Sache verurteilt worden. Das Hildesheimer Gericht fand auch in der Verurteilung der Arbeiten des Vorkäfers eine „schwere Beleidigung“ und der Staatsanwalt schickte Dr. Häbener beantragte gar 300 M. Geldstrafe — weil der Redakteur einer Zeitung auch für die Sünden seiner Vorgänger verantwortlich sei! Dieser Jurist wollte also dem Redakteur außer den eigenen auch noch alle Vorstrafen seiner sämtlichen Vorgänger in der Redaktion anrechnen.

Einmal bei der Hildesheimer Strafkammer, wollen wir noch folgenden vor der dortigen Strafkammer verhandelten Fall anhängen: Eine Arbeiterfrau aus Bremen fand im dortigen Forst zwei Stüde zugerichtetes Holz an einem Abhänge liegen. Da sie annehmen zu können glaubte, das Holz hätten die Waldbesitzer aus Bequemlichkeit liegen lassen, nahm sie die Stüde mit nach Hause. Dafür wurde die Frau wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt!

Der verhaftete Kaiserdeputierte. Die Breslauer Polizei, die am 19. April auf Belegte wie Unberechtigte, auf Ausgesperrte wie auf Weiterarbeitende einhauete, hat einen neuen Beweis ihrer Unparteilichkeit und Objektivität gegeben: aus Anlaß der Unruhe hat sie auch den ehemaligen Breslauer Kaiserdeputierten, den Schmied Heinrich Hirsch, verhaftet, der seinerzeit auf dem Breslauer Hauptbahnhof dem Kaiser als „Mann aus der Welt“ vorgeführt worden ist.

Für Dienstag hatte das Polizeipräsidium nämlich die ersten Vorladungen ergehen lassen: „in einer Ermittlungssache“. Meist waren Verleite geladen, die im städtischen Allerheiligenhospital verhandelt worden waren und deren Namen die Polizei dort erfahren hatte. Unter den Vogelgeladenen befand sich auch der Schmied Hirsch. Er wurde auf dem Polizeipräsidium gefragt, ob er in der Zeit von 7½ bis 8 Uhr auf dem Striegauerplatze Arbeitswille beschimpft habe. Hirsch bestritt dies; er habe um 6½ Uhr den Platz bereits verlassen und ihn an diesem Abend nicht mehr betreten. Weiter soll Hirsch geäußert haben: „Wir (die Ausgesperrten) sind auch Familienväter und wollen ebenfalls arbeiten.“ Er gab zu, dies getan zu haben und erklärte off weiteres Befragen dem Beamten, er sei deshalb an jenem Abend so aufgereggt gewesen, weil er daran gedacht habe, daß seinerzeit, als er mit der Kaiserdeputation angehört habe, aus laischerlicher Munde das Wort gefallen sei, die Arbeiter haben eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein, und jetzt werde er nach 17jähriger Tätigkeit hinausgeworfen. Nach Unterzeichnung des Protokolls eröffnete ihm darauf der Beamte, er sei verhaftet. —

Ausland.

Frankreich.

Hochspannung.

Die französische Regierung und das französische Bürgertum haben sich — wie es scheint — durch die Verbotsität ansteden lassen, die in Preußen-Deutschland am den 21. Januar d. J. grassierte. Anders ist es kaum zu verstehen, wenn wir hören, daß die ängstlichen Spießbürger des Landes sich für einige Tage verproviantieren aus Furcht: am 1. Mai könnte die Revolution losbrechen!

Wederlicher ist es schon, wenn den Behörden die Verbotsität in die Glieder fährt. So hat z. B. die Pariser Polizei gestern (Freitag) im Redaktionsbureau des Blattes „Le Croix“ („Das Kreuz“) eine Durchsuchung vorgenommen. Gerüchtwiese verlautet, die Staatsanwaltschaft habe „Anhaltspunkte“ dafür gefunden, daß die Hintermänner des Blattes, das eines der Hauptorgane der konservativen Partei ist, bei Anstiftung der Unruhen im Streikgebiet sowie bei anderen Unruhestörungen die Hand im Spiele gehabt hätten! In radikalen Kreisen wird schon seit einiger Zeit behauptet, daß die Antirepublikaner diese Streikunruhen sowie die für den 1. Mai angeplandigten Unruhestörungen angezettelt hätten, um sie zu Wahlzwecken auszunutzen.

Wie die „Agence Havas“ erfährt, sollen auch bei einigen royalistischen Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen stattgefunden haben.

Auch das Blatt „Le Pelelerin“ („Der Pilger“) mußte sich eine Hausdurchsuchung gefallen lassen. Gefunden wurde nichts weiter als eine Notiz über den Eingang von 2000 Frank als Ertrag einer Subskription für die Opfer der Katastrophe in Courrières sowie eine Notiz über die Abfindung des Geldes an den Bischof von Arras. Der Chefredakteur des „Le Croix“ hat gegen die vorgenommene Durchsuchung der Redaktionsräume Protest erhoben.

Die ängstliche Polizei hat sich da sicherlich arg diphieren lassen. Gute Freunde der Regierung sind nun natürlich darauf bedacht, ihr die Situation so angenehm wie möglich zu gestalten. Man telegraphiert ihr: Die Grubenarbeiter seien bereit, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, so daß — und das ist des Pudels Kern! — die Truppen schnell zurückgezogen (und eventuell in Paris verwendet) werden könnten! Der brave Minister hat, der beschloffen hat, am 1. Mai weder Umzüge noch Ansammlungen auf öffentlichen Straßen zu dulden, soll aber in den Stand gesetzt werden, seiner törichtesten Drohung unter Umständen „Nachdruck“ zu verleihen!

Die konservativen Blätter zeigen sich zum Teil vernünftiger als die liberale Bourgeoisie: Sie schreiben, es liege kein Grund vor, sich Beschränkungen über den Ausgang der Demonstrationen am 1. Mai hinzugeben! Man erwartet, daß in Paris etwa 100 000 Mann feiern, von denen circa 60 000 als zu den „friedlichen Elementen“ der Arbeiterkraft gehörig gerechnet werden. Dieser Jähling zufolge hat sich der Pariser Polizeipräsident mit 40 000 Mann — Schutzleuten und Soldaten — versehen, so daß auf je einen nicht „friedlichen“ Demonstranten etwa ein Polizist bzw. Soldat käme!

Kann haben am Freitag früh auch im Gebäude der „Confédération générale du travail“ und bei etwa 50 Angehörigen dieses Bundes Hausdurchsuchungen stattgefunden, die aber sämtlich ergebnislos verlaufen sind.

Im Zusammenhang damit stehen unkontrollierbare Gerüchte, die wir in einigen Berliner Abendblättern finden und die dahin gehen! Die „Confédération du travail“ habe beschlossen: die Achtstundentag-Ausdehnung in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen vom 1. Mai auf den 13. Juni zu verlegen, um den arbeitervreundlichen Teil der Bevölkerung nicht zu verstimmen. (11) Wie gesagt — dieses Gerücht ist im Augenblick noch unkontrollierbar. Wir können kaum glauben, daß eine Arbeiterorganisation — welcher Richtung sie auch angehören möge — einen solchen unproletarischen Beschluß fassen konnte.

Morgen wird sich über die hochgespannte Situation genaueres sagen lassen. —

Italien.

Am Vorabend des 1. Mai!!

Rom, 27. April. (Privattelegramm.) Das Referendum der Arbeiterkammern ergab 34 Stimmen gegen und nur 15 für den Generalkreik. (14 Stimmen unentschieden.)

Infolge dieses Votums demissionierte die Generalkommission der Gewerkschaften. —

Die Mißwirtschaft in der italienischen Kriegsmarine.

Rom, 24. April. (Fig. Ver.) Die parlamentarische Enquetekommission über die Marineverwaltung wird demnächst die Ergebnisse ihrer Untersuchung veröffentlichen. Einen kleinen Vorgehmad gibt einwweilen der Mailänder „Corriere della Sera“, der aus guter Quelle mitteilt, daß

die allerschwersten Mißstände konstatiert worden sind. So sei z. B. ein Teil der Kanonen aus Gußeisen, anstatt aus Stahl, die Äugeln seien teilweise unbrauchbar, die Panzerplatten gewährten keinerlei Schutz gegen moderne Geschosse! Um so elendes Material von den Prüfungskommissionen annehmen zu lassen, hat man die Äugeln immer an den schlechtesten Panzerplatten geprüft und umgekehrt: um die Panzerplatten als annehmbar erscheinen zu lassen, hat man die Schüsse mit verrosteten Äugeln gegen sie abgegeben! Natürlich geschah dies einzig im Interesse einiger weniger großen Firmen.

Auch über das Verprobantierungsweisen der Mannschaften an Bord sollen die allerschwersten Unregelmäßigkeiten enthüllt sein. Wird man nun vielleicht wieder die Abgeordneten, die dies festgestellt haben, — gleich Ferri — zu vierzehn Monaten Gefängnis verurteilen? —

Rom, 24. April. (Fig. Ver.) Den sozialistischen Bürgermeister des Städtchens Certaldo in Toskana hat die italienische Regierung von seinem Amte suspendiert, weil er die Verbreitung und den Anschlag eines antimilitaristischen Auftrugs gestattet hatte, in dem die Rekruten aufgefordert wurden, sich bei der bevorstehenden Aushebung nicht vorzustellen. Die Stadtverwaltung von Certaldo ist in Händen der Sozialisten. —

Die Achtstundentagbewegung in Frankreich.

Paris, 20. April. (Fig. Ver.)

Die Achtstundentagbewegung der Arbeiterschaft schwillt immer mehr an. Gewerkschaften, die zuerst die Beteiligung an der Aktion abgelehnt hatten, werfen sich mit einem wahren Feuereifer in die Bewegung und suchen die vernachlässigte Agitation nachzuholen. Die Arbeitshörse geschieht in diesen Tagen einem Bienenhaufen und in den Sälen der Arbeiterviertel werden gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten. Die Bahlagitation ist jetzt in den Hintergrund gedrängt, der 1. Mai beschäftigt alle Klassen der Gesellschaft. Die zwei großen Streiks der Buchdrucker und der Goldarbeiter verlaufen durchaus befriedigend. Das Komitee der Buchdrucker erhält täglich Erklärungen von Unternehmern, die denZack annehmen, doch wird der Kampf vermutlich noch längere Zeit dauern, infolge der Paritätlichkeit einiger großer Firmen. Die Zahl der ausständigen Goldarbeiter nimmt täglich zu. Die Geschäfte werden von Polizisten bewacht, eine ebenso umläge wie provokatorische Maßregel. Die Metallarbeiter haben den Unternehmern eine Frist bis zum 30. April gesetzt. Ist der Achtstundentag bis dahin nicht bewilligt, soll er „mit allen Mitteln“ erlangt werden. Das Aktionskomitee verbreitet einen Aufruf an die Soldaten, nicht Bruderblut zu vergießen. Die Friseur haben ohne einen eigentlichen Kampf zwei wichtige Forderungen so gut wie durchgesetzt: eine feste Mittagspause und den wöchentlichen Ruhetag. Die Friseurläden werden von 1—2 Uhr geschlossen. Den Geschäften wird der Dienstag freigegeben. Dieser Tag wurde gewählt, weil er namentlich in den ärmeren Vierteln, der schlechtesten beschäftigte ist. Nur der kleinere Teil der Meister weigert sich noch, diese Forderungen zu erfüllen, und vor den Geschäften, die nach 1 Uhr offen halten, veranstalten die Geschäfte Kundgebungen. Die Arbeiter der Nahrungsmittelebranche verlangen außer der Abkürzung der Arbeitszeit und einer wöchentlichen 8 stündigen Ruhe u. a. auch das Recht des Schmutzbartragens für die Kleiner, die bisher zur Barlosigkeit gezwungen waren.

In der Provinz sind kleinere und größere Streiks in unübersehbarer Zahl in den verschiedensten Departements ausgebrochen. Im Norden dauert der Bergarbeiterstreik fort, ohne einen bemerkenswerten Abfall. In den Gütenwerken von Denein ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, ohne daß die Arbeiter ein Resultat erzielt hätten, dagegen verharren die Arbeiter der Werke von Hennebont im Ausstand. Im Kohlenrevier ist jetzt eine äußerliche Ruhe eingetreten, die Aufregung ist aber infolge der brutalen Verhaftungen groß. Man hat auf bloße Denunziationen Frauen ins Gefängnis geführt, die ein halbdugend Kinder bis zum Säugling herab zu Hause haben. Die kleinen Geschäftsleute in den Arbeiterstädten und Dörfern stehen auf Seite der Streikenden und haben Resolutionen zugunsten der Aufhebung der Konzeption der Gewerkschaften an die Regierung geschickt. Aus dem Streikgebiete sind zwei Bataillone zurückgezogen worden, weil deren Mannschaften ihre Sympathie für die Streikenden allzu deutlich kundgeben. In Orient ist der Generalkreik vollständig; das Brot ist um 20 Proz. im Preise gestiegen. In Orest steht gleichfalls der Generalkreik bevor.

Ueber die Intervention der Leiter der Konföderation beim Minister des Innern gibt das Bundesorgan „Voix de Peuple“ nachstehenden Bericht: Griffuelles, Pouget und Rerch ein gingen zu Clemenceau, um sich über die Spiegel zu beklagen, die ihnen seit etlichen Tagen auf Schritt und Tritt folgten. Sie verlangten vom Minister, daß, falls wirklich die Absicht bestände, sie in Präventivhaft zu nehmen, dies sofort geschehe. Der Minister erwiderte, eine Verhaftung sei nicht beabsichtigt und von der sinnlosen Spiegelei habe er nichts gewußt. Ueber den 1. Mai sagte Clemenceau wörtlich: „Es liegt in meiner Aufgabe, nicht zu ignorieren, daß es eine Arbeitskonföderation gibt, aber die ich im übrigen eine von der Meinung aller meiner Kollegen verschiedene Ansicht habe, welche ich jedoch für mich behalte. Ich darf auch nicht ignorieren, daß es einen 1. Mai gibt und meine Aufgabe als Minister des Innern ist es, die geeigneten Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen. Wir stehen nicht auf derselben Seite der Barrikade. Ich habe mein Amt als Mitglied der Regierung zu erfüllen.“

Die reaktionäre Presse fährt fort, das Publikum graulich zu machen. Der „Gaulois“ weh heute zu berichten, daß den Pariser eine Erneuerung der terroristischen Attentats der Baillant und Emil Henri nur „im Großen“ bevorstehe. — Die Regierung zieht in Paris riesige Truppenmassen zusammen. Die Garnison besteht aus 43 Bataillonen Infanterie, 30 Eskadronen Kavallerie, 47 Batterien, wozu noch Train- und Genietruppen kommen. Die Polizei zählt 12 000 Mann. Aber es werden noch Truppen verschiedener Waffengattungen von sieben Armeekorps nach Paris dirigiert!

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht einen Bericht ihres Pariser Korrespondenten, in welchem dieser behauptet, die hierale Partei in Verbindung mit Anarchisten treffe Vorbereitungen zu umfassenden verbrecherischen Anschlägen am 1. Mai, um dadurch gute Wahlen für sich zu machen, die Regierungsgewalt ganz an sich zu reißen. Für die Unruhen und Gewalttätigkeiten in den letzten Tagen, deren Urheber Werkzeuge des reaktionären Bloc seien, spendeten fromme Ultramontane Riesensummen. Wörtlich heißt es da:

„Das Triebwerk der anarchistischen Veranstaltungen ist nicht verborgen, kaum verschleiert. Zuerst drachten die hieralen Organe, namentlich „Echo de Paris“ und „Clair“, ihre blut-erschütternden Berichte über „die kommende Umwälzung“, auf die hier wiederholt hingewiesen wurde. Dann entstand in vielen Gewerben die Ausstanzbewegung, die sofort mit Dynamitanschlägen, Einbruch, Zerstörung, Plünderung und Totschlag einsetzte, aber hierale Unternehmungen sorgfältig verschonte. Der Buchdruckerstand z. B., der alle Zeitstriften in die schwerste Verlegenheit bringt, berührt den hieralen „Korrespondent“ nicht, der heute mit schärfster Regelmäßigkeit erschienen ist. Gleichzeitig verbreiteten die verschiedenen „Croix“ von Paris und der Provinz die tollsten Gerüchte über die schrecklichen Dinge, die sich vorbereiteten.“

Schließlich meint der Verfasser, die Pläne der ultramontanen Verbrecher seien enthüllt und sie würden um die Früchte ihrer Mänke betrogen werden.

Aus Lens wird vom 27. April berichtet: In vergangener Nacht erfolgte in dem Garten eines nicht ausländischen Verg-

arbeiters eine Dynamitexplosion, die nur materiellen Schaden anrichtete.

Paris, 27. April. Minister Barthelemy hat heute den Bergwerks-Gesellschaften durch den als Unterhändler fungierenden Bergwerksdirektor von Lens Reumaug die Antwort des Syndikats der Bergarbeiter betreffend die Regelung der Gehälter übermittelt. Reumaug setzte bei dieser Gelegenheit dem Minister auseinander, daß die Gesellschaften zwar jede für sich, aber nicht in ihrer Gesamtheit den Delegierten der Grubenarbeiter Erklärungen über die gemachten Zugeständnisse abgeben könnten. Der Präfekt des Pas de Calais wird in diesem Sinne bei den Bergwerks-Gesellschaften vermittelnde Schritte unternehmen.

Parlamentarisches.

Maß- und Gewichtsordnung.

Die Kommission für die Maß- und Gewichtsordnung setzte am Freitag ihre Beratungen fort. Der Kampf dreht sich um die Verstaatlichung aller kommunalen Eichämter und das Verbot, neue kommunale Ämter zu errichten. Genosse Stolle begründete den von den Sozialdemokraten gestellten Antrag: dem § 16 folgende Fassung zu geben:

Die Eichämter sind Staats- und Gemeinde-Eichämter. Die Errichtung der Staats-Eichämter erfolgt durch die Landesregierung.

Gemeinden, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes ein eigenes Eichamt besaßen, behalten dieses bei.

Den Gemeinden, welche die zu einem Eichamt erforderlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen beschaffen und Persönlichkeiten nachweisen, welche die zur Besorgung der Geschäfte des Eichamtes erforderlichen Eigenschaften besitzen, darf die Errichtung eines eigenen Eichamtes nicht vorenthalten werden, wenn für den Geschäftsbereich ein Staats-Eichamt noch nicht besteht. Für die Gemeinde-Eichämter gelten die gleichen Bestimmungen wie für die Staats-Eichämter.

Der Bundesratsbeschlusse für Württemberg, Schickert, belämpfte den Antrag der Sozialdemokraten, ebenso den Antrag Engelen und Genossen, die vorschlagen, dem § 16 folgende Fassung zu geben:

Der Landesgesetzgebung bleibt die Bestimmung vorbehalten, ob die Eichämter staatliche Behörden oder Gemeindegewalten sein sollen.

Die Errichtung gemeinschaftlicher Eichbehörden für mehrere Bundesstaaten kann durch Vereinbarung der Landesbehörden erfolgen.

Nextens belämpfte die Verstaatlichung der Eichämter und zeigte, wie schwer die Verstaatlichung in die Staatskasse des Reiches eingreift. v. Jougla, Direktor des Reichsamts des Innern, belämpfte alle gestellten Anträge und führte aus, daß der Bundesrat das Hauptgewicht auf die Rachelegung legt, um den kleinen Geschäftsmann mehr vor oft hohen Strafen, Konfiskationen und polizeilichen Schikanen zu schützen. Der Bundesrat beabsichtigt nicht, solchen Kommunen die Eichämter zu enteignen, die allen Anforderungen, auch der Rachelegung, genügen; aber der Bundesrat müsse das Recht haben, sofort einschreiten zu können. Von 740 Gemeinde-Eichämtern gebe es nur 79, die Ueberprüfungen erzielten, 700 erfordern Zusätze.

Auf denselben Standpunkt stellte sich auch der Geheimrat Dr. Jäger.

Von anderer Seite wurde noch ausgeführt, man solle nur in den dringendsten Fällen in die einzelstaatlichen Rechte eingreifen und sich hüten, von Reichswegen in wohlverordnete Rechte einzugreifen. Stolle wies noch einmal darauf hin, daß man sehr wohl — wie in Sachen — das gemischte System einführen könne: Den Gemeinden das Eichamt, dem Reiche das Rachelegungsamt.

Nach weiterer Diskussion wurde die Sitzung auf Dienstag, den 1. Mai vertagt.

Gewerkchaftliches.

Die Lohnkämpfe des Holzarbeiterverbandes im Jahre 1905.

Ein Bericht des Hauptvorstandes über die vorjährigen Streiks und Lohnbewegungen, an denen der Holzarbeiterverband im Deutschen Reiche beteiligt war, lassen die Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern, sowie den altbewährten Kampfescharakter der Organisation noch deutlicher hervortreten, wie der Bericht vom Jahre 1904.

Die Verbandstätigkeit verzeichnet im Vorjahre 278 Angriffstreiks (gegen 241 im Jahre 1904), ferner 144 (105) Abwehrstreiks und 31 (15) Ausperrungen. Sinsu kommen noch 457 (468) Lohnbewegungen, die ihre Erledigung ohne Arbeitseinstellung fanden.

Im ganzen kam es also im Jahre 1905 zu 940 (929) einzelnen Bewegungen, an denen insgesamt 55 312 (48 951) Personen beteiligt waren. Für 28 117 (28 641) Personen, also fast der Hälfte der Beteiligten, wurden die Differenzen ohne Streik erledigt. Im Vergleichsweg wurden erzielt in 179 Fällen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 2,8 Wochenstunden und in 373 Fällen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,48 M. pro Woche. Verabschiedete Lohnreduktionen wurden in 49 Fällen abgewehrt. Von den Angriffstreiks endeten 185 mit vollem Erfolg, 51 mit teilweisem Erfolg und 34 erfolglos. Das Resultat der Abwehrstreiks war in 79 Fällen ein voller Erfolg, in 13 Fällen ein teilweiser Erfolg und in 44 Fällen ein Mißerfolg.

Die Ausperrungen zeigten für die Arbeiter in 13 Fällen einen vollen und in 6 Fällen einen teilweisen Erfolg, in 9 Fällen kam es zu einer Niederlage für die Arbeiter. Ein Teil der Bewegungen war am Jahreschluss noch nicht beendet.

Der Gesamterfolg war eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2,4 Wochenstunden für 25 485 Arbeiter und eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,62 Mark pro Mann und Woche für 32 708 Arbeiter. Die Kosten der Streiks und Lohnbewegungen beliefen sich insgesamt auf die Summe von 1 176 066,44 M., von denen 405 382,77 M. aus den Lokalfassen gedeckt wurden.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache sowohl für die Arbeiter, als auch für die Unternehmer. Vor allem bestätigen sie den eminenten Wert und die Leistungsfähigkeit der Organisation.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bäcker. Gestern nachmittag wurden im Germania-Innungshaus die Verhandlungen der Kommission von Meißner und Gesellen fortgesetzt. Der Generalsekretär der Germania-Innung, Dr. Westfal, brachte eine Beschwerde darüber vor, daß in der letzten Feststellungsverammlung Änderungen gefordert seien, die den friedlichen Fortgang der Verhandlungen stören könnten. Man habe dort behauptet, die Meister wollten die ganze Sache verschleppen, und Heßbold habe gesagt, bei dem Punkte Arbeitsnachweis würden die Verhandlungen auf jeden Fall scheitern. — An Stelle Heßbolds, der verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen, erwiderten Schneider und Altman: Dr. Westfal müsse wohl einen ganz unzuverlässigen Bericht von jener Versammlung erhalten haben; die Vertreter des Verbandes hätten dort nichts gesagt, was die Verhandlungen beeinträchtigen könnte, und auch Heßbold habe die ihm zugeschriebene Äußerung nicht getan. Die Germania-Zeitung aber habe einen Artikel der „Post“ übernommen, der weit mehr geeignet sei, Unfrieden in die Verhandlungen zu bringen. Darin wurde unter anderem gesagt, der Verband wolle das ganze Bäckergewerbe unter sozialdemokratische

Leitung bringen, und dergleichen mehr. Dr. Westfal erklärte darauf, daß er mit dem Artikel nichts zu tun habe.

Dann wurde die Debatte über das Kost- und Logiswesen fortgesetzt. Es zeigte sich jedoch bald, daß auf diesem Wege nur sehr schwer eine Einigung erzielt werden konnte. Darum beschloß man, eine Unterkommission von drei Meister- und drei Gesellenvertretern zu wählen, die sich über bestimmte Vorschläge einigen sollte. Gewählt wurden von den Meistern: Dr. Westfal, Altmeister Müller und Obermeister Köhler aus Köpenick; von den Gesellen die Verbandsvertreter Altman und Schneider und Altgeselle Rajewski aus Spandau.

Nach ungefähr einstündiger Beratung machte diese Kommission folgende Vermittlungsvorschläge zu den beiden ersten Punkten des Tarifs:

Kost und Logis darf den Gesellen nicht mehr vom Meister gewährt werden; Ausnahmen sind nur auf ausdrücklichen Wunsch der Gesellen zulässig.

Der Minimallohn beträgt pro Woche 23 M. Wo jetzt bereits höhere Löhne bestehen, dürfen sie nicht gekürzt werden. Großbetriebe, in denen die Arbeit intensiver ist als in Kleinbetrieben, haben entsprechend höhere Löhne zu zahlen.

Denjenigen Gesellen, welche auf ihren Wunsch Kost und Logis beim Meister erhalten, werden 12 M. vom Lohn in Abzug gebracht.

Diese Vorschläge wurden dann in der Gesamtkommission von beiden Parteien einstimmig gutgeheißen. Der Unterkommission wurde der Auftrag erteilt, am nächsten Mittwoch vormittags über die übrigen Punkte des Tarifvorschlags zu beraten und dann der nachmittags stattfindenden allgemeinen Sitzung der Kommission ihre Einigungsvorschläge zu unterbreiten.

Vertreter des gelben „Verbandes der Vereinigungen von Bäcker-Gesellen“ stellten den Antrag, daß von ihrer Organisation ein Vertreter in die Unterkommission gewählt werde. Sie hatten an der Wahl dieser Kommission teilgenommen, waren aber in der Minderheit geblieben. Die Verbandsvertreter wandten sich entschieden gegen den Antrag und auch einzelne Meistervertreter erklärten, daß es nicht gerade notwendig sei, daß diese Organisation mit vertreten sei, da ja auch mehrere Meisterkorporationen wohl in der Gesamtkommission, aber nicht in der Unterkommission vertreten hätten. Der Antrag wurde dann zurückgezogen.

Tarifforderungen der Eisener. Für die Branche der Eisener (Holzarbeiterverband) läuft der jetzige Tarif am 1. Juni d. J. ab. Der bestehende Tarif ist jedoch kein einheitlicher, denn es ist bisher noch einem sogenannten „grauen“ und einem „weißen“ Tarif gearbeitet worden. In der gestrigen Versammlung der Eisener, an der auch Nichtmitglieder des Holzarbeiterverbandes teilnahmen, wurde nun die Einführung der Lohnarbeit anstelle der bisherigen Aflorarbeit befürwortet. Nichtsdestoweniger aber hatte die Lohnkommission auf der Grundlage des „weißen“ Tarifs einen neuen Einheitsarif ausgearbeitet, der im wesentlichen nur eine Erhöhung der Aflorpositionen für die häufige Maschinenarbeit vorsieht. Dieser Entwurf der Lohnkommission wurde von der Versammlung mit geringfügigen Änderungen angenommen und beschlossen, denselben den Arbeitgeberern demnächst vorzulegen, damit rechtzeitige Verhandlungen ermöglicht werden können.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Leipzig, 26. April. (Eig. Ber.)

Nochmals eine letzte Widerlegung des von der bürgerlichen Presse verbreiteten Märchens von der „außerhalb der Betriebe stehenden“ Lohnkommission. Diese Kommission ist am 4. März in einer Konferenz der Arbeiterauschussmitglieder gewählt. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus den Reihen der Arbeiterauschüsse und sind sämtlich Vergleute, die jahrzehntelang Bergarbeit vertrieben haben und zum Teil ganz besonders qualifizierte tüchtige Arbeiter — als solche auch in der ganzen Gegend bekannt — sind! Sie sind weder vom „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverband ernannt, noch vorgeschlagen. Sie sind in ihren Maßnahmen und Entschlüssen völlig frei und selbständig. Auch die Leitung des Streiks ruht in den Händen dieser Kommission. Daß auch dies den Herren vom bergbaulichen Verein längst bekannt ist, kann ohne weiteres angenommen werden.

Alle Ausreden von „sozialdemokratischem“ Verband, sozialdemokratischer Kommission usw. sind faule Klauen, berechnet, die Öffentlichkeit über den wahren Kern der ablehnenden Haltung des Unternehmertums irre zu führen. Die wahre Ursache der Haltung des Industriellenverbandes in diesem Kampfe ist die Furcht, etwas einzubüßen, den Profit vielleicht geschnitten zu sehen, und eine ganze Kleinigkeit von dem brutalen Standpunkt des unbedingten Herrinhaltens einzubüßen.

Nun, vorläufig wird die Streikunterstützung von der nächsten Woche ab erhöht werden. Es wird sich dann zeigen, wem am längsten aushält. Keinesfalls werden die Bergarbeiter unter den jetzt geltenden Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen.

Wie die Situation beschaffen ist, lehren die Berichte aus dem Meuselwitzer Revier, wo die Grube „Fürst Bismarck“ am Ersuchen ist, weil die Grundwasser durchgedrungen sind. Auch dort mühen sich die Werksbeamten im Schweiße ihres Angesichts ab, Leute zu bekommen, um die Grundwasser zurückzudämmen, um den Schacht zu retten. Und mit jedem Tage wird die Situation kritischer.

Wie zu erwarten stand, haben sich auf der christlichen Grube „Raumburg“ weitere Mannschaften den Streikenden angeschlossen. Bemerkenswert mag hierbei werden, daß sich die Grube arbeitenden Frauen, circa 25 an der Zahl, ebenfalls mit den Ausständigen solidarisch erklärt haben. Aus Anlaß der Arbeitsniederlegung der Radtschicht von Grube „Raumburg“ ging die Polizei in unerhörter Weise vor. Die Schuppenketten unter dem Kinn, die Hand am Säbelknopf, so fügten die berittenen Gendarmen wie die wilde Jagd mit verhängten Jägeln auf die in harmlosen Gruppen bestehenden Streikenden zu! Es zeugt von geradezu wunderbarer Disziplin der Streikenden, daß sie sich in keiner Weise provozieren ließen. Doch man sogar zum Schutze des geheiligten Profits vor offensichtlichen Rechtsbrüchen nicht zurückschreckte, beweist die Tatsache, daß der sogenannte Kreuzweg in Deuben, der nahe an die Raumburger Grube führt, polizeilich gesperrt ist. Nur für einen einmaligen Durch- resp. Spaziergang ist der Weg frei.

Dasselbe Räuber versucht die Polizei im Vornauer Revier bei Lobstädt. Dort wollte die Gendarmen den Weg Lobstädt-Großhesseln für die Streikenden sperren. Als die Streikenden der Aufforderung, umzulehnen, nicht Folge leisteten, sondern ruhig weitergingen, griff die Polizei einen heraus. Nach erregtem Wortwechsel erfolgte die Arrestur des Mannes nach Lobstädt ins Gefängnis. Von dort wurde der Verbrecher nach dem Amtsgericht Borna übergeführt. So bewahren sich hier wieder einmal die Organe des Staates als die „Ameidigste“ Schutztruppe des Unternehmertums!

In großen Kämpfen wird es in den nächsten Tagen auch im Dresdener Baugewerbe kommen. Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter hatten dem Arbeitgeberbunde Anträge auf eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne und Einführung der neunstündigen Arbeitszeit gestellt; die Unternehmer aber haben nach mehrmals unterbrochenen Verhandlungen in ihrer Sitzung vom 24. April einstimmig beschlossen, die Forderungen der Arbeiter unbedingt abzulehnen und nur eine kleine Lohnerhöhung zu bewilligen, betragt, daß die Löhne im Jahre 1906 betragen sollen: für Bauhilfsarbeiter 36 Pf., für Kall-bezm. Fiegelträger 46 bezw. 50 Pf., für Maurer und Zimmerer 52 Pf. künftl. im Jahre 1907 aber für Bauhilfsarbeiter 38 Pf., für Kall-bezm. Fiegelträger 48 bezw. 52 Pf., für Maurer und Zimmerer 54 Pf. Die Arbeiter haben diese Zugeständnisse für unannehmbar erklärt. In fünf großen

Versammlungen der Bauhilfsarbeiter, von denen die eine aufgelöst wurde, weil der Nebner unter Hürufen der Versammelten das Verhalten der Polizei am 19. April kritisierte, war man allgemein dafür, sofort in den Streik zu treten, man entschloß sich aber schließlich, die definitive Entscheidung bis zum 30. April zu vertagen, um den Spruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts abzuwarten. Es ist aber bei der ablehnenden Haltung des Arbeitgeberbundes zu erwarten, daß die Verhandlungen resultatlos verlaufen, und daß deshalb Montag abend der Streik proklamiert wird, dem sich eine allgemeine Arbeitsruhe aller im Baugewerbe Beschäftigten, vor allem der Maurer und Zimmerer anschließen muß, umso mehr, als ohnehin der Arbeitgeberverband den Kaiserbeschluss der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter mit der Ankündigung beantwortet hat, daß alle Feiern für die weitere Dauer der Lohnkämpfe ausgesperrt werden sollen. Die Unternehmer wollen den Kampf; sie werden ihn haben.

Von der Breslauer Metallarbeiterausperrung ist zu berichten, daß sich die in die Wege geleiteten Verhandlungen zerschlagen haben. Nachdem die Unternehmer zuerst bereit schienen, mit einer Kommission der Ausgesperrten zu verhandeln, wollen sie nunmehr offenbar den Kampf bis aufs Messer. Der Verband der Metallindustriellen hat in seiner letzten Sitzung jede Verhandlungen mit der Organisation zu Organisation ebenso abgelehnt wie den Vorschlag, eine aus Unternehmern und Arbeitern bestehende Kommission zu bilden. Verlangt wird die unbedingte Wiederaufnahme der Arbeit von den streikenden Formern der Firmen Remna und Maschinenbauanstalt. Der Kampf kann also noch recht lange währen.

Zur Metallarbeiterausperrung in Dresden. Am Donnerstag haben Verhandlungen über die Differenzpunkte stattgefunden, die den Metallindustriellen zum Vorwande für die Ausperrung von 18 000 Arbeitern gebient haben, nämlich dem Streik in der Nähmaschinenfabrik von Wiefold u. Lode in Reichen und den Siewerei-arbeiterausstand. Im ersten Falle ist eine Einigung erzielt worden: die Reichenener Firma hat sich bereit erklärt, die organisierten Arbeiter in gleicher Weise zu behandeln wie die nichtorganisierten und alle Ausgesperrten und Streikenden wieder einzustellen. Auch die Verhandlungen wegen des Siewereiarbeiterausstandes haben zu vorläufigen Vereinbarungen, die den Arbeitern teilweise Vorteile bringen, geführt. Doch soll das Resultat erst dem Vorstand des Verbandes der Metallindustriellen vorgelegt werden. Natürlich müssen die Vereinbarungen auch den streikenden Siewereiarbeitern unterbreitet werden. Das soll Sonnabend in einer großen Versammlung der Siewereiarbeiter geschehen.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht des Deutschen Flottenvereins für das Jahr 1905. 16 Seiten.

M. Schön. Die Invalidenversicherung des Deutschen Reiches im täglichen Leben. 75 Seiten. Preis 1 M. Verlag, A. Trotschel, Brunnenwald-Berlin, Glatzstr. 5.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kein Tag ohne Eisenbahnunglück.

Karlsruhe, 27. April. (Amliche Meldung.) Am 26. April, abends, ereignete sich bei der Ausfahrt des Güterzuges 7770 aus der Station Triberg sechs Wagen. Von dem Personal des Güterzuges erlitt ein Bremser schwere Verletzungen, an denen er inzwischen verstorben ist.

Schwer gestraft.

Donaubrad, 27. April. (B. Z. B.) Wegen Landfriedensbruch, begangen am 29. Januar während der Streikunruhen vor einer hiesigen Eisengießerei, verurteilte das Landgericht 12 Formner und einen Weber zu je 4 Monaten Gefängnis.

Hausdurchsuchungen.

Paris, 27. April. (B. Z. B.) Die heute morgen stattgehabten Hausdurchsuchungen regten das Publikum, welches die Nachricht zuerst durch eine Sonderausgabe des regierungsfreundlichen „Matin“ erfuhr, lebhaft auf. Besondere Bedeutung wird den in der Wohnung des ehemaligen Deputierten Jacques Pious, des Präsidenten des großen und überaus reichen konservativen Wahlvereins „Action Libérale“, und den Bureaus der Antifreimaurerliga vorgenommenen Durchsuchungen beigegeben. Im Vereinslokal der Antifreimaurerliga, deren Präsident Senator Admiral de Cuberville und deren Generalsekretär Abbé Tourmentin ist, soll die Polizei Auskunftsstellen über republikanisch gekannte Offiziere und selbst über gewisse Getreide gefunden haben. Die Wohnungen Jacques Pious und des Grafen Durand de Beauregard, eines Führers der bonapartistischen Partei, wurden in deren Abwesenheit durchsucht. Ferner wurden bei dem Sekretär des Grafen Beauregard, einem gewissen Péron, sowie bei Dr. Vapur, Obmann des nationalistischen Vereins „Entente Nationale“, und bei dem Grafen de la Règle, welcher seine Kammerkandidatur als sozialer Royalist in St. Denis bei Paris aufgestellt hat, Durchsuchungen vorgenommen; über das Ergebnis derselben verläutet bisher nichts Bestimmtes. Der „Matin“ hält es nicht für unmöglich, daß zwischen den Leitungen des revolutionären Arbeiterverbandes und einzelnen antirepublikanischen Parteiführern eine gewisse Verbindung bestanden habe. Vorläufig wurden in 52 Wohnungen Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen 400 Polizeikommissare mitwirkten. Weiter ist es zu keinerlei Verhaftungen gekommen.

Ausstand der Gastwirtsgehilfen.

Marseille, 27. April. (B. Z. B.) Heute morgen traten 200 bis 300 Angestellte der Cafés, Bierhäuser und Restaurants in den Ausstand und veranstalteten eine Kundgebung, um auch die übrigen Angestellten solcher Betriebe zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen. Infolge dessen wurden heute nachmittags alle größeren Lokale geschlossen.

Ausgewiesener Fürst.

Petersburg, 27. April. (B. Z.) Fürst Dolgotulow wurde heute aus Petersburg ausgewiesen.

Bombenattentat.

Odesa, 27. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein unbekanntes junges Mädchen warf heute eine Bombe gegen ein Geschäftslokal, in welchem gestern zwei junge Leute Geld zu erpressen versucht hatten. Ein Angestellter des Geschäfts wurde verwundet.

Ueberschwemmung in Rußland.

Arauhajard, 27. April. (B. Z. B.) Der Jenissei ist über seine Ufer getreten und hat drei Viertel von Jenissei überflutet. Hunderte von Familien mußten ihre Wohnungen verlassen. Zahlreiche Personen flüchteten vor dem Hochwasser auf die Dächer der Häuser oder in Schutz bietende öffentliche Gebäude.

Die Lage in San Francisco.

New York, 27. April. (B. Z.) In San Francisco sind infolge der Aufhebung des Standrechts die Räuber wieder zahlreicher. Mehrere wurden abgefaßt, als sie Geldhändler in Geschäftshäusern zu sprengen versuchten. — Professor Chobot vom Observatorium in Oakland berichtet, der Seismograph zeige 38 Erberdatterungen seit 8 Tagen.

Erbeben.

Los Angeles, 27. April. (B. Z. B.) In der letzten Nacht wurden in Salinas (Kalifornien) drei schwere Erdbeben wahrgenommen, von denen jeder etwa vier Sekunden dauerte. Soweit bis jetzt bekannt ist, wurde kein Schaden angerichtet.

An die Gewerkschaften und Arbeiter Berlins!

Genossen! Arbeitsbrüder! Der 1. Mai, das Weltfest der Arbeit, ist wieder gekommen. Die Klassenbewusste Arbeiterklasse aller Kulturländer wird zum 17. Male den Weltfeiertag der Arbeit festlich begehen. Wiederum beabsichtigen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Feier des Tages durch Arbeitsruhe zu begehen, trotz der Maßnahmen, mit denen ein von unsäglichen Machtdünkel besetztes Unternehmertum den die Arbeit ruhenlassenden Arbeitern droht.

Arbeiter! Parteigenossen! Es gilt Protest zu erheben gegen alle Maßnahmen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter zu zerstören geeignet sind, gegen die dem Unternehmertum willfährigen Maßnahmen, Verordnungen und Entscheidungen landes- und ortspolizeilicher Körperschaften!

Es gilt aber auch zugleich Protest zu erheben gegen die den Weltfrieden in erster Weise bedrohende abenteuerliche Weltpolitik, deren Verwirklichung dem arbeitenden Volke von neuem eine erhebliche Steigerung der Gut- und Blutsteuer auferlegt; gegen eine Weltmachtspolitik, die dahin führen muß, die Völker in blutigem Kampfe gegeneinander zu heizen.

Angeichts einer solchen Politik empfiehlt der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission den Gewerkschaften folgende Resolution zur Annahme:

In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse der Arbeiter aller Länder und mit den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beklamen die Versammelten, daß sie mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft eintreten für die Verwirklichung der Gedanken, die durch die Maifeier zum Ausdruck gebracht werden.

Die Versammelten betrachten die Klassenbewussten Proletarier aller Länder als Kampfgenossen, mit denen sie gemeinsam für die Völkerbrüderlichkeit, für die Erhaltung des Friedens und Förderung des Kulturfortschrittes kämpfen.

Die Versammelten erklären, einzutreten für die Befreiung der Arbeiter von jeglicher Ausbeutung und jeglicher Unterdrückung.

Die Versammelten fordern eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung, in der mindestens bewilligt werden muß:

Ein höchstens acht Stunden dauernder Normalarbeitstag; eine mindestens 36 Stunden dauernde Ruhepause für jeden Arbeiter in jeder Woche; Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder im Alter von unter 14 Jahren.

Die Versammelten fordern die rechtliche Gleichstellung aller Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und unbeschadet darum, ob sie in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehr oder im öffentlichen oder Gefindedienst ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Versammelten fordern die Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte für die Arbeiter. Vor allem Sicherstellung des Koalitions-

rechtes, der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit und Erweiterung der Rechte der Arbeiter bei der Arbeiterversicherung.

Da die Rechte der Arbeiter nur dann sichergestellt sind, wenn die Arbeiter ihre Rechte selbst vertretet, so fordern die Versammelten: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen.

Die Versammelten fordern die Beseitigung des Unrechts, welches in dem Vorrecht des Besitzes, in dem elendesten aller Wahlsysteme, in dem Dreiklassenwahlrecht zum preussischen Landtag und den diesem nachgebildeten Wahlsystemen zum Ausdruck kommt. Die Versammelten fordern die Beseitigung jeglicher Vorrechte des Besitzes und der Geburt.

In der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nur die Rechte erhält, die sie sich selbst erringt und ununterbrochen verteidigt, geloben die Versammelten, zu diesem Zweck sich dauernd in politischen und wirtschaftlichen Kampforganisationen zusammenzuschließen.

Zur Wahrung der politischen Rechte schließt sich die Arbeiterklasse in der sozialdemokratischen Partei zusammen; zur Erlämpfung wirtschaftlicher Vorteile vereinigen sich die Arbeiter in den Gewerkschaften. Die Kampforganisationen der Arbeiter sind ein dauernder Protest gegen bestehende Unterdrückung und sie sind die Mittel zur Erringung weiterer Rechte. Der vereinigte Kampf des Proletariats aller Länder ist das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

In dieser Erkenntnis geloben die Versammelten, mit aller Kraft für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse wirken zu wollen.

Die Maifeier.

Arbeitsruhe beschlossen in Magdeburg die Töpfer sowie die Heizer und Maschinisten für alle Betriebe, wo von anderen Arbeiterkategorien Arbeitsruhe gehalten wird.

Aus Nürnberg wird uns berichtet: Auch den Maurern wurde vom Unternehmerverband angekündigt, daß sie einen Tag ausgesperrt werden, wenn sie am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheinen. Auf den Entschluß der Maurer, den Weltfeiertag durch Arbeitsruhe zu begehen, wird das keine Wirkung ausüben. Die Maifeier wird diesmal in Nürnberg voraussetzungslos sehr imposant werden, da in einer großen Anzahl von Etablissements beschlossen wurde, zu feiern.

Die Düsseldorfser Behörde hat nicht nur den geplanten Umzug verboten, wie wir bereits meldeten, sondern auch den Antrag, eine der drei städtischen Lokale den Arbeitern am 1. Mai zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Stenographen der Arbeiter werden wohl benutzt, um die großen Defizite, die die drei Lokale verursachen, zu decken, diese Lokale den Arbeitern aber zu öffnen, fällt der Verwaltung nicht ein. Trotz dieser Verbote wird die Demonstration der Düsseldorfser Arbeiter am 1. Mai eine gewaltige sein.

In Giesfeld wurde der geplante Umzug verboten. Aus dem Auslande wird gemeldet:

Paris, 26. April. Die Agitation für den 1. Mai dauert fort. Zahlreiche Versammlungen sind einberufen worden. In Wien, London, Kopenhagen und anderen Städten fanden gleichfalls Kundgebungen und Versammlungen statt, in welchen gleichfalls beschlossen wurde, den 1. Mai zu feiern. Prag, 26. April. Der Abgeordnete Mlofac, Führer der tschechoslowakischen Arbeiter, erließ einen Aufruf, den 1. Mai nicht zu feiern und dahin zu wirken, daß von jetzt ab überall am 1. Mai gearbeitet werde.

Herr Mlofac wird durch diese Quertreiberei die imposante Kundgebung der österreichischen Genossen nicht zu stören vermögen, da seine Partei bedeutungslos ist.

Dr. Mugdan als Reformator.

Die Vorbeeren, die dem „freisinnigen“ Dr. Mugdan ob seiner verdächtigen Äußerungen gegen die Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie und gegen einzelne verdienstvolle in Krankenkassen tätige Arbeiter von der äußerlichen Rechten im Herrenhause, Abgeordnetenhaus, Reichstage und in der konservativen Presse geworden sind, lassen ihn nicht ruhen. Er ist jetzt mit einem Programm zur Reform der Arbeiterversicherung herorgetreten.

Auf annähernd 20 Seiten der Julius Wolffschen „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ (S. 166 bis 172, 234 bis 240) läßt sich Mugdan über eine Reform der Krankenversicherung aus. Annähernd neun Zehntel des Mugdanischen Elaborats besteht in Wiederholung seiner unwahren Behauptungen gegen die Verwaltung der Ortskrankenkassen und gegen die Absichten der Sozialdemokratie. Dr. Mugdan bespricht hierbei die von einem konservativen Führer dahin gekennzeichnete Methode seines Glaubensgenossen Ahlwardt: erst stellt er eine unrichtige Behauptung auf, dann widerlegt er sie und meint, durch die Wiederholung den Wahrheitsbeweis erbracht zu haben. Doch Herr Mugdan ist auch „wissenschaftlich“, schreibt er doch für eine Zeitschrift, deren Inhalt dem Leser durch den Titel „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ angedeutet werden soll. Die „wissenschaftliche“ Methode des Dr. Mugdan besteht darin, daß er den Grundtatbestand wissenschaftlichen Ergründung, die Voraussetzungslosigkeit, auf die Spitze treibt.

Verzucht der wissenschaftliche Forscher die Tatsachen voraussetzungslos zu ergründen und auf den Ergebnissen seiner Forschung Schlussfolgerungen logisch aufzubauen, so kurziert der sozialpolitische Dr. Eisenbart die Tatsachen in seiner Art. Bei seinen Vorlesern legt er völlige Unkenntnis der Tatsachen voraus, verdreht die Tatsachen höchst sonderbar in ihr Gegenteil und beweist diese Umdeutung der Wahrheit „wissenschaftlich“ durch Einleitungen wie „es ist unbestreitbar“, „es kann nicht gelognet werden“, „meine Behauptung ist von keiner Seite als unrichtig nachgewiesen“ u. dgl. Glaubet nur, glaubt an mich mit der halben Stärke, wie ich mit selber glaube, habi diesen wahren Glauben, dann werdet ihr in das Tor eingehen, das den Weg zur Vernichtung der Sozialdemokratie, zu einer wahren Sozialpolitik ebnet, die darin bestehen muß, die Arbeitergroßen zur Bekämpfung der Armenlosen, insbesondere zur Hebung der Krankenot, und zur Verwaltung der Arbeitergroßen durch die Unternehmerklasse und die höhere Bürokratie zu verwenden. Die Vorschläge des freisinnigen Abgeordneten ergeben sich aus folgender Skizze.

Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung würde nach den Darlegungen des Staatssekretärs des Innern in der Reichstags-Sitzung vom 6. Februar d. J. zu ihrer Durchführung noch vier, fünf Jahre auf sich warten lassen. Für die Unfallversicherung und Invalidenversicherung schadet dies nicht viel; aber die Durchführung der Invalidenversicherung sind erhebliche Klagen nicht erhoben worden und die Unfallversicherung hat sich auch bewährt. Allerdings ist es bedenklich, daß in der Organisation der Unfallversicherung kein Raum für die Tätigkeit der Versicherten ist und daß die erste Feststellung der Unfallentschädigung gänzlich in die Hände der Versicherungsgesellschaft gelegt ist; aber hiervon abgesehen haben sich, wie ich erst kürzlich in der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ 1905 Nr. 39 ausführte, erhebliche Mängel für die Versicherten nicht gezeigt: die Verwaltung der Versicherungsgesellschaften funktioniert tadel-

los, und wenn vielleicht in der ersten Zeit die Berufsgenossenschaften hier und da bei der Bemessung der Renten sich etwas larg zeigten, so ist dies in den letzten Jahren infolge der den Versicherten fast immer sehr wohlwollenden Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes weit seltener der Fall gewesen, so daß die Fürsorge für die Versicherten eine zufriedenstellende genannt werden kann, wenn auch nicht in allen Fällen der Betrag der Rente dem durch den Unfall herbeigeführten Verlust des Arbeitsgenusses entspricht.“

Nach dieser für die tiefgründige Kenntnis und das sozialpolitische Verständnis des freisinnigen Abgeordneten kennzeichnenden Lobpreisung der tagan, tagan von den im Dienste der Arbeit Verunglückten, in jedem Arbeitersekretariatsberichte, sowie in jeder mit der Unfallversicherung sich beschäftigenden Zeitung beklagten ungeheuren Schäden insbesondere der Unfallversicherung, gibt der Reformator des Arbeiterversicherungswesens zu, eine durchgreifende Reform der Krankenversicherung sei dringend notwendig. Sie sei auf folgendem Wege zu erreichen.

Die Krankenversicherung sei auf den Kreis derjenigen Personen zu erstrecken, die heute der Invalidenversicherung unterliegen. Unter Aufhebung der Gemeindekrankenversicherung und aller reichsgesetzlichen Zwangskrankenversicherungen, müsse für jeden selbständigen Stadtkreis und ländlichen Kreis (Amtsbezirk, Bezirksamt u. dgl.) eine einzige Krankenkasse errichtet werden. Vorsitzender dieser Kasse soll ein höherer besoldeter Verwaltungsbeamter sein. Dieser Vorsitzende sei bei den Stadt-Krankenkassen von den städtischen Behörden, bei den Kreis-Krankenkassen vom Kreis-Ausschuss oder vom Kreistag und entsprechenden Behörden in den nichtpreussischen Bundesstaaten zu wählen. Kassenfilialen seien von den Gemeindevorstehern zu verwalten. Dem Vorstande der Kasse sollen Arbeiter und Arbeitgeber in gleicher Anzahl angehören. Zweckmäßig sei es, für die Bureaubeamten einen Befähigungsnachweis zu verlangen. Die Kassenmitglieder seien in Lohnklassen einzuteilen. Das Krankengeld müsse in ganz Deutschland für Mitglieder derselben Lohnklasse gleich hoch sein. Die Kassenleistungen sollten gesetzlich festzulegen, nicht nach oben oder unten begrenzt sein. Eine obligatorische Gewährung freier ärztlicher Behandlung an die Familienangehörigen, jedoch nicht freie Medizin oder Heilmittel, sei sehr wünschenswert. Als Entgelt für die so verlangte Aufhebung der Selbstverwaltung und des Restes der heute bestehenden Verwaltungsrechte der Arbeiter und für die erstrebte Behinderung der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben durch die Krankenkassen schlägt Dr. Mugdan unter Anwendung seiner eingangs charakterisierten Methode die Wahrheit zu verkennen und die Kassenverwaltungen, die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie zu verdächtigen, zur Regelung der Kassenarzfrage folgendes vor:

„Die Ärzte einer Stadt oder eines Kreises, die bei der Stadt- oder Kreis-Krankenkasse Praxis treiben wollen, bilden einen Verein der Kassenärzte der Krankenkasse K. R. Der Vorstand des Ärztevereins verhandelt mit der Krankenkasse einen Vertrag über die ärztliche Behandlung ihrer Mitglieder. Nicht notwendig ist dabei die Bezahlung der ärztlichen Einzelleistung; ihre allgemeine Einführung ist meiner Meinung nach, sogar nicht einmal empfehlenswert, denn in der Privatpraxis ist die Korrektur für allzuhohe Inanspruchnahme des Arztes die Scheu vor den dabei entstehenden Kosten, eine Korrektur, die in der Kassenpraxis fällt. Deshalb halte ich für die beste Art der kassenärztlichen Bezahlung ein Pauschquantum. Erforderlich erscheint mir nur, daß bei den notwendigen Ausführungsbestimmungen ein bestimmter Betrag für das Arzthonorar, etwa 15 bis 20 Prozent der Kassen-

einnahmen, festgelegt wird.“

Kommt ein Vertrag nicht zustande, so soll eine Behörde beauftragt sein, bis zu einer Vereinbarung einen Notvertrag zu verhandeln, der für die Kasse bindend ist und dessen Annahme das ärztliche Ehrenrecht seinem Arzte verbietet.“

Ist diese Organisation durchgeführt, meint Dr. Mugdan, so könnte die Invalidenversicherung unter Wegfall der Ausschüsse der Landesversicherungsanstalt, der Rentenstellen und der unteren Verwaltungsbehörden der Krankenkassenorganisation angegliedert werden.

Soweit Dr. Mugdan die Ausdehnung des Kreises der Versicherten und Zentralisierung der Kassen verlangt, ist seine Forderung, was er wohlweislich verschweigt, ein Teil der seit länger als 20 Jahren von der Sozialdemokratie vertretenen Anträge. Soweit die Entziehung der Arbeiter und die Aufhebung der Selbstverwaltung verlangt wird, ist die Mugdanische Idee eine durch auffallenden Mangel sozialpolitischer Verständnisses verböhrter Abklatsch der bekannnten Vorschläge des Dr. Hoffmann zur Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen. Als Original verbleibt dem Dr. Mugdan das Verbot, die Tätigkeit der Krankenkassen nach oben zu beschränken, und sein Vorschlag zur Kassenarzfrage. Ueber diesen Vorschlag verlohnt es sich noch einige Worte zu sagen. Er ist geeignet, die Hohlheit Mugdanischer Behauptungen und Anregungen selbst auf diesem Gebiete kurz darzulegen und zu zeigen, daß Dr. Mugdan durch seinen eigenen Vorschlag darlegt, daß seine wohl zwanzigmal im Reichstag und in seinem Auftrage wiederholte Behauptung, die Kassen behandeln heute die Ärzte sozialbrüderlich, eitel Humkerer ist.

Herr Dr. Mugdan behauptet: „das kassenärztliche Honorar ist an einem Tiefstand angelangt, der eine tief beschämende Geringschätzung ärztlicher Leistungen verodt.“ Wie steht es in Wahrheit mit diesem Tiefstand? Die Ausgaben für ärztliche Behandlung sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Es entfielen auf ein Mitglied bei sämtlichen Kassen an Ausgaben für ärztliche Behandlung in den Jahren 1888 bis 1903: 2,32, 2,33, 2,55, 2,60, 2,74, 3,01, 3,05, 3,08, 3,12, 3,23, 3,32, 3,49, 3,60, 3,69, 3,99 M. Allein die Ortskrankenkassen betrachten, stellen sich folgende

Zahlen heraus: 2,15, 2,85, 2,41, 2,46, 2,57, 2,67, 2,72, 2,73, 2,70, 2,91, 3,00, 3,15, 3,26, 3,33, 3,53, 3,70 M. Es haben sich die Ausgaben für Arzthonorar also nicht verringert, sondern sie sind in 16 Jahren fast auf das Doppelte gestiegen. Das nennt der Mugdanische Jargon: „das kassenärztliche Honorar ist an einem Tiefstand angelangt.“

Ferner: Dr. Mugdan bezeichnet in seinem Vorschlage selbst als ein angemessenes Arzthonorar 15 bis 20 Proz. der Kassenentnahmen. Wie viel wird denn heute gezahlt? Just so viel und darüber hinaus, als Dr. Mugdan hier in einem unbewachten Augenblick als angemessen bezeichnet. Nehmen wir die letzte Krankenlastenstatistik (die sich über das Jahr 1903 ausläßt) zur Hand. Nach dieser Statistik betragen die Eintrittsgelder, Beiträge und Zusatzbeiträge für die Familienunterstützung zusammengerechnet (also alle Entnahmen mit Ausnahme der Vorkasse, Zuschüsse, Ersparleistungen der Berufsgenossenschaften usw., Kapitalzinsen, Erlös aus verkauften Wertpapieren und Darlehen) 193 541 940 M. An Arzthonorar wurden gezahlt 40 765 699 M., das ist 21,6 Proz., also 1,6 Proz. mehr, als die Höchstforderung des im Forderern gewiß nicht bescheidenen Dr. Mugdan beträgt. Aber vielleicht sieht's bei den von Dr. Mugdan in Beforgnis um die Not der Ärzte und um sein Reichstagsmandat so bitter gefaßten und verleumdeten Ortskrankenkassen anders? Wie steht es denn mit den von den Ortskrankenkassen aufgewendeten Kosten? Die Gesamteinnahmen der Ortskrankenkassen aus Eintrittsgeldern, Beiträgen und Zusatzbeiträgen betragen im Jahre 1903 97 428 351 M. Davon wurden für kassenärztliches Honorar verausgabt: 18 389 854 M., also 18,87 Prozent, das heißt abermals reichlich so viel, als der bescheidene glaubensstarke Liebhaber der Reaktionen als ärztliche Liebesgaben und Trinkgelder für die Beihilfe zur Entrechtung der Arbeiter verlangt. Hierbei ist noch zu betonen, daß seit 1903 die ärztlichen Honorare gewaltig gestiegen sind.

So tölpelhaft wie Herrn Mugdan's Aufruf, den die Konservativen natürlich loben, hat noch kein anderer Reaktionsärz die gemeinschaftlichen Pläne der Arbeiterklasse entthüllt. In Zusammenhang mit diesen Plänen steht die mit der Revolte zum Hülfsklassengesetz geplante Erdrosselung der freien Hülfsklassen und behördliche Erleichterung der Schwindklassen.]

Die Schopenhohlkrawalle in Hamburg vor dem Schwurgericht.

Dritter Verhandlungstag.

Hamburg, 27. April. (Eig. Ber.)

Der Schwurgerichtssaal hat heute bei Beginn der Verhandlungen den Eindruck einer Volksversammlung. Es wurden etwa 130 Zeugen aufgerufen, unter denen sich viele berittene und unberittene Wehleute befanden, die am Abend des 17. Januar „aktiv“ tätig waren. Die Zeugen wurden in mehrere Gruppen geteilt, von denen die erste — 35 Personen — heute vernommen werden soll.

Trotz der schmalen Ausbeute bezüglich des Verammlungsbesuches und der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit der Angeklagten — einer ist in einer Protestversammlung gewesen, vier sind gewerkschaftlich und nur einer politisch organisiert — wird eingehend die politische Seite der zur Verhandlung stehenden Dinge erörtert. Da die gestern vernommenen drei Wachtmeister von der politischen Polizei nur auszusagen vermochten, daß die von ihnen überwachten Protestversammlungen ruhig verliefen und nirgend zu Gewalttätigkeiten oder Ausschreitungen aufgefordert worden sei, sie aber erklärten, sich der einzelnen Vorgänge und Redewendungen nicht mehr genau erinnern zu können, wurde die Vernehmung auf Antrag beider Staatsanwälte, wie wir gestern bereits meldeten, auf heute verlagert, damit die Beamten sich durch Einsichtnahme in ihre Stenogramme das Gedächtnis auffrischen können.

Wachtmeister Thomas setzt seine gestern abgebrochenen Ausführungen über die Vorgänge in der von ihm überwachten Versammlung im Stadtbezirk Rotenburgerfort fort. Die Bürgerchaftsmitglieder Ehlers und Stubbe hätten die Wahlrechtsvorlage erörtert, auf die Bewegung zwecks Erringung des allgemeinen Wahlrechts hingewiesen und die Arbeiter aufgefordert, sich zu organisieren, um so einen festen Damm zu bilden, an dem alle Pläne der Wahlrechtsfeinde scheitern. Dann seien die Versammelten ersucht worden, keine Ausschreitungen zu begehen und den Anordnungen der Polizeibeamten Folge zu geben.

Kriminalkommissar Dröhler, der die von über 5000 Personen besuchte Versammlung in Tütges Etablissement überwacht hat, beklagt, daß die meisten Teilnehmer gut gekleidete Leute waren. Bürgerchaftsmitglied Stolten habe die Wahlrechtsvorlage besprochen und gesagt, die Arbeiter müßten energisch ihre Rechte wahren, was am besten durch Anschluß an die Organisation geschehe.

Wachtmeister Sefelowsky, der in der Demonstrationsversammlung auf dem Mühlenkamp war, führt aus, der Zweck der Versammlung sei der gewesen, noch in letzter Stunde einen Druck auf die Bürgerschaft auszuüben. Bürgerchaftsmitglied Paplow habe eine Parallele gezogen zwischen dem Verhalten der süddeutschen Parlamente und dem hamburgischen. Während dort, sagte P., die Volksrechte erweitert würden, sei man hier am Werke, die schmalen Volksrechte noch zu schmälern. Vielleicht werde man am nächsten Sonntag (21. Januar: Hinweis auf Preußen) schon mit blauen Rohren antworten, das könne die Hamburger Arbeiterchaft aber nicht abhalten, sich energisch, aber mit zulässigen Mitteln, zu wehren. Wenn man aber der Volksstimmung nicht Rechnung tragen sollte, dann würde man zu härter treffenden Mitteln greifen. Die Arbeiter müßten überzeugte Sozialdemokraten werden. „Wenn Sie das tun, dann können wir die Welt aus den Angeln heben.“

Winken Hamburg zerfallen und wieder aufbauen. Die Versammlung sei ruhig verlaufen, eine Aufforderung, vor das Rathaus zu ziehen, sei nicht erfolgt.

Rechtliche Aussagen macht Wachmeister Jaska, der die von 5000 Personen besuchte Versammlung bei Hallwachs in Eimsbüttel überwacht hat. Der Distriktsführer Jiemer habe am Schluss der Versammlung gesagt: Diese Protestversammlung ist eine Kundgebung, die unsere Bürgerchaftsvertreter sich einmal ansehen müssen. Ich bin nicht berechtigt, Sie aufzufordern, daß Sie unseren Vertretern zeigen sollen, wie Sie den Protest sich gedacht haben, aber wert ist es wohl, es diesen Herren zu zeigen, ihnen einen Spiegelfug vorzumachen. Ich fordere Sie nicht dazu auf, ich unterlasse das. Er glaube gehört zu haben, wie geantwortet wurde: „Wir gehen schon!“ (Genosse Jiemer ist, wie wir schon in unserem Bericht vom ersten Tage mitgeteilt haben, wegen Aufforderung zu Unbeteiligungen vom Schöffengericht freigesprochen worden, das der Deduktion der Anklagebehörde, daß die Aufforderung, etwas zu unterlassen, eine Aufforderung dazu sei, es doch zu tun, nicht zu folgen vermochte.)

Wachmeister Böhl, Ueberwachender der Versammlung für den Stadtteil Hamm, wiederholt seine gestrigen Ausführungen, daß keine Aufforderung zu Unbeteiligungen ergangen sei.

Nach diesem Abschweif auf politische Gebiet wurden die polizeilichen Zeugen über die Vorgänge im Krampallgebiet vernommen.

Vollzeileutant Klemm führt aus, daß schon am 16. Januar mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Zeit der Einberufung der Versammlungen die nötigen Vorbereitungen getroffen worden seien. Schon am Nachmittag des 17. Januar, kurz nach 4 Uhr, hatten sich auf dem Rathausmarkt mehrere hundert Knaben und auch jugendliche Personen eingefunden, die wohl von ihren Eltern oder anderen Personen geholt haben mußten, daß etwas los sein würde. Als der Platz geläubert und die Umgebung des Rathauses abgeperrt war, sammelten sich bald neue Menschenmassen, hauptsächlich Arbeiter in Sonntagsgewand. Da eine Steigerung des Zuganges nach Schluß der Versammlungen zu erwarten war, schob die Polizei die Sperre weiter vor und sperrte sämtliche Zugangsstraßen zum Rathausmarkt ab. Als die Situation ernst wurde, habe er den Befehl gegeben, von der Waffe Gebrauch zu machen. Der Zeuge schildert die Vorgänge bei dem Zusammenstoß mit dem Publikum und erklärt, es sei ihm sehr schmerzhaft gewesen, den Befehl zum Gebrauch der Waffe erteilen zu müssen.

Wachmeister Widler sagt aus: Gegen 9 1/2 Uhr abends zogen, die Marschlaute singend, etwa 5000 Personen vom Adolphplatz über die Adolphstraße, um nach dem Neuen Wall einzubiegen, wurden aber mit blanker Waffe gezwungen, weiter zu marschieren.

Oberwachmeister Weder bekundet: Um 9 1/2 Uhr kam ein zweiter Zug, die Marschlaute singend und rote Tschentücher schwenkend, nach der Hermannstraße, um nach dem Rathausmarkt zu ziehen. Auf Anordnung der Führer wurde die Richtung nach dem Jungfernstieg eingeschlagen. Kurz darauf kam ein zweiter Zug von entgegengesetzter Richtung, der von den Schulreuten angehalten wurde und dann nach dem Pferdemarkt marschierte. Einige Führer sagten zu der Menge: „Geht nach Hause, unser Zweck, zu demonstrieren, ist erfüllt!“ Aber die Menschenmassen reagierten nicht darauf. Wir bemerkten, wie Personen Eisenstangen zum Stellen der Straßenbahnweichen ergriffen und eine bedrohliche Haltung einnahmen.

Oberwachmeister Kowatz hat beobachtet, wie Ede Rathhausmarkt und Schumannstraße Leute sich des dort logierenden Baumaterials bemächtigt und damit auf die Beamten warfen. Andere Personen hätten mit Latzen, Eisenstangen, Petroleumlampen etc. bombardiert. Erst jetzt seien die Schupsteine mit blanker Waffe vorgegangen. In den anliegenden Straßen wiederholten sich die Angriffe auf die Schupsteine, Straßenbahnen wurden angehalten und durch Wegnahme der Räder am Weiterfahren verhindert. Auf dem Fischmarkt wurden die Schupsteine mit einem großen Steinhaue überhäuft. Aus den Verbrechertellern ersten Bestalten herbei, welche die Laternen abdrehen und die Demolierungen begangen. Aus Wänden, Schirmern, Karren usw. errichtete man am Schopenhof Barricaden und die Menge machte wiederholt Vorstöße, so daß sich die mit Steinen beworfenen Beamten zurückziehen mußten, um den Durchbruch der Menge nach dem Rathausmarkt zu hindern. Bei dem Versuch, die „Barricade“ zu durchbrechen, kam ein berittener Schutzmann zu Fall.

Wachmeister Böhl beobachtet haben, sagen aus, daß zur Zeit der Demolierungen und Plünderungen keine Polizeimannschaften im Schopenhof waren. Der eine Zeuge, ein Weinhändler, hat schon einen Strauß in Barcelona miterlebt, ist aber der Meinung, daß dieser sich mit dem vom Schopenhof nicht messen könne. Vom Kattrepel beginnend wurden sämtliche Schaufensterscheiben eingeschlagen. Die Zeugen haben sich nicht aus ihren Häusern getraut, weil fortgesetzt mit großen Steinen und Gegenständen aller Art bombardiert wurde. Die Straße sei mit Scherben und Sachen, die aus den Läden geworfen wurden, wie besät gewesen. Am Eingang zum Schopenhof sei eine „Barricade“ errichtet worden, von der junge Burche mit Steinen warfen. Nach der Aussage der Geschäftsleute vom Schopenhof und anderer Zeugen haben sich an der Plünderung überwiegend die aus den umliegenden Verbrechertellern hinzugeeilten Gestalten und halbwüchsigen Burchen beteiligt. In einem der geplünderten Läden soll ein junger Mensch von der Toonbank aus, die Plünderer mit „Genossen“ angeordnet und sie aufgefordert haben, weiter zu wüten. Die Feuerwehr wurde vor der „Barricade“ mit Steinen beworfen.

Diese Zeugen vermögen keine der Angeklagten als Täter zu bezeichnen. Nur die Angeklagte Elise Rudolph soll, kenntlich an ihrer Sportmütze, die sie auch heute noch trägt, im Menschengetöse beobachtet worden sein. Daß sie sich aber aktiv beteiligt hat, vermag keiner der bisher vernommenen Zeugen auszusagen. Dem einen Zeugen kommt es so vor, als wenn sie bei ihrer Verhaftung Widerstand geleistet hätte. (Heiterkeit.)

Nach weiteren belanglosen Zeugenvernehmungen wird die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Aus der Partei.

Widau dem „König von Gotha“!

Inferem Genossen Wilhelm Voß, der heute sein sechzigstes Lebensjahr vollendet, rufen wir ein herzliches Glückwunsch. Den jungen Schuhmachergesellen Wilhelm Voß führte die Leitere des Weilingens „Evangeliums der Freiheit“ zum Sozialismus. Das heute wenig bekannte Buch studierte er manche Nacht hindurch und suchte nach weiterer Arbeit. In Hamburg gewann auf ihn, den Bevollmächtigten des Allgemeinen Arbeitervereins, Geis nachhaltigen Einfluß. Seit dem Jahre 1868 gehörte Voß der modernen Arbeiterbewegung an. Der ehemalige Kassakasser trat bald zu den Eisenachern über. Ledhaft trat Voß für die Einigung ein: den Einigungs-Kongress in Gotha (1875) eröffnete er. Der tüchtige Agitator für die sozialdemokratischen Ideen erwarb sich eine außerordentliche Beliebtheit, besonders in Thüringen, wo er wiederholt in allen Wahlkreisen als Reichstagskandidat aufgestellt wurde. Der Scherzname „König von Gotha“, den ihm seine Freunde vor Jahrzehnten beigelegt hatten, spielt auf seine große Popularität und seine erfolgreiche Wirksamkeit in Gotha an. Im Jahre 1884 wurde er von Gotha in den Reichstag gewählt, 1887 unterlag er, 1890 wählte ihn Magdeburg an Stelle des doppelt gewählten Genossen v. Volkmar. Seit dem Jahre 1893 hat Gotha ihn ständig in den Reichstag entsendet. Seit langer Zeit ist er auch Mitglied des gothaischen Landtags. Die Stärke der sozialdemokratischen gothaischen Fraktion hob ihn vor einigen Jahren auf den Vizepräsidentenstuhl. Auch als Mitglied des gothaischen Landesauschusses und des loburg-gothaischen Verwaltungsgerichtshofes nahm er eifrig die Interessen der Arbeiter-

klasse wahr. Seit vielen Jahren ist Voß Mitglied der Kontrollkommission der Partei.

Ebenso rastlos wie für den politischen ist Voß für den gewerkschaftlichen Zweig der Arbeiterbewegung tätig. Die Schuhmachergewerkschaft verdankt seiner energischen seit Anfang der 70er Jahre entwickelten Tätigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet ihren Aufschwung. 1878 wurde er zum Leiter der Schuhmachergewerkschaft gewählt. 2 Jahre später gründete er das Fachblatt „Der Weder“. Im Jahre 1878 fiel es dem Sozialistengesetz zum Opfer. Noch in demselben Jahre wurde der „Schuhmacher“ ins Leben gerufen. Auch dies Blatt wurde — 1883 — auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Den Nachfolger, das „Schuhmacher-Fachblatt“ leitet Genosse Voß noch heute.

Frei- und unermüdet wie einer der jüngsten widmet unser Freund Voß seine Kräfte unserer gemeinsamen politischen und gewerkschaftlichen Arbeit. Möge die Jugendfrische und Unermüdetheit unseres „Königs von Gotha“ noch recht lange der Partei erhalten bleiben!

Unehrliche Polemik. Der „Zimmerer“ schreibt in seiner neuesten Nummer:

Der „Vorwärts“ erwidert uns in seiner Nummer vom 21. April mit einer persönlichen Pöbel. Damit ist die Auseinandersetzung mit ihm und die Klärung der Sachlage in diesem Falle erschöpft.

Wir überlassen das Urteil darüber, ob unsere Erwidrerung eine „persönliche Pöbel“ war, getrost unseren Lesern. Da dem „Zimmerer“ die Gründe ausgehen, wird er vornehm und drückt sich um die Erörterung des ihm unangenehmen Inhalts unserer Erwidrerung herum mit der Unwahrscheinlichkeit, sie sei eine persönliche Pöbel. Sehr hübsch macht sich angesichts dieser neuesten Leistung des „Zimmerer“ seine Beschwärde darüber, daß wir seinen Artikel nicht abgedruckt haben!

In derselben Nummer greift der „Zimmerer“ während den Genossen Kautsky wegen seiner Verteidigung der Genossen Luxemburg gegen die leichtfertigen Verdächtigungen der „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“ an. Wenn es Genosse Kautsky für nötig hält, die Verdrehungen des „Zimmerer“, der aus seinen Ausführungen gewerkschaftsfeindliche Tendenzen heranzieht, zurückzuweisen, so wird er das selbst tun, wir wollen ihm darin nicht vorgreifen. Aber zur Charakterisierung der „Zimmerer“-Polemik wollen wir eine Stelle hier anführen, die uns betrifft. Sie lautet:

Die „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“ hatte, wie sich aus früheren Nummern des „Vorwärts“ ergibt, eine Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung gebracht und dabei die Genossen Luxemburg erwähnt. Wir bekommen die „Zeitschrift“ nicht zu Gesicht und kennen daher den Artikel nicht; aber nach den bis her im „Vorwärts“ gepflogenen Auseinandersetzungen zu urteilen, hat der „Vorwärts“ aus dem Artikel der „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure“ eine Stelle aus ihrem Zusammenhang gerissen, um wie es seine Gewohnheit ist, schweres Gewicht dagegen aufzuführen. . . .

Der „Zimmerer“ kennt die Ungelegenheit, um die es sich handelt, also gar nicht, aber für ihn ist es selbstverständlich, daß der „Vorwärts“ „eine Stelle aus dem Zusammenhang gerissen“ hat. Wir können uns jeden weiteren Zusatz eripieren.

Dem Wachstum der Organisation. 7200 Mitglieder zählt jetzt der Sozialdemokratische Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Hannover-Stadt. Die letzte Woche brachte allein 500 neue Mitglieder. Das berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die bevorstehende Neuwahl.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Bevollmächtigter werden jetzt den Kreisauer Genossen befehrt. Am Dienstag wurden fünf Genossen wegen groben Unfugs und Uebertretung des Freigeleges zu je 6 W., am Mittwoch neun zu je 10 W. und zwei zu je 20 W. verurteilt.

Soziales.

Wohnungselend auf dem Lande.

Daß manchmal die Schweinefälle in Ostpreußen besser sind wie die ländlichen Arbeiterwohnungen, ist ja auch vom Cabinet Schlossherrn anerkannt. Aber trotzdem geschieht nichts, um auch nur das schreiendste Wohnungselend zu beseitigen. Vor einigen Jahren erbot sich die Landesversicherungsanstalt in Ostpreußen, zum Bau von Landarbeiterwohnungen den Agrariern, den Genossenschaften oder auch den Arbeitern direkt, sobald ihre Arbeitgeber dahinter stehen, Geld zu mäßigen Zinsen zu geben. Doch von diesem Angebote ist nicht viel Gebrauch gemacht worden. Die Arbeiter lehnten es ab, sich auf die gewöhnliche Weise auf ihre Kosten an die Scholle zu fesseln. Von ihnen wurde — falls sie den Bau eines Häuschens wünschten — eine Anzahlung und eine jährliche Verzinsung und Amortisation verlangt. Die Summe, die pro Jahr entrichtet werden sollte, war recht beträchtlich, so daß schon deshalb die Arbeiter nicht „bauen“ konnten. Heute hört man nichts mehr von dem Plane der Landesversicherungsanstalt, und die Infhäuser in Ostpreußen sind dieselben geblieben. Da ist es notwendig, von Zeit zu Zeit in dieses Elend hineinzuleuchten und der Welt zu zeigen, unter welchen Verhältnissen die Landarbeiter leben müssen. Uns geht folgende Schilderung zu:

Auf dem Gut W. in Ostpreußen befindet sich ein Infhaus, dem man die Bauartigkeit schon von weitem ansieht. Die „Haustüre“ weist große Spalten auf, so daß, ohne geöffnet zu werden, allerlei Tiere in den Hausflur hineinspazieren können. Im Flur befindet sich der Schornstein, durch den der Rauch und die Flammen dringen, wenn im Herd Feuer angezündet wird. Die größten Löcher, durch die die Flammen kommen, sind mit Lehm und ähnlichen Dingen verstopft. Geht man auf den Boden, so muß man beständig, jeden Augenblick durch die Dede zu brechen. Die Stubentüre weist ähnliche Spalten wie die Haustüre auf. Schnee, Regen usw. können ungehindert in die Stube hinein. Die Matten, deren es viele gibt, fassen sich als Haustiere und Schlafgenossen. Der Fußboden in der Stube ist hölzern. Die Dede wird von vier Balken getragen, von denen die beiden, die in der Mitte liegen, große Löcher aufweisen und die Tragfähigkeit sehr vermindern. Sie sind so durchgebogen, daß der Einsturz der Dede jeden Moment zu erwarten ist. Die Schalung besteht aus vermochten Brettern, die an 6—8 Stellen große Löcher aufweisen und durch die Estrich, Staud, Spreu, von den Matten kein gefahrenes Stroh fortwährend in die Stube fällt und zwar des Nachts den Leuten während des Schlafens ins Gesicht und am Tage ins Essen. An einer Stelle, wo das Bett steht, regnet es durch. Die Wände gleichen Maulwurfsgrängen und dienen dem reichlich vorhandenen Ingeziefer als Unterschlupf. In der Stube befindet sich der Ofen, aus dem gleichfalls die Flammen heraus-schlagen. Auch hier hat man die größten Löcher mit Lehm verschmiert. Wenn Landarbeiterkinder — wie das so oft vorkommt — verbrennen, so braucht man sich nicht wundern. In dieser Stube wohnt eine Familie bestehend aus sechs Köpfen. Das entsetzliche Wohnungselend in den größten Städten bleibt weit hinter dem auf dem Lande zurück.

Das Gefinde auf demselben Gute hat eine noch elendere Schlafstelle. Diese befindet sich wie gewöhnlich — im Pferdestall. In einem Winkel des Stalles ist eine Stellage aufgestellt, auf der sich die Betten befinden. Um zu diesen zu gelangen, muß man eine Leiter benutzen, die sich im gefährlichen Zustande befindet. Von der Dede fällt fortgesetzt Lehm und Schmutz. Die Bretter, auf denen sich die Betten befinden, sind so dünn, daß man glaubt, jeden Augenblick durchzubrechen. Und kürzlich ist auch ein Anrecht mit den Betten in den unteren Raum des Stalles gefallen. Matten sind auch hier ständige Wohn- und Schlafgenossen. Von einem kleinen Fenster fällt das Licht in den Stall. Ringsum sind Spalten, so daß Regen und Schnee ungehindert hinein können. In den Betten kann sich niemand im stehenden Zustande aufhalten, da man sonst mit der Dede, die aus vermochten Brettern besteht, in Verührung kommt.

So sieht das „Heim“ der Landarbeiter in Ostpreußen aus. Und es gibt immer noch Leute, die sich über die Landflucht wundern. —

Wegen Tötung eines Landarbeiters freigesprochen!

Wie wir seinerzeit berichteten, kam am Sonntag, den 27. August v. J., der 27 Jahre alte unbefreitete Landarbeiter Adolf Wolter nach dem Gute Kuttelheim im Kreise Jasterburg, wo er seit einer Woche zu arbeiten aufgehört hatte, um sich seine Invalidenrente zu holen. Kurz vor dem Gutshof, auf der Landstraße, begegnete er dem Inspektor Neufang, mit dem er sich nicht gut fand. Bei Fortberührung der Karte gerieten beide in Wortwechsel, worauf der Inspektor in den Hof eilte und alsbald mit einem Gewehr zurückkam. Er legte auf den Arbeiter an, der erschrocken die Arme gegen ihn streckte und rief: Was, Herr Inspektor, Sie wollen schießen? In diesem Augenblick kroch auch schon der Schuh. W. fiel einem seiner hinzuströmenden Kollegen in die Arme. Die Schrotladung aus ganz nächster Nähe hatte ebele Körperliche verletzt. Das Blut floß unaufhörlich aus den Wunden sowie aus Mund und Nase. Auch die Kleider waren durch den nahen Schuß in Brand geraten.

Der hinzugerufene Arzt machte einen Notverband. Dann wurde der schwerverletzte Arbeiter am anderen Morgen mit der Bahn nach dem Jasterburger Krankenhaus geschafft. Bald darauf verstarb er. Der auf diese Weise ums Leben gekommene war ein tüchtiger, höchst ordentlicher Landarbeiter. Der schlesische Inspektor, der Unteroffizier bei den Kürassieren gewesen, hatte auch schon andere Arbeiter gelegentlich gemißhandelt. Er wurde wegen dieses Totschießens aber nicht etwa in Haft genommen, wie es wohl dem Arbeiter im ungleichen Falle gegangen wäre, sondern auf freiem Fuß gelassen. Dann wurde gegen ihn Anklage nur wegen fahr-lässiger Tötung erhoben.

Am 25. April fand gegen den Inspektor vor der Jasterburger Strafkammer die Verhandlung statt. Vor Gericht wurde der Vorgang so dargestellt, als habe sich der Arbeiter, der zur Zeit des Vorfalls auf dem Gute ja gar nicht mehr in Arbeit stand, vorlaut und herausfordernd verhalten. Deshalb habe der Inspektor, um auch etwaigen Angriffen von vielleicht hinzukommenden anderen Arbeitern zu begegnen, die Flinte geholt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hielt den Tatbestand der Fahrlässigkeit für erwiesen und beantragte neun Monate Gefängnis.

Der Gerichtshof war jedoch der Meinung, daß der Angeklagte sich mit Recht gegen zu erwartende Angriffe bewaffnet habe. Er mußte als Vertreter des abwesenden Gutsherrn energisch auftreten und habe nur seine Pflicht erfüllt, wenn er sich im gespannten Gewehr zum Kampf bereit hielt. Wenn bei dem Mergen das Gewehr losgegangen sei — (mehrere Augenzeugen behaupten, es habe kein Mergen stattgefunden) — könne ihm, dem Angeklagten, eine Fahrlässigkeit nicht beigegeben werden, die Schuld treffe vielmehr den angreifenden Wolter. Deshalb erkannte die Strafkammer auf Freisprechung.

Wie gering wird nach diesem Urteil das Leben eines Landarbeiters bewertet und wie unsagbar weit hält sich das Urteil von der Anerkennung der Gleichberechtigung eines Arbeiters. Ein Arbeiter, der sein Recht — Herausgabe der Invalidenrente — verweigert, gilt als „wütend und herausfordernd“, weil er sich nicht alles bieten läßt. Der Inspektor wird für berechtigt erachtet, sich schußbereit zu halten. So weit ging selbst die Staatsanwaltschaft nicht.

Das Urteil ist geeignet, den Landarbeiter gegen die Ungerechtigkeit der bestehenden Zustände, insonderheit auch gegen die Vorentscheidung der Gleichberechtigung, die ihm verfassungsmäßig zusteht, aufzuputschen.

Kenntzeichnung von Leuitungsarten. Am 24. März teilten wir mit, daß auf eine Beschwerde des Gewerkschaftssekretärs der Polizeipräsident angeordnet hat, bei Ausfertigung von Leuitungsarten Zusätze zum Verur, welche die Arbeitsstellung des Verurteilten kennzeichnen, wie zum Beispiel Schlosser in einer elektrischen Fabrik, Arbeiter in einem Theater und dergleichen, in Zukunft nicht mehr zu machen.

Da damit anerkannt ist, daß die Zusätze unzulässig sind, so sind die unzulässig gekennzeichneten Karten ohne Entgelt umzutauschen. Trotzdem erhebt das Polizeirevier in der Brunnenstraße von allen Inhabern einer solchen Karte, die deren Umtausch beziehentlich eine neue Karte verlangen, 5 Pf. Umtauschgebühr, falls die zum Umtausch vorgelegte Karte weniger als 31 Marken enthält. Eine solche Gebührerhebung verstoßt gegen das Gesetz, gegen die preussische Ministerialanweisung vom 17. November 1899 und gegen die eingangs gedachte Polizeipräsidentenverfügung. Mag sein, daß das für die Allgemeinen Polizeizustände zuständige Polizeirevier in Folge der angeordneten Umtauschung stark von Arbeitern in Anspruch genommen wird, um eine ordnungsmäßige Karte zu erhalten. Das berechtigt aber nicht, eine Gebühr von den durch den unzulässigen Zusatz geschädigten Arbeitern zu erheben. Wäre eine Gebühr zu erheben, so wäre diese von den Personen zu erheben, die einen unzulässigen Vermerk gemacht haben. Es wäre eine schleunige neue Belehrung der Polizeireviere am Platze.

Aus Industrie und Handel.

Der Staat als Verwalter des Volkseigentums. In der Gewerkschaft „Wise“ ist der braunschweigische Fiskus mit 501 Aktien beteiligt. Kürzlich veräußerte, der Fiskus wollte einen Anteil abstoßen. Seitens der Gewerkschaft wurde eine solche Absicht in Abrede gestellt. Die Ausführungen des Staatsministers Dr. von Otto im braunschweigischen Landtag besätigen, liegen aber nicht nur Kauf-offerten vor, die Regierung ist auch bereit, zu verkaufen, lediglich der Kaufpreis ist entscheidend dafür, ob der Wille zur Tat fähig. Dr. von Otto führte aus:

„Ich will zunächst bemerken: Es ist richtig, daß an das Staatsministerium oder eigentlich zunächst an meine Person Anfragen wegen etwaigen Verkaufs gerichtet sind, und zwar wegen des Verkaufs der braunschweigischen Anteile, wegen Verkaufs des ganzen Werkes (worüber wir nicht allein verfügen können), endlich wegen Verkaufes der gesamten Verwaltungen auf Rahl im ganzen Lande. Solcher Anfragen sind zwei an mich ergangen, eine mündlich und eine telegraphisch, und zwar letztere erst vorgestern. Ich muß bemerken, es hat sich bis jetzt nur um Anfragen gehandelt, ich habe aber keinen Grund, anzunehmen, daß hinter diesen Anfragen nicht ernste Kaufabsichten lägen, doch sind die Verhandlungen, die sich an die mündliche Anfrage knüpfen, noch nicht so weit geblieben, daß irgendwie wesentliche Grundlagen berührt worden sind, die bei einem solchen Verlaufe in Betracht kommen müssen. Das ist insbesondere der Fall bezüglich des Preises. Es ist wohl allgemein gesagt worden, daß der Staat Braunschweig darauf rechte, nicht nur zu erhalten, was er für das Werk ausgegeben, sondern auch das, was er von dem Werk „Wise“ erwarbe, weiter sind die Sachen noch nicht geblieben. Ich weiß nicht, wie die Herren darüber denken. Das Ministerium hat noch keinen Beschluß darüber fassen können, noch viel weniger ist an maßgebender Stelle darüber Vortrag gehalten worden, mein persönlicher Standpunkt ist der, daß, wenn etwa ein Verkauf möglich sein würde, der im vollen Maße erfüllt, das, was ich eben im allgemeinen als unsere Forderung bezeichne habe, daß ich dann meinerseits gegen den Verkauf nichts zu erinnern haben würde.“

Nach diesen Ausführungen ist die Regierung bereit, nicht nur die Anteile von „Wise“ abzugeben, sondern auch die Veräußerung zur Ausbeute des gesamten Ralls im Lande zu verkaufen. Mit einem solchen Verkauf würde wiederum Volkseigentum zu einem Mittel des Kapitals werden, die eigentlichen Eigentümer zu belasten. Verkauft die Regierung die Veräußerung zur Ausbeute, so hat sie tatsächlich dem Privatkapital die unbefristete Herrschaft über den Naturertrag eingeräumt und das Kapital zieht die Erlöse aus dem Volkseigentum.

Befriedigende Aussichten. In der Generalversammlung der Sächsischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung bezeichnete Oberbergamt Volkmann die Aussichten für das laufende Jahr als befriedigend, trotz des Streiks! — Wenn die Aussichten befriedigend sind, warum bewilligt man dann nicht die beschiedenen Forderungen der Arbeiter? —

U. Jasmahs A.-G. Dresden. Der Bericht des Vorstandes an die am 24. April stattgefundene Generalversammlung besagt: Als Resultat unseres Geschäftsjahres verbleibt nach Rückstellung für zweifelhafte Debitoren usw. und Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen usw. im Gesamtbetrag von 125 062,48 M. ein Reingewinn von 477 867,51 M. Nach Ueberweisung von 5 Proz. (23 893,39 M.) an den gesetzlichen Reservefonds verbleiben 453 974,12 M. diese zuzüglich des Gewinnvortrages aus 1904 von 28 839,37 M. ergibt einen Reingewinn von 482 813,49 M. Wir schlagen vor, denselben zur Zahlung von einer 6 Proz. Dividende = 60 M. per Aktie zu verwenden und den Rest von 182 618,99 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Wir glauben die Ausschüttung einer höheren Dividende wegen der bevorstehenden Einführung einer Zigarettensteuer nicht befürworten zu können, da sich noch nicht übersehen läßt, wie die vorgeschlagene Steuer den Gang unseres Geschäftes beeinflussen wird. — Schließlich wird in dem Bericht noch bemerkt, daß für den Fall der Annahme der vorgeschlagenen Zigarettensteuer die Preise entsprechende Erhöhungen erfahren würden. Die Generalversammlung stimmte den Vorschlägen zu.

Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg. Der Reingewinn pro 1905 stellt sich auf 1 785 592 M. — 150 000 M. mehr als im Vorjahre —; die Dividende wurde auf 10 Proz. gegen 9 Proz. für 1904 bemessen. —

Die russische Anleihe ist glänzend unter Dach und Fach gebracht, wenn man nur das Resultat der Zeichnung in Betracht zieht, die Mittel, die zur Erlangung des Resultats führten, nicht wertet. Auf- land wollte Geld haben, unter allen Umständen! Man hat Vermittlern für die Zuführung von Geldgebern hohe Provisionen. Der Weg führt zum Heile. Um von der Wucherprovision ordentliche Dapen einzufahren, wurde das Publikum in der unerschämtesten Weise beschwindelt. Prospekt mit glänzenden Schilderungen über die Wirtschaftslage Russlands flatterten in die Welt, die von den Interessenten abhängige Presse unterstützte willig jeden Schwindel. Pariser Provisionsjäger zeichneten sich in London große Beträge, um dort die Begeisterung zu wecken. Die Geschichte der russischen Anleihe ist ein krasser Beleg für die Korruption des internationalen Kapitals. Zwei Verträge arbeiteten sich in die Hände: Die russische Regierung, welche Geld brauchte, um das eigene Volk und die ausländischen Geldgeber zu betrügen, und die internationalen Vermittler, die für den Preis hoher Provision Handlungsdienste leisteten bei dem Betrug des russischen Volkes und der Geldgeber im eigenen Lande.

Aufhebung der Ausfuhrvergütung. Dem Vorgehen des Kohlen- syndikats, welches pro III. Quartal die Ausfuhrvergütung aufhebt, folgte mit gleichem Beschluß das Hoheisen Syndikat. Für die reinen Verarbeitungswerke wird damit die gute Konjunktur zu Ende gehen.

Gerichts-Zeitung.

Unterschiedliche Behandlung einer wissbegierigen Polizei ist strafbar.

Unsere preussische Polizei sollte in ständiger, durch schriftliche, telegraphische oder telefonische Requisition alles über einen im Brauchen befindlichen Erdenbürger zu erfahren, sobald sie die Gemeindebehörde oder die Polizeibehörde des Ortes, wo der Mann wohnt, um Auskunft ersucht. Wer annimmt, das sollte zur Befriedigung polizeilicher Wissbegier genügen, ist nach Ansicht des Kammergerichts im Irrtum. Auch Vorsteher von Vereinen sollen nach Ansicht des höchsten preussischen Gerichts auf polizeiliches Erfordern über die Straßen und Nummern der Wohnungen der Vereinsmitglieder und ihrer Geburtstage Auskunft geben und bei Vermeidung einer Strafe aus § 2 und 13 des Vereinsgesetzes die Läden im Polizeiwissen ausfüllen.

Der Prozeß, in dem das Kammergericht den Vereinsleitern solche Unwissenheit zumißt, betraf den Hauptvorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes, den Reichstagsabgeordneten Sasse und die Vergleute Schröder, Horn, Wöhlm und Günter. Infolge einer höchstinstanzlichen früheren Entscheidung meldet seit einiger Zeit der Hauptvorstand bei der Polizeiverwaltung zu Bochum die Veränderungen im Mitgliederbestande des ganzen Verbandes an. Die Polizei hatte nun bezüglich einer Anzahl Mitglieder aus verschiedenen deutschen Gauen Auskunft erlangt, indem sie die Angabe der Wohnungen (Straße und event. Nummer), sowie bei einigen auch des Geburtstages forderte. Darunter befanden sich auch einige, die zur Zeit des Erlasses der Aufforderung nicht mehr Mitglieder waren. Die Angabe der Wohnungen und Geburtstage wurde prinzipiell verweigert, weil die betreffenden mit der Sache befaßten Vorstandsmitglieder die Verpflichtung dazu bestritten, und zwar bezüglich der Wohnungen deshalb, weil es sich nur um kleine Orte handelte. Auch bestritt man die Verpflichtung zu Angaben über schon ausgesretene Mitglieder. Abgelehnt wurde auch eine Auskunft darüber, wer zurzeit den Vorstand eines bestimmten Zweigvereins bilde.

Das Landgericht Bochum sprach als Berufungsinstanz die beiden Kassierer Horn und Wöhlm und den Schriftführer Günter frei, weil diese drei nur innere Funktionen hätten und deshalb nicht zu den „Vorsteher“ gemäß § 2 und 13 des Gesetzes gerechnet werden könnten. Es ging davon aus, daß „Vorsteher“ nur die wären, die berufen seien, den Verein nach innen und außen zu vertreten. Das seien die beiden Vorsitzenden Sasse und Schröder. Diese wurden vom Landgericht zu Geldstrafen verurteilt. Das Landgericht nahm zunächst an, daß eine Auskunft im Sinne des § 2 auch die Wohnungsangabe umfassen könne. Allerdings dürfte die Polizei die Vereinsvorsitzer nicht ohne weiteres, nicht ohne festzustellen, ob die Personen ohne genaue Adresse aufzufinden seien, als Auskunftsbureau benutzen. Die Vereinsvorsitzer seien auch nicht verpflichtet, besondere Nachforschungen nach dem Aufenthaltsort der Mitglieder anzustellen. Hier hätten sich Sasse und Schröder schuldig gemacht durch prinzipielle Ablehnung jeder Auskunft über die Wohnungen in jedem Falle. Auch hinsichtlich der bereits abgemeldeten früheren Mitglieder hätte jene Auskunft verlangt werden können, und von den Vorstehern erteilt werden müssen, natürlich auch hier nur soweit, als sie etwas über Wohnort und Wohnung der ausgeschiedenen Mitglieder aus den Vereinslisten wüßten. Dagegen hätte nach dem Vereinsgesetz für die Vorsteher keine Verpflichtung bestanden, Auskunft über die Zusammenfügung des Vorstandes eines Zweigvereins zu erteilen.

Sasse und Schröder legten, soweit Verurteilung erfolgt war, Revision ein, und die Staatsanwaltschaft, soweit Freisprechung erfolgt war, also auch gegen die Freisprechung der anderen drei Mitglieder des Hauptvorstandes.

Das Kammergericht hob am Donnerstag das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Bochum zurück. Unter anderem wurde ausgeführt: Mit Recht habe das Landgericht die Verpflichtung zur Auskunftserteilung über die Zusammenfügung des Vorstandes einer Jahreshilfe verneint. Entweder seien diese schon als Verbandsmitglieder im Verzeichnis und dann wäre die Polizei nicht berechtigt, mit Bezug auf ihre spezielle Stellung in der Organisation eine Auskunft zu fordern; oder aber der Ortsverein führe ein ganz selbständiges Vereinsleben und dann brauchten die Angeklagten deshalb über die Mitglieder dieses Vereins keine Auskunft geben. — Wenn das Landgericht Horn, Wöhlm und Günter nicht als „Vorsteher“ gemäß § 2 und 13 ansehe, so sei das falsch. Als Vorstandsmitglieder seien sie Vorsteher, auch wenn sie nur im Innern wirkten. Zu beachten sei jedoch, daß sämtliche Vorsteher für die unberechtigten Unterlassung einer Auskunft nur haftbar seien, wenn das Erfordern der Polizei an den Verein, zu Händen seiner Vorsteher, (an den Vorstand) ergangen sei. Habe sich die Polizei dagegen nur an Herrn Sasse mit ihrem Ersuchen gewandt oder an Herrn Schröder, so habe strafrechtlich nur der betreffende, wenn er nicht richtig oder gar nicht antwortete. In dem Falle der allgemeinen Haftung könne von der Befragung nach § 13 nur ausgenommen werden der Vorsteher, der nachweisen könne, daß er an der Unterlassung ganz ohne Verschulden sei. — § 2 spreche nun wörtlich von „jeder darauf bezüglichen“ Auskunft, indem er sich auf das Verzeichnis der Mitglieder, die Veränderungen usw. usw. beziehe. Nach seinem Inhalt habe das die Bedeutung: Gehe die Polizei davon aus, daß eine Person noch Mitglied sei, und wolle sie etwas über dieses Mitglied wissen, dann müsse die Auskunft sich auch auf spezielle Fragen erstrecken, wenn dies nötig sei, um die Identität der Person festzustellen. Dafür könne auch die Wohnung und das Alter, der Geburtsort, wichtig sein, also könne die Auskunftspflicht auch darauf ausgedehnt werden. Wenn zugleich mit der Antwort auf ein Auskunftseruchen die Abmeldung eines Mitglieds erfolge, so bestünde zu der Zeit noch die Auskunftspflicht. Sei aber ein Mitglied bereits abgemeldet und die Polizei wisse dies, dann könne sie über dies bereits ausgeschiedene Mitglied eine Auskunft über seine Wohnung usw. nicht mehr verlangen. In solchen Fälle genüge es, wenn der Polizei auf ihr Auskunftsverlangen geantwortet werde: Er ist nicht mehr Mitglied. — Was hier ausgesprochen sei, müsse das Landgericht in der neuen Verhandlung beachten. — Nach diesem Urteil des Kammergerichts wäre am Ende ein Verhandlungsvorsitzender auch verpflichtet, auf polizeiliches Erfordern mitzutellen, ob ein Vereinsmitglied schwarze Haare, blaue Augen oder einen Leberfleck unter der linken Hand des rechten Fußes habe, damit seine Identität festgestellt werden könne. Die Entscheidung des Kammergerichts verweist offensichtlich die Aufgaben eines Vorstehers von Vereinen mit der Allwissenheit, deren Vorhandensein bei der Polizei sonst vom höchsten Gericht singulär wird. Ist Friedrich Nikolajewitsch Repomul in Wurtzshude als Mitglied eines Vereins angemeldet, so kann keinesfalls der Vereinsvorsitzer für verpflichtet erachtet werden, die Polizei darüber zu belehren, in welcher Straße oder in welchem Stadtwort der alleinige Träger des Namens Repomul in Wurtzshude in Schlafstube oder in eigener Wohnung oder als möbliertes Herr wohnt, wann, vielleicht auch wo und wie er geboren ist. Will die Polizei das wissen, so ist es ihre Sache, bei Behörden danach anzufragen. Das Gesetz sieht trotz des kammergerichtlichen Urteils nicht auf dem Standpunkt, daß der Vereinsvorsitzer als stellvertretende Polizeibehörde deren Pflichten erfülle.

Der Heintze scheidet einmal beim Reichsgericht an der tatsächlichen Feststellung des Landgerichts. Die von Dr. Soltauowski übersehten Novellen des Romano (aus dem 15. Jahrhundert) hatten es einem Mitgliede des Kölner Männervereins zur Hebung der Sittlichkeit angetan. Flugs wurde denunziert, vom Staatsanwalt zunächst die Erhebung einer Anklage reprobirt, auf erhebende Beschwerde infolge Weisung des Oberstaatsanwaltes dann Anklage doch formuliert und der Verleger Ungar und der Verfasser Dr. Soltauowski vor das Altenburger Landgericht zitiert. Wegen die Freisprechung legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil jedoch nicht wie in ähnlichen Fällen zur Aufhebung des Urteils mit dem normalen Sittlichkeitsgefühl auf, sondern vertwarf am Mittwoch die Revision. Aus der Begründung zitieren wir folgende interessanten Ausführungen:

Die Entscheidung wird durch die Feststellung getragen, die dem Zusammenhange der Urteilsgründe zu entnehmen ist und die dahin geht: die Schrift ist die Uebersetzung eines alten Originals und ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis der Kulturgeschichte; sie ist ein bedeutendes Hilfsmittel für die literarische Wissenschaft und ein nobelstiftliches Kunstwerk. Diese Feststellung ist tatsächlich und in der Revisionsinstanz unaufschiebbar. Wenn auf dieser Grundlage das Tatbestandsmerkmal der Unzüchtigkeit verneint ist, so kann darin ein Rechtsirrtum nicht erblickt werden. Wichtig ist zwar, daß eine Schrift des hier festgestellten Inhaltes nicht rechtsgrundfähig auch dann als strafflos zu gelten hat, wenn dieser Inhalt sonst geeignet ist, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl zu verletzen. Entscheidend sind vielmehr die Umstände des einzelnen Falles und es kommt darauf an zu prüfen, ob die Darstellung der geschlechtlichen Beziehungen durch das Vorcherrischen des wissenschaftlichen und künstlerischen Zweckes derart in den Hintergrund gedrängt wird, daß das normale Scham- und Sittlichkeitsgefühl nicht verletzt wird. Es kann sein, daß der geschlechtliche Stoff zum Selbstzweck wird und beabsichtigt ist, auf den Leser einen geschlechtlichen Reiz auszuüben; es kann auch sein, daß der Verfasser die Behauptung, sein Buch sei didaktisch und wertvoll zur Bereicherung der Kenntnisse über eine bestimmte Kulturperiode, nur aufstellt, um sich vor abfälliger Kritik zu schützen. Wenn aber die Gesamtintention dahin geht, den lehrhaften und künstlerischen Inhalt zum ausschließlichen Zweck zu gestalten, derart, daß dieser Zweck nur erreicht werden kann, wenn auch geschlechtliche Dinge herangezogen werden, dann entfällt für das fragliche Werk der Charakter der Unzüchtigkeit. Hier kommt auch der Kreis der Leser in Betracht, für die das Buch bestimmt ist. Besteht er nur aus solchen Personen, welche künstlerische und wissenschaftliche Zwecke bei der Lektüre verfolgen, so wird als Norm anzunehmen sein, daß das Buch nicht als unzüchtig anzusehen ist. War das Buch vom Verfasser für diesen

Zweck bestimmt, so ist der Schluß auf den guten Glauben und den Mangel des Bewußtseins der Unzüchtigkeit gerechtfertigt. Von diesem Gesichtspunkte aus hat das Landgericht den Sachverhalt geprüft und aus tatsächlichen Gründen ist es zu dem Ergebnis gelangt, daß der § 134, Str.-G.-B. im vorliegenden Falle keine Anwendung findet. Das Landgericht hat auch insbesondere die von der Revision beantragten Feststellungen getroffen. Es hat tatsächlich festgestellt, daß die moralischen Betrachtungen des Originals nicht weggelassen sind, um die geschlechtlichen Dinge in den Vordergrund treten zu lassen, sondern aus rein künstlerischen Rücksichten. Das Landgericht hat auch die Frage geprüft, ob etwa aus dem nur dem Buchhandel zugänglich gemachten Prospekt auf eine unlautere Absicht zu schließen sei, und es hat wiederum festgestellt, daß der Prospekt aus rein buchhändlerischen Rücksichten so abgefaßt worden ist, um den Buchgelehrten Gelegenheit zu geben, zu prüfen, ob sie das Buch verbreiten können.

Diese Ausführungen des Reichsgerichts gewähren zwar keineswegs künstlerischen und wissenschaftlichen Darlegungen aus dem erotischen Gebiet die Sicherheit, daß sie nicht verfolgt werden, enthalten aber gegenüber so manchen Entscheidungen des Reichsgerichts auf diesem Gebiete immerhin den Vorzug, daß sie die tatsächlichen Feststellungen des freisprechenden Erkenntnisses respektieren und dem Wunsch der Ver-Heintze-Rammer nicht auch über den Rahmen der Strafprozeßordnung hinaus Rechnung tragen. Und das will bei der Richtung der Rechtsprechung des Reichsgerichts schon viel sagen.

Affordlicher Mordlohn.

Wegen schuldiger Tötung ist am 11. Mai v. J. vom Landgericht J a b e r n der Steinbruchbesitzer August P i e a r d zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Beim Sprengen war ein Arbeiter von einem 15 Pfund schweren Steine getötet worden, weil er, um beim Affordlohn nicht zu viel Zeit einzubüßen, nicht weit genug von der Sprengung weggegangen war. Auch war die Sprengstelle nicht gedeckt worden, die Arbeiter wußten gar nicht, daß Maschinen zu diesem Zwecke da waren. Der Auffeher war erkrankt, und der Angeklagte hatte einen nicht zuverlässigen Arbeiter mit der Aufsicht betraut, der sich nach seinen Pflichten und Obliegenheiten nicht genügend erkundigte. — In seiner Revision befreit der Angeklagte seine Verantwortlichkeit, Affordarbeiter seien selbst als Unternehmer anzusehen! — Das Reichsgericht erkannte am Donnerstag auf Verwerfung der Revision.

Zweierlei Maß für Robheitsvergehen.

In Königsberg sind die Richter der Ansicht, durch strenge Strafen als Robheitsvergehen erachtete Handlungen der Arbeiter aus der Welt schaffen zu müssen. Dieser Tage standen ein Unternehmer und ein Polier vor dem Königsberger Gericht und zwar als Angeklagte wegen Robheitsvergehen gegen einen Arbeiter. Beide hatten einen Maurer, der nach seinem Lohne gekommen war, in der schwersten Weise mißhandelt, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte und acht Tage arbeitsunfähig war. Da der Maurer Strafanzeige machte, mußten die beiden Herren vor dem Strafrichter erscheinen, und der Staatsanwalt beantragte gegen den Unternehmer, der den Maurer mit einer Latte bearbeitet hatte, zwei Monate Gefängnis und gegen den Polier, der dem Unternehmer bei dem Prügelein behilflich gewesen war, einen Monat Gefängnis. Das Urteil des Gerichts lautete gegen den Unternehmer auf 100 Mark Geldstrafe und gegen den Polier auf 30 Mark Geldstrafe.

Billige Zeitungspedition.

63 441,70 M. muß der Dresdener „Generalanzeiger“ wegen Postbetrug nach einem nun bereits drei Jahre währenden Prozesse zahlen. Es handelt sich darum, daß jenes „parteiliche Blatt“ mit der Mißbrauch teilweise derart nach der Provinz expediert worden war, daß Voten des Blattes ein ganzes Wagenabteil der Personen- oder Schnellzüge besetzten und die Zeitungen als Handgepäck mitnahmen.

Partei-Expeditionen:

- Berlin Zweiter Wahlkreis:** Hermann Werner, Wittenwalderstraße 30, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Rich, Prinzenstr. 31, v. part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Bengels, Rüdigerstraße 3, am Rittmeisterplatz. — **SO.:** Paul Böhm, Rauhbergplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Juch, Reibstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Noabit):** Karl Wenders, Salzweberstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weich, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Kahlke, Adersstr. 36, Eingang Anklamstr. — **Gesundhauer Vorstadt:** F. Trapp, Mühlengraben 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Röhrenstr. 123. — **Alt-Gliencke:** Reinhold Schulz, Rudowstr. 83. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Seidenbinderstr. 1, Ecke Goethestr., v. l. — **Wilmersdorf-Halensee:** Georg Feels, Seidenstr. 48, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmshagen, Boxhagen, Stralau u. Rummelsburg:** Otto Seitel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, l. — **Grünau:** S. Dünne, Biffostr. 2. — **Rixdorf:** W. Heurich, Prinz Handwerkerstr. 7, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminski, Gumbstr. 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:** W. Müller, Berlinstr. 41/42. — **Ober-Schöneweide:** Julius Grunow, Edlonstr. 10, l. — **Nieder-Schöneweide:** Bonatowski, Jasslerwerberstr. 14. — **Johannisthal:** Franz Händel, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Erich Elener, Moonstr. 8, l. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Ludenmoorstr. 46. — **Köpenick:** Friedrich Wolf, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz-Südend:** S. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus 1, in Steglitz. Beteiligungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Koch, Döppelstr. 8, u. Dr. Schellhase, Hornstr. 15a. — **Mariendorf:** Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — **Baumsehlenweg:** Stod. Grubstr. 2, l. — **Treptow:** A. Boigt, Eisenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weißensee:** B. Reske, Sedanstr. 103, part. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz:** F. Gursch, Provinzstraße 108, II. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rieneß, Borsigwalde, Schubertstraße 48. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freiwaldt, Mühlstr. 73. — **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankselablage:** Wilms Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 83, l. — **Teltow:** Hermann Krüger, Reußerstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Tappe, Friedenstr. 1. — **Spandau:** Köppen, Jagowstr. 9.

Während ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Bitte ausschneiden.

SUNLIGHT SEIFE

reinigt alle waschbaren Gegenstände und Stoffe in vollkommener Weise. Sie greift dabei Gewebe und Farben nicht an, sondern frisst sie auf, sodass alles wie neu erscheint. Wie oft erhebt die Hausfrau kostbare Wäschestücke beschädigt — durch viel zu Reiben und scharfe Zusätze, oder nur halbrein — infolge Verwendung geringerer

und Farben nicht an, sondern frisst sie auf, sodass alles wie neu erscheint. Wie oft erhebt die Hausfrau kostbare Wäschestücke beschädigt — durch viel zu Reiben und scharfe Zusätze, oder nur halbrein — infolge Verwendung geringerer

Seiten zurück. Bestehen Sie deshalb darauf, dass zu Ihrer Wäsche nur Sunlicht Seife Verwendung findet, mit der überraschende Resultate bei einfacher Anwendung erzielt werden.

Die Verwendung von Sunlicht Seife ist eine Garantie für lange Haltbarkeit der feinsten Wäschestücke.

Achtung, Gewerkschaften!

Öffentliche Mai-Versammlungen

am Vormittag des 1. Mai.

== Sämtliche Versammlungen finden mit Hülfarbeitern und Frauen statt. ==

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen lautet:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Bekleidungs-Industrie. Gruppenversammlung bei Ulbrich (fr. Fiabig), Or. Frankfurterstr. 28, vorm. 10 Uhr.

Referent: Franz Kozke.
Treffpunkt der Zifferbranche, 8 1/2-9 Uhr bei Engel, Seyditzstr. 30. — Treffpunkt der Posamentiere, 8 1/2 Uhr bei Blume, Alto Jakobstr. 119. — Textilarbeiter, Wäschebranche, Hutmacher, Färber, Kürschner, Defateure usw. gehen direkt in die Gruppenversammlung. — Nachmittags Anschluß an die Partei.

Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe. Gruppenversammlung bei Buggenhagen am Moritzplatz, großer Saal, mittags 12 Uhr.

Referent: F. Ebert.
Handlungsgehülften und Gehülftinnen, Bureau-Angestellte, Kaufleute, Handelskassisten, Geschäfts-, Arbeits- und Drochsenkutscher, Lagerhalter, Fensterputzer kommen in Versammlungslokal zusammen.

Leitergerüstbauer, Speicherearbeiter. Sektionen des Z.-V. d. H.- u. T.-Arb. in Frankes Festsäle, Sebastianstr. 39, vormittags 10 Uhr.

Referent: Frau P. Thiede.

Holzarbeiter. Gruppenversammlung: „Neue Welt“, Gasenheide Nr. 108-114, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstagsabgeordneter G. Ledebour.
Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich um 8 Uhr morgens in folgenden Lokalen:

Stavilarbeiter bei Mähling, Admiralstr. 18c. — Salonarbeiter bei Friedrich, Brünnerstr. 9. — Stodarbeiter bei Barozin, Brandenburger Ufer 6. — Modelldesigner bei Schmidt, Gartenstr. 6. — Rahmenmacher bei Stramm, Ritterstr. 123. — Kammacher bei Krause, Adalbertstr. 59. — Verputzarbeiter bei Komnik, Köpenickerstr. 34. — Bürstenmacher bei Lindemann, Moritzstr. 9. — Klebenmacher bei Baudach, Breslauerstr. 28. — Bodenleger im Gewerkschaftshaus. — Glaser im Gewerkschaftshaus. — Stelmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12. — Korbmacher bei Krause, Adalbertstr. 59. — Korbmacher in Friedrichshagen und Friedrichshof bei Wilko in Lichtenberg, Dorfstr. 14.

Die Tischler, Polierer und Drechsler treffen sich in ihren Verkehrslokalen und gehen von dort aus nach der „Neuen Welt“.

Jeder an der Maßfeier teilnehmende Kollege erhält eine Rainmarke.

Schirmmacher. Die Mitglieder gehen direkt in die Versammlung der Holzarbeiter.

Böttcher treffen sich bei Morkowski, Andreasstraße Nr. 26, vormittags 9 Uhr und gehen nach der „Neuen Welt“.

Schuhwaren-Industrie. Gruppen-Versammlung vormittags 10 Uhr in der Königsbank, Frankfurterstr. 117.

Referent: K. Wiesenthal.

Bauarbeiter. „Brauerel Friedrichshagen“, vormittags 10 Uhr.

Referent: H. Naurenbrecher.

Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen, Etui- und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen, bei Buggenhagen am Moritzplatz, vormittags 10 Uhr (großer Saal).

Referent: Dr. H. Weyl.
Galanteriearbeiter: Treffpunkt bei Manzey, Reichenbergerstr. 16, vormittags 8 Uhr.

Glasarbeiter, Glaser, Glasschleifer, vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Referent: E. Kloth.
Glasarbeiter und Glasschleifer treffen sich bei Kaufoldt, Markusstr. 47, vormittags 8 1/2 Uhr.

Dachdecker bei Feind, Weinstr. 11, vormittags 10 Uhr.

Referent: Ernst Klar.
Vormittags 9 Uhr: Abkempfung der Rainmarken im „Gewerkschaftshaus“. — Hieran anschließend: Ausflüg mit Familie. — Abends: Teilnahme an der Feier im „Gewerkschaftshaus“.

Asphalteure und Pappdachdecker. „Gewerkschaftshaus“. — Hieran anschließend: Ausflüg mit Familie. — Abends: Teilnahme an der Feier im „Gewerkschaftshaus“.

Graveure und Ziseleure. Dresdener Garten, Trebbenerstr. 45, vormittags 10 Uhr.

Referent: Dr. J. Zadek.

Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter. Andreas-Festsäle, Andreadstraße Nr. 21, vormittags 10 Uhr.

Referent: Frau Klara Weyl.

Holz-, Stein- und Gips-Bildhauer und Modelleure. „Dräsel's Festsäle“, Neue Friedrichstr. 35, vorm. 9 Uhr.

Referent: M. Grünwald.

Maler und Lackierer. „Deutscher Hof“, Endauerstraße Nr. 15, vormittags 10 Uhr.

Referent: Gustav Link.

Maurer. Berliner Bock-Brauerel, Tempelhofer Berg, vormittags 9 1/2 Uhr.

Referent: Reichstagsabgeordneter Molkenburr.
Möbelenleger-Sektion: vormittags 8 1/2 Uhr, in Gabel's Brauerel, Bergmannstr. 57, zweites Kontor.

Porzellanarbeiter und Schildermaler. Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engel-Ufer 15, vormittags 10 Uhr.

Referent: Frau Ida Altmann.

Charlottenburg, 4 Versammlungen vormittags 10 Uhr:

1. Volkshaus, Rosinenstr. 3 (großer Saal): Maurer, Fuhrer, Zimmerer.

2. Bauers Festsäle, Berlinerstr. 50a: Holzarbeiter, Handels- u. Transportarbeiter u. die Bekleidungsbranche.

3. Schulz' Festsäle, Kaiser Friedrichstr. 24 (unterer Saal): Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Maschinen- und Feiler, Porzellanarbeiter, Schmiede und die übrigen Gewerkschaften.

Referent: C. Giebel, A. Gebert, Fr. Klotz, F. Zietsch.
Vormittags 10 Uhr bei Obst, Weiningerstr. 8:

Schöneberg, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Referent: Rieger.

Rixdorf, 3 Versammlungen: Vormittags 9 1/2 Uhr: 1. bei Thiel, Bergstraße 151/52: Maurer. Referent: Reichstags-Abgeordneter Zubell.

2. bei Hoppe, Hermannstr. 49/50. Ref.: Reichstags-Abg. Ed. Bernstein.

Gewerkschaften: 3. bei Heitmann, Karlsplatzstr. Referent: G. Davidsohn.

Adlershof u. Umgegend, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr bei Weichner, Bismarckstr. 60: Referent: E. Tost.

Köpenick u. Umgegend, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr im Stadt-Theater. Referent: P. Hammacher.

Mariendorf u. Umgegend, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr bei Vorsfeldt, Zehstr. 44: Referent: J. Hartmann.

Weißensee, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr Schloß Weißensee: Referent: Fendel.

Putzer. Kellers Festsäle, Köpenickerstr. 29, vormittags 10 Uhr.

Referent: Albert Massini.

Gips- und Zementbranche. Kilem, Gasenheide 13-15, vormittags 10 Uhr.

Referent: Albrecht Fülle.

Hafenarbeiter (Bretterträger). Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, vormitt. 10 Uhr.

Referent: P. Barthel.

Metallarbeiter. 3 Versammlungen. 1. Feenpalast, Burgstraße, Ecke Wolfsgangstraße, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstagsabgeordneter A. Bebel.

2. Germania-Säle, Chausseestraße 103, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstagsabgeordneter P. Singer.

3. Feldschlösschen, Wälderstr. 142, vormittags 10 Uhr. Referent: Eugen Brückner.

Nahrungs- und Genußmittel-Gewerbe. Buggenhagen, am Moritzplatz (unterer Saal), vormittags 10 Uhr.

Referent: Karl Koblenzer.

Konditoren: Treffpunkt vormittags 8 1/2 Uhr, bei Krill, Brunnenstr. 30. Musiker, Schlichter, Bäcker, Brauer, Hülfenarbeiter, Labalarbeiter, Müller und Barbieren gehen direkt in die Gruppenversammlung. Gastwirte-gehülften treffen sich im Lokal, Dirschenstr. 39 I, vormittags 9 Uhr.

Fabrik- und Hülfenarbeiter. Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12, vormittags 10 Uhr.

Referent: C. Bruhns.

Graphisches Gewerbe. Gruppenversammlung: Bock-Brauerel (kleiner Saal), am Tempelhofer Berg, vormittags 10 Uhr.

Referent: J. Haß.

Alle dazu gehörigen Branchen: Buchdrucker, Buchbinderei-Hülfenarbeiter und Arbeiterinnen, Schriftsetzer, Photographen, Stereotypen, Lithographen und Steinbrücker, Typographen, Formsetzer und Tapetenbrücker kommen in der Gruppenversammlung zusammen.

Lederbearbeitung. Gruppenversammlung: Marienbad, Badstraße 36 (Gesundbrunnen), vormittags 10 Uhr.

Referent: Max Schütte.
Lohgerber, Weißgerber, Lederzurichter, Lederfärber gehen direkt in die Gruppenversammlung. Handschuhmacher treffen sich früh 8 Uhr im Vereinslokal, Rosenthalerstr. 57.

Portefeuillier. Fürstenhof, Köpenickerstraße 137/138, vormittags 10 Uhr.

Referent: Ernst Brückner.
Treffpunkt bei Rudolf Gahn, Adalbertstr. 4, vormittags 9 Uhr; für Rixdorf, bei Quß, Bismarckstr. 10, vormittags 8 1/2 Uhr; für die Kollegen im Norden: Am Königstor, vormittags 8 1/2 Uhr.

Sattler. A. Bookers Festsäle, Lederstraße 17, vormittags 10 Uhr.

Referent: Emil Dittmer.

Steinarbeiter, Granit- u. Marmorarbeiter. Noack, Brunnenstr. 16, vormittags 10 Uhr.

Referent: W. Siering.

Steinsetzer. F. Wilke, Brunnenstraße 188, vormittags 10 Uhr.

Referent: C. Häbsch.

Rammer. Bergstraße 12, vormittags 10 Uhr.

Referent: F. Galda.

Stukkateure, Gipsgießer. Musikersäle, Kaiser Wilhelmstr. 18m, vormittags 10 Uhr.

Referent: R. Leopold.
Die Mitglieder treffen sich um 9 Uhr in den Zahlstellen des Verbandes.

Schmiede u. Kupferschmiede. Englischer Garten, Alexanderstraße 27c (oberer Saal), vorm. 10 Uhr.

Referent: C. Girbig.

Schneider u. Schneiderinnen. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal), vorm. 10 Uhr.

Referent: Kämling.

Tapezierer. Wendt (Cohns) Festsäle, Beuthstraße 20, vormittags 10 Uhr.

Referent: Otto Weis.

Töpfer. Kronen-Brauerel, Alt-Moabit 47/49 (an der Gohlfeldstraße), vorm. 10 Uhr.

Referent: Moritz Lothar.

Verein Berliner Hausdiener. Zentral-Festsäle, Alte Jakobstraße 32, mittags 12 Uhr.

Referent: P. Dupont.

Vergolder. Sophien-Säle (oberer Saal), Sophienstraße Nr. 17, vormittags 10 Uhr.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Mahlke.

Städtische Arbeiter. Dräsel's Festsäle, N. Friedrichstr. 35, mittags 12 Uhr.

Referent: Kalliskl.

Zimmerer. 3 Versammlungen, vormittags 10 Uhr: 1. „Alhambra“, Wallner-Theaterstr. 15. Referent: Frau L. Braun. — 2. Ballschmieder, Badstr. 16. Referent: Frau E. Iherer. — 3. Viktoria-Brauerel, Säbwegstraße Nr. 111/112.

Referent: Redakteur Block.

Stralau-Rummelsburg, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr im Café Bellevue, Hauptstr. 2: Referent: Artur Schmidt.

Friedrichsberg-Lichtenberg, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften

vormittags 10 Uhr im Schwarzen Adler, Frank. Chaussee 5. Referent: Max Jakobsen.

Wilmersdorf, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr in Schöneberg, Wilhelmshof, Oberstr. 80: Referent: Böske.

Pankow, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr in Rosydis Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4: Referent: Wermuth.

Tegel, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr bei J. Klippenstein, Spandauerstr. 4: Referent: Otto Siller.

Friedenau, Versammlung sämtlicher Gewerkschaften.

Vormittags 10 Uhr im Gesellschaftshaus, Rheinstraße: Referent: Kaspar.

Schmargendorf, Allgemeine Versammlung.

Vormittags 10 Uhr in Sandfouci, Hüblerstr. 21/23: Referent: F. Schneider.

Ober-Schöneweide-Johannisthal, Allgemeine Versammlung

vormittags 10 Uhr im Schloßpark Wilhelmshof. Referent: Otto Handtke.

in Haselwerder. Referent: Paul John.

Die Gewerkschaften resp. die Einberufer der Gruppenversammlungen haben ihre Versammlungen selbst anzumelden. Bei den vorherigen Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung. — Gleichzeitig werden die Bureau der Versammlungen beauftragt, über die Zahl der Versammlungsbesucher dem Gewerkschaftsbureau, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, 2. Flureingang, schriftlich Kenntnis zu geben.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: E. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorderstr. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Haus der Frauenbewegung.

Weissensee. Der hiesige Verein der Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feiert am Sonnabend, den 12. Mai, sein 3. Stiftungsfest im Lokale Schloß Weissensee (Winteraas).

Proletarierinnen, Genossinnen!

Rüftet zur Maifeier! Erscheint in Masse zu den Demonstrationen-Veranstaltungen!

Potsdam. Die moderne Frauenbewegung steht hier noch auf sehr schwachen Füßen. Die Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung liegen teils in der durch eine leichte Klassipresse geförderten Gleichgültigkeit der hiesigen Frauen für das öffentliche Leben...

Vierter Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 54 Delegierten, die 38 Ortsverbände vertreten. Es sind vertreten: Berlin durch 8, Hamburg durch 4, Altona, Leipzig und München durch je 3, Köln, Dresden und Offenbach durch je 2 Delegierte und die übrigen Orte durch je einen.

Bei dem Bericht der Hauptverwaltung weist Boesch darauf hin, daß diejenigen Ortsverbände bei weitem am besten gedeihen sind, die sich sofort bei ihrer Gründung dazu bekennen, daß sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen...

In der Debatte äußerten sozusagen alle Redner ihre Anerkennung gegenüber der Tätigkeit der Hauptverwaltung. Bezüglich des Arbeitsnachweises stellte man sich durchweg auf den Standpunkt, daß andere Bahnen als bisher eingeschlagen werden müßten.

Über den Punkt Agitation referiert ebenfalls Boesch. Er empfiehlt die Ausdehnung der Agitation auch auf das Hilfspersonal und überhaupt eine viel umfangreichere und systematischere Agitationsarbeit.

deutschland; 4. Rheinland und Westfalen; 5. Süddeutschland (mit Mainz und Frankfurt). Ein besoldeter Gauleiter soll zunächst nur für Rheinland und Westfalen angestellt werden...

Über diese Vorschläge entspannt sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in der die Anstellung des rheinisch-westfälischen Gauleiters zum Teil, besonders von Berlin, Leipzig und Dresden befohlen wird.

Verfassungen.

Deutscher Buchbinderverband. Die Zahlstelle Berlin hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Max gab, ging hervor, daß die Zahlstelle im verfloßenen Vierteljahr wiederum Fortschritte gemacht hat.

Innerhalb der verschiedenen Branchen ist lebhaft für die Organisation agitiert und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Abwehr von Verfallsbedingungen gewirkt worden.

Zur Abstimmung über die Revision der Statuten wurde am 4. April angenommene Revisionsresolution. Sie wurde von der Generalversammlung gutgeheißen.

Eine gut besuchte Branchenversammlung der Stroh- und Cellulose-Arbeiter fand am Montag im „Englischen Garten“ statt. Die Versammlung nahm Stellung zu den neugestellten Anträgen.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter. Die Filiale Berlin hielt am Mittwoch in den Androas-Festhallen ihre Mitgliederversammlung ab. Genosse Eugen Bräuner hielt ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über die Gewerkschaftsbewegung ein.

Zentralverband deutscher Textilarbeiter. Die Filiale Berlin hielt am Mittwoch in den Androas-Festhallen ihre Mitgliederversammlung ab. Genosse Eugen Bräuner hielt ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über die Gewerkschaftsbewegung ein.

Dör ermahnte zu reger Beteiligung an der diesjährigen Maifeier; es sollte so viel als möglich auf Arbeitsruhe hingearbeitet werden. Angenommen wurde folgende Resolution zur Straßenschlacht in Breslau: „Die heute in den Androas-Festhallen tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter spricht der von dem Wutbaue betroffenen Arbeiterchaft Breslaus ihre Sympathie und Teilnahme aus.“

Die Faber hielten am Mittwochnachmittag eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung in den Arminkellen ab. Nach dem Bericht des Kassierers über das erste Quartal 1906 balanzierten die Einnahmen und Ausgaben der Zweigvereinskasse mit 3904,15 M.

Eine Verbandsversammlung der Berliner Maler und Anstreicher, die nur verhältnismäßig schwach besucht war, besaßte sich am Freitag in der „Neuen Welt“ sehr eingehend mit einer kritischen Würdigung der Ergebnisse des kürzlich beendeten Meisterstreiks.

Der Schuhmacherverband (Zahlstelle Berlin) hielt am 25. April eine Generalversammlung ab. Weber gab den Kassierersbericht für das erste Quartal. Die Zentralstelle hatte eine Gesamteinnahme von 11 806,60 M.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinerstr. 25. Geöffnet täglich von 5 1/2 - 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 - 1 und 3 - 6 Uhr.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx II“. Nächste Sitzung bei Caro, Müllerstr. 35. Tagesordnung: „Sozialisierung der Gesellschaft“. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften. Kommunale Wozins Nr. 17. Wochenchrift für Kommunalpolitiker und Gemeindefortschrittler. Herausgeber Dr. Albert Sabelmann.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose Herkules tragen. Mein Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Halbbare Pilot-Taschen. Große Hüften und sonst. Die Hose

- bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.
- 4 Mk. 50**
- Manchester-Hose Marke Gambrinus, Brückenstraße... 5 Mk. 50
 - Gefütterte, Manchester-Jackett 14,50, 8,75
 - Gefütterte, Monteur-Jackett 1 Mk. 50
 - Gefütterte, Monteur-Hose 1 Mk. 50
 - Gefütterte, Monteur-Jackett, prima Röper-Gewebe... 2 Mk. 50
 - Gefütterte, Monteur-Hose, prima Röper-Gewebe... 2 Mk. 10
 - Weiße, gestrichelte, Jacketts 3,50, 2 Mk. 75
 - Ronditor-Jacken, Dreifach... 4 Mk. 50
 - Malier-Mittel... 3, 2,50, 2 Mk. 25
 - Reiniger-Mittel (Draum) 3, 2 Mk. 40
 - Weiße Leder-Jacketts, Dreifach 7,50, 3 Mk. 75
 - Weiße Lederhosen... 4,50, 2 Mk. 90
 - Reiniger-Mittel, blau, nach Vorschrift... 5 Mk. 50
- Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussee 21a/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 29. Haupt-Festbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 7732*

— Versand von 20 Mk. an franko. —

**Dobersteins
Cristall-Palast,**
Prinzenstr. 94.
Täglich: Gesellschafts-Abend.
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend
Damen-Verein.
Jeden Sonnabend: **Extra-Ball.**

Greift zu! dem Besten

Monats-Anzüge... d. 10.— 22. an
Abonnements-Anzüge... 12,50
Monats-Paletots... 9.—

Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Fehlern... 10,50
Anzüge, Erich für Rab... 20.—
Kamming, Hof od. Jacketts... 3.—

Alles auch für torpente Figuren! Betrag, Kleidungsstücke v. Kavallieren, Reisend., aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Köpfler, kolossal billig. Straßenbahn-Bergleitung! * Bitte

Zentral-Keller, Berlin,
35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr. 33
3 Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (S. N. 86) Hamburg.

Mitgliederversammlungen finden statt:

Bezirk A. am Sonntag, den 29. April, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2.
B. am Sonntag, den 29. April, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Restaurant „Zur Gütte“, Zalkenstraße 30/31.
C. am Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, bei Schulz, Alte Jakobstraße 18/19.
D. am Montag, den 30. April, abends 8 Uhr, bei Pfeffer, Rosenthalerstraße 57.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Stellenbericht I. Quartal 1906. 3. Verschiedenes.
 Die Zahlstellen, in denen an jedem Sonnabendabend von 8—10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden: Raunungstraße 78 im Restaurant, Kleine Andreadstraße 15 im Restaurant, Reichenbergerstraße 29 bei Schmidt, Zalkenstraße 69 bei Graumann, Jossenerstraße 45 bei Stähler, Alte Jakobstraße 18/19 bei Schulz, Gieselerstraße 11 bei Raddas, Neue Königstraße 84 im Schultheiß-Maschinen.

Wo fahren wir hin???

Rach **Erkner,** von da zu Fuß nach **Fangschleuse** zu dem allbekanntesten

Restaurant „Werlsee“.

In einer halben Stunde die Steinschiffel durch den idyllischen Wald zu erreichen. 14638

Für gute Speisen und Getränke sowie Unterhaltung ist gesorgt. Von dort Fahrgelegenheit zu Wasser und zu Lande.

Inhaber **Fr. Karolewsky.**

Hausfrauen
spart Geld, Zeit und schonet eure Wäsche durch den Gebrauch von **Kahn's Edelweiß-Seifenpulver** bestes, billigstes Waschmittel der Neuzeit. 771L*

Krone aller Waschmittel.
Ueberall zu haben.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: **Zementierer.**

Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hermann Knüpfer über Bauarbeiterschutz.
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

NB. Alle Kollegen, welche in der Zementbranche arbeiten, haben die Pflicht, mehr als bisher für einen guten Besuch der Gruppenversammlung zu agitieren, und fordern wir alle Kollegen auf, der interessanten Tagesordnung wegen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Gruppenvorstand.

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein
Ortsverwaltung Gross-Berlin.
Sonntag, den 29. April 1906, abends 7^{1/2} Uhr:

Maifeier
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.
Die Kollegen mit ihren Angehörigen werden ersucht, sich zahlreich einzufinden. 292/8*

Der Ortsvorstand.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 110/9*
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Hausdiener, Kollege **Wilhelm Kaps** an der Proletariatskrankheit verstorben ist! 68/4

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Weihensee, Köpenickerstr. 11, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung, Berlin I.

Invalidenunterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 26. April verstorbenen Herrn **Heinrich Schulze** findet Sonntag, den 29. April, nachm. 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Tegel aus statt. 14748

Das Komitee.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Bundesmitglied **Otto Henkel** vom Klub „Eintracht“ verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. April 1906, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus Strahmannstr. 23 aus nach dem Ansehungs-Friedhofe in Weihensee statt. 292/10

Der Vorstand.

Dankagung.
Für die Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres liebevollen Vaters **Eduard Meßmer** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma D. S. Hermann und dem Gesangsverein „Eppographia“ meinen herzlichsten Dank. 14558

Maria Wehmer nebst Kindern.

Dankagung. 14508
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Uhrmachers **Martin Klein** sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Webbinger Harmonie“, herzlichsten Dank.
Wwe. Elisabeth Klein nebst Tochter.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Laden, Lindenstr. 69 Laden

Heber Erdbeben
und Ausbrüche des Vesuv
ist das Wissenswerteste enthalten in:
Bölsche, Entwicklungsgeschichte der Natur. Reich illustriert. R. 15.—
Bommell, Geschichte der Erde. Reich illustriert in 10 Bänden R. 5.—
Heiderich, Die Erde. Reich illustriert. (anstatt R. 20,—) R. 8.—
Köhler, Die Wunder des Kosmos. Reich illustriert. Gebunden R. 5.—
Meyer, Die Entstehung der Erde und des irdischen Reichs. Reich illustriert. Gebunden R. 7,50
— **Der Untergang der Erde und die kosmischen Katastrophen.** Reich illustriert. Gebunden R. 7,50
— **Ron St. Pierre bis Karibab.** Gebunden R. 8,50
Pfaff, Die vulkanischen Erscheinungen. Reich illustriert. Gebunden (anstatt R. 4) R. 1.—
Zimmermann, Die Wunder der Umwelt. Reich illustriert (anstatt R. 2,—) R. 5.—

Stets das Neueste stets das Beste

bei großer Auswahl zu wirklich billigen Preisen.

Jackett-Anzüge
von streng modern gemusterten Stoffen, schicker, vornehmer Form und eleganter Machart, 12,50, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35 bis 60 M.

Vorrätig in allen Größen und Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale, als auch schlanke, untersetzte und extra starke Figuren.

Jackett-Anzüge
ein- und zweireihige Form, von Cheviot, schwarz oder blau, 20, 25, 30, 35, 40, 45 und 50 M.

Die Eleganz und der tadellose Sitz der Anzüge ist unübertroffen und weit bekannt.

Jackett-Anzüge
von schwarzem Kammgarn, einreihige moderne Form, 20, 25, 30, 35, 40, 45 und 50 M.

Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte Stoffe mit bewährten Zutaten. Der Schnitt ist der neuesten Mode entsprechend und werden etwaige kleine Mängel im Sitz ohne Berechnung sorgfältig abgeändert.

Die Bedienung erfolgt nur durch fachmännisches und branchenkundiges Personal. Dieser Umstand bietet eine Garantie dafür, daß nur richtig passende Gegenstände verkauft werden. Freundlichkeit und Zuverlässigkeit ist jedem Verkäufer zur strengsten Pflicht gemacht. 1000L

Carl Stier
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstr. 166 • Berlin W., Potsdamerstr. 113 a
Potsdam, Nauener-Strasse 23.

Nach auswärts sende Muster und Maßanleitung frei zu. Illustrierten Katalog versende kostenlos.

Kraft-Rothwein
Fu-Blutarme u. Kranke kräftigen empfohlen
Fi. 150
u. 2M.
überall zu haben
In Apotheken, Drogen- u. Delikatessengesch., steht unter ständiger Kontrolle d. chem. Laboratoriums **Dr. C. Bischoff.**

Achtung!
Am ersten Mal bleibt mein Geschäft wie bisher geschlossen. 14480*

Arbeit-Anzüge.
Wilh. Pahr, Brunnenstr. 116.

Den Beweis der Wahrheit!

sind wir bereit, jederzeit zu leisten. Wegen Ueberfüllung unserer enormen Lager sind wir gezwungen, eine Menge Kisten mit Waren beim Spediteur lagern zu lassen. Um nun zu räumen, bringen wir in unseren bekannten Konfektionshäusern

3 Geschäfte Blitz 3 Geschäfte

Herren-Anzüge, in den elegantesten Ausführungen . von Mk. **5 85** an
Burschen-Anzüge, in allen erdenklichen Mustern . von Mk. **4 35** an
Herren-Paletots, in allen Ausführungen, um zu räumen, von Mk. **5 20** an
Herren-Hosen, in hunderten verschiedenen Mustern . von Mk. **1 85** an
Kinder-Anzüge, vom allerfeinsten bis von Mk. **1 75** an

Man achte genau auf die Firma **Blitz - Blitz** Man achte genau auf die Firma

Vor Täuschung wird gewarnt. 118/15

9 Rosenthaler Straße 9
Ecke Auguststraße.
137 Gr. Frankfurter Straße 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstraße.
80 Chausseestraße 80

Baumblüte in Werder in diesem Jahre selten schön!

SPREE-STAR-HAVEL
DAMPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT POTSDAM

Sonntag, den 29. April 1906:

Zur Baumblüte nach Werder!

Von Berlin, Weidendammer Brücke (Friedrichstr.) 9 Uhr } Fahrpreis
 Charlottenburg, (Café Gärtners) 9³⁰ } 1 Mk.
 Spandau, Charlotten-Brücke 9³⁰ und 11 Uhr.
 Potsdam, Lange-Brücke, von 10-6 Uhr halbstündlich.
 Zurück v. Werder: v. 11³⁰ bis 7³⁰ halbstündl., 5³⁰ bis Spandau-Berlin.

Von Wannsee: 10³⁰-7³⁰ (10³⁰, 11³⁰, 2³⁰, 5³⁰ über Cladow) bis Potsdam.
 Potsdam: 10³⁰-7³⁰ stündlich bis Wannsee.

Auf der Obersee vom stündl., nachm. halbstündl. Verkehr in der Richtung Loreley, Grünau, Schmöckwitz.
 Um 9 Uhr früh ab Jannowitz-Brücke:

Sonderfahrt nach Woltersdorfer Schlense

Einf. Fahrt 60 Pf.
 25 Erster, Eisenbahnhotel, Ründlicher Motorbootverkehr auf der Löcknitz bis Fangschleuse, Alt-Buchhorst.

Vom 30. April ab: Täglich, regelmäss. Dampfschiffsverkehr auf der Obersee und Havel nach dem Frühjahrs-Fahrplan.
 Dampfer u. Motorboote für Vereine, Gesellschaften etc. sind billigst bei uns zu haben! Prospekte stehen auf Wunsch gern zu Diensten.

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden.

Ersatz für Maß.

Maß-Anfertigung

feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.

J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke I, I.
Direkt am Bahnhof.

Kein Waren-Kredithaus!

„Seglerschloß“ Hankels Ablage a. Zenthener See u. Wald gelegen, ist den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich.

2062

TUMA-ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Grüßtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. (3642)

(Kreuzstern) **MAGGI'S** Suppen Kreuzstern sind die besten!

Kur mit Wasser in kürzester Zeit herstellbar. Der Würfel zu 10 Pf. gibt 2 gute Teller vorzüglicher Suppe.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen (Schutzmarke „Kreuzstern“) und weise andere Marken zurück.

(Mehr als 30 Sorten.)

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt

Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch

Engros-Vertrieb: Roman Talbot, Berlin S.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Invantur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (jezt Schals) 140, 185, 225, 265, 350, 485, 575, 665 ufm. 1488*

Invantur-Ausverkauf. Vorzieh-Gardinen mit überaus schönem Stickerl, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 ufm., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 ufm. 1489*

Tischdecken. weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450-700. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1490*

Invanturpreis. Steppdecken, Simul-Seide, rot, grün, blau, grün 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken. Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 285, 305, 425, 585, 675, 785 ufm. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. *

Invantur-Ausverkauf. Tischdecken mit feinen Stickereien in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 ufm. 1490*

Tischdecken. Gelegenheitskauf, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,85, 10,85. 1491*

Mobeltischeite in Wolle und buntem Nisch, zu Sofabezügen ausreißend, in allen Preislagen. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1492*

Invantur-Ausverkauf. Schlafteppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1493*

Teppiche. imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1494*

Invanturpreis. Portieren (zwei Schals, ein Lombardin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1495*

Einzelne Nische und Tischgarnituren enorm billig. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 1496*

Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 1497*

Deckbett. Unterbett, Kissen mit glatteiten Quilt, zusammen 10,50, nur (Pflandische) Andreasstr. acht- unddreißig. 1498*

Wollwoll-gestelltes Deckbett. Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstr. achtunddreißig. 1499*

Pommerisches Feuerbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Kissen, Stück 1,00. Pflandische Andreasstr. achtunddreißig. Elektrische nach überall. 1471*

Kanarienhühner. billig. Fehberg, Martin Lutherstr. 60. 1104

Kanarienhühner. Beste Gefangenschaft. 1905 höchsten Preispreis, goldene Medaille. Entfalliges Jungmaterial. Große Auswahl! Verkauf Krebs, Köpenickerstr. 154a. 1273*

Gardinen-Verkaufhaus Jerusalemstr. 11/12 Saison-Ausnahmepreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken. Preise enorm billig. 1435*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Händlers Markt 4, Bahnhofs Börse. 263/3

Herrenfahrbrad. Damenfahrbrad, wie neu, 45,00. Holz-Blumenstr. 36b. 1427*

Möbel. Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig. Minierstr. 247 I.

Fahrräder. Teilzahlungen. Bergstr. 28, Stahlstr. 40. 1418*

Hochbornsche Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Rohstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00. Herrenhofen 7-12,00 verkauf täglich, Sonntag. Deutsches Verbandshaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe.

Teppiche mit feinsten Rostniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 41

Teilzahlung. Teppiche, Betten, Möbel, Gardinen, Spiegel, Steppdecken, Bilder, Tischdecken, Remontarbeiten, Uhrreparatur, Herzhofinger Spott-Billy, Lude, Grünweg 113.

Monatsanlege und Sommerpaletots von 5,00 an, Dosen von 1,50 an, Weidmannsange von 12,00 an, Hands von 2,50 an, sowie für korpusulente Figuren. Neue Garderobe zu tausend billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen, kauft man am vorteilhaftesten bei Rah, Wladstr. 14. 1419*

Teppiche. Stand 11,00, zweifach 16,00 Part, Handliche, Gubenstr. 3. 1420*

Parteilokal (Wahlverein, Raucher- und Schlaf), billig veräußert. Witwe Madde, Höchststr. 30.

Steppdecken billig. Feibel Große Frankfurterstr. 9, parterre. 41

Kostümzüge. Blusen, direkt aus der Fabrik, Blumenstr. 9 II. 1181*

Zurückgegebene Blusen, Kostümzüge billig Blumenstr. 9 II. 117/20*

Herrenhüte. moderne, 1,25; bessere Sachen billigst. Holzmarktstr. 34a, Ecke Andreasstr. *

Monatsanlege. Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erler Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Fährtenstr. 10, Rosenhaldenstr. 10. Habe keine Illusionen. Kein Laden. 264/10*

Reisepind. Verflo, Spiegel, Paravol, elegante Möbelumrichtung umständlicher (postbillig) Gartenstr. 85, I. links. 4113*

Neuere Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Uffhaus, Schönhauserallee. 13015*

Gardinen. Wäsche, Brautbetten, Decken, Teppiche, Krüge, Uhren, Schmuckstücke, postbillig, Wandelshaus, Nähnereystr. 7. 1403*

Fahrräder National (Kreier & Rohmann) hervorragende Qualität, Preise billig, Teilzahlung gestattet. Sämtliche Zubehörteile und Reparaturen billig. Fahrradlager, Rosenhaldenstr. 19. 13135*

Kinderwagen. Kinderbettchen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgegebene postbillig. Schneider, Kurfürstentstr. 172. 8885*

Gastocherhaus! Jmelochgastocher! 3,00. Geschlossene Gastocher! 5,00. Badstubeapparate! Gasplättchen! 1,20. Dreiflämmige Bronze-gastocher! Gasglampen! 9,00. Waschrein! 1,50. Schauerstrick! postbillig. Böhmer, Balkenstr. 32 (Belohnungsbüro). 1454*

Hochbornsche Herrenanzüge aus feinsten Rohstoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonntag und Montag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Illusionen. 1416*

Möbelverkauf. Wegen Aufgabe des Geschäfts Wladstr. 81: Aufschlepperpind, Bettsofa 28 Mark, Ruhebett 27, Ausziehtisch, Sofa 17, Waschtische, Kommode 21, Bettstelle mit Federmatratze und Matratzen 19, Kuchenschale 3, Aufschlepper 12, Sänftenraum, gefülltes 36, Herrenkleidung 30, Garbroschürze 39, englische Schlafzimmern, moderne Küchenmöbel. Auch Teilzahlung, Transport in Berlin und Vororten frei. 118/7*

Fahrräder. verfallene, am billigsten Verkauft, Neue Schönhauserstr. 11. (Richtung Hausnummer). Größtes Fahrradlager Berlin, Kleinschmiedstraße 11, sämtliche Fahrradmarken zu Preisen, welche keine Konkurrenz bieten kann. Täglich gültige Gelegenheitspreise feinsten Qualitätsmarken. Regelmäßige Fahrbrad, hochschneidige Fahrradrenner 45,00. Gebrauchte Fahrräder, kleinste Preislagen. Man achte genau auf Firma und Fahrradnummer. Verbandshaus Germania, Neue Schönhauserstr. 11.

Galrenner. hochmodern, jeden Preis. Weiß, Köpenickerstr. 30.

Wiederverkäufer erhalten Kleinfußten, Rollen, Ausstattungen, Wolltücher, Amazonas, Kola, Kakaos, Mexikaner-Schokolade, Knöpfen, Sing- und Wellenschnitz, zu billigsten Engrospreisen. Kaufe Kanarienvogel, Lauben, Kanarienvogel, Schaefer, Berlin, Stahlstr. 59a. 1473*

Herrenanzüge. hochmodern, postbillig, Wladstr. 27a, II rechts.

Wolle Schankstr. 11 verkauft billig Frankfurterstr. 145. 4131

Spandau. Kolonial- und Gärtnereigeschäft mit Rolle zu verkaufen. Zu erfragen Fiedelsdorferstr. 91.

Kanarienvogel 8,00, Buchweizen Potsdamerstr. 98, III.

Ringschiffchen. 20,00, Jüdenstr. 47 II.

Federbetten. 1,20 breit, Stand 20 Mark, Sonnenbetten 45,-, auch 5 Zimmer Ruhstimmeln verkauft. Dredenerstr. 35, vorn II links. *

Nähmaschinen. ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte 10,00. Nachweis zahlr. Provision. Postkarte genügt Köpenickerstr. 60/61, Große Frankfurterstr. 43, Pflandstr. 59/60. 469*

Nähmaschinen. Bable bis 15,00, mer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Drauser, Tüftlerstr. 90. 469*

Sommeranzüge! Einmonatliche Sommeranzüge oder Dienstanzüge, Herren 5,00, Damen 3,00. Gruppe, Annenstr. 16. 238/9*

Kanarienhühner 3,00, Borschlager 10,00, Weibchen 1,50. Jüdenstr. 47 II.

Herrenanzüge umständlicher, jeden Preis. Schönhauser Allee 9, Übergebäude II. 264/17

Klavier. Stolmunterricht, gemessen, 8 Stunden 3,-. R. Thaefer 58.

Patentanwalt Bessel, Wladstr. 91a. 9735*

Handliche. Brinzenstr. 63, täglich 8-9, Sonntag bis 2. 1429*

Kunstfärberei von Frau Koloff, Charlottenburg, Goethestr. 84, I. *

Mein Produktengeschäft befindet sich jetzt Rudowerstr. 27, Gullas Kahn. 1483*

Wernand herrlicher Konzert-Garten, Schwedlerstr. 23, über 1000 Personen fassend, nach einem Pflandstr. zum Frühkonzert frei. Sonnabende zu Sommerfesten zu vergeben. 1488*

Räderverleiher. Reparaturen, Zubehör, sehr billig, Fahrräder, neue und gebrauchte, auch Teilzahlung. Köpenickerstr. 14. 469*

Handwäcker Frau Handliche, Köpenickerstr. 9a, nächst Schöneberg, Laten, Weißwache, 4 Handliche, Tischentwässer 10. Abholung Montag. 1458*

Nixdorf. Bild-Geschäftsbüro, Hermannstr. 170, empfiehlt Saal, Vereinszimmer Regelmäßig, Garten.

Gewerke allen Freunden und Vereingenen mein neu eingerichtetes Lokal, Vereinszimmer mit Piano (50 Personen fassend). Adolf Jäger, Kominternstr. 31, früher Holzmannstr. 40. 4112

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle vermietet Frau Jolke, Bendenstr. 9 III (Waldstr. 111). 1449*

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacoben, Köpenickerstr. 25, III. 7882

Schlafstelle. Herren sofort. Dredenerstr. 58, III rechts. 1343*

Möblierte Schlafstelle für Herrn bei Fr. Ding, Gräberstr. 6, I. Übergebäude III.

Möblierte Schlafstelle, Herren, separat, Drantenstr. 14, vorn 4 Treppen links, Heinrichsplatz. 1461*

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, sofort zu vermieten. Rutz, Vordergängerstr. 29, Hof gerade zu II. 469*

Bessere Schlafstelle vermietet Pflandstr. 115, vorn parterre. 422

Schlafstelle, zwei Herren, Waldstr. 16, vorn III links. 1466*

Schlafstelle für Herrn Ritterstr. 124, Hof II rechts, Kofsch. *

Schlafstelle vermietet Witwe Golze, Wladstr. 25, vorn III.

Zwei Herren finden möblierte Schlafstelle sofort oder 1. Mai. Lohle, Drantenstr. 40/41 IV. 422

Zwei Parteien finden möblierte Schlafstelle Ritterstr. 3 II links. 1470*

Mietsgesuche.

Jünger Handwerker sucht kleines, einflügeliges, möbliertes Zimmer, Nähe Köpenickerstr. Offerten mit Preisangabe unter K. G. Postamt S. 42. 1408*

Gesucht möblierte Schlafstelle, allein, 1. Mai, Nähe Schleißisches Tor. H. K. Postamt 39. 469

Gesucht (nicht zum 15. Mai 1906) ein- oder zweiflügelige Schlafstelle, allein, Nähe Neudorferstr. Offerten mit Preisangabe unter O. K. an die Zeitungspedition, Wladstr. 41-42, erbeten. 480

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kleiner Tischschreiner bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Käfer, Wladstr. 27. 1468*

Stellenangebote.

Tüchtiger Bäcker sofort verlang. Goldschmiedstr. Reichensbergerstr. 88. 422

Klavierpieler für Sonntag sucht Fr. Müller, Pflandstr. 86. 4137

Grundriker verlangt Goldschmiedstr. 18, Jägerstr. 18.

4-6 Nachmacher auf Mattarbeit verlangt. Rob. Wolf, Raasdorfer (Dahle). 1410*

Zeitungsfrauen

finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Bedingungen: Köpenickerstr. 22. (Lehrer Karlshofstr. 118/119)

Zeitungsfrauen für Roßb., Bedding, Reinholdstr. bei höchstem Lohn verlangt sofort. Berliner Hausfrau, Lindenstr. 26, Laden. 1456*

Junges Mädchen für leichte Arbeit (Spinnerei) gesucht. Köpenickerstr. 1, Langhausstr. 4. 4136*

Belegerrinnen verlangt. Jüdenstr. 22. 469

Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck herbeigehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Ein erster Redakteur

für die **Königsberger Volkszeitung** wird sofort gesucht. Bewerbungen sind zu richten an **A. Erdmann, Königsberg, Unterhohenberg 84 II.** 1002*

Gebüden Grundriker verlangt sofort Goldschmiedstr. C. Ruthenberg, Nachfolger, Weihenbergs, Langhausstr. 126.

Garnierte Kleider - Schneiderinnen gesucht. Probenarbeit. Henri Jöyer & Co., Charlottenstr. 29, Ecke Kronenstr.

Backschneiderei - Schneiderinnen gesucht. Probenarbeit. Henri Jöyer & Co., Charlottenstr. 29, Ecke Kronenstr.

Bessere Blusen - Schneiderinnen gesucht. Probenarbeit. Henri Jöyer & Co., Charlottenstr. 29, Ecke Kronenstr.

Achtung, Wagenfabriken!

In den Wagenfabriken von **Kühlstein, Charlottenburg, V. Nähe** und **Louschner, Enkepl. 6, Altem. Neue Köpenickerstr., Gebr. Weisner, Pflandstr., Franke, Wladstr., Gottschalk, Motormagenfabrik in Reinholdstr.** befinden sich die sämtlichen Arbeiter im Streit.

Wir eruchen die Kollegen aller Branchen nach den obigen Vertrieben keine Arbeit anzunehmen.

Die Agitationskommission.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Die Firma **Horta, Pflandstr. 37**, und folgende Bauten sind gelipert:

In **Pflandstr., Krankenhaus, Breitstr. 19, Bau Beer, In** **Schöneberg, Wartburgstr. 22, Bau Hüner, In** **Ziegel, Seegasse, Bau Jäger, 117/16**

An die Bauhandwerker appellieren wir, und zu unterstützen.

Die Eröberverwaltung.

Arbeiter, Parteigenossen! Die Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Maifeier!

Partei-Angelegenheiten.

Kummelsburg. Am Sonntag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der hiesige Wahlverein eine Kantinenvorstellung. Zur Auf- führung kommt „Am Golf von Neapel“. Billets zu dieser Vor- stellung a 70 Pf. sind bei den Bezirksführern und in den Kaffeehäusern zu haben.

Gleichzeitig findet am Sonntag früh eine Flugblatt- verbreitung zur Werbung neuer Mitglieder und „Vorwärts“- Leser statt.

Die Maifeier für den Bezirk Kummelsburg wird in diesem Jahre im Restaurant Café Bellevue abgehalten. Und zwar findet vormittags um 10 Uhr eine Versammlung der Gewerkschaften und nachmittags von 4 Uhr ab die allgemeine Feier des Wahl- vereins statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Stralau. Sonntag, den 29. April, morgens 8 Uhr, findet für Stralau eine Flugblattverbreitung statt. Wir ersuchen die Genossen, sich recht zahlreich hieran zu beteiligen und sich pünktlich im Lokale Paul Schöps, Alt-Stralau 17, einzufinden.

Friedrichshagen. Am 1. Mai finden zwei Versamm- lungen statt, und zwar vormittags 9 Uhr und abends 8 Uhr, im Restaurant „Eiseller“. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Vortrag: „Die kulturelle Bedeutung der Maifeier“. Referenten: Genossen Hildebrandt und Buschid. Gesangsvorträge des Gesang- vereins „Maienruf“. Nach der Vormittagsversammlung: Ausflug nach der Kohnsdorfer Mühle. Nach der Abendversammlung: Ge- mütliches Beisammensein. Die bei der Ortsbehörde nachgesuchte Genehmigung eines Straßenumzuges ist durch Verfügung des Land- rats unterzogen.

Tempelhof. Den Genossen zur Kenntnis, daß morgen, Sonntag früh, von R. Müller, Berlinerstr. 41/42, und Wilhelmshagen, Berlinerstr. 6, eine Agitationsausgabe des „Vorwärts“ zur Ver- teilung gelangt. Wir ersuchen die Genossen, sich an dieser Arbeit zahlreich zu beteiligen.

Steglitz. Die hiesige Arbeiterschaft begeht die Maifeier durch eine Vormittagsversammlung im „Virlenwäldchen“ und eine Abendversammlung im „Gambrius“. Von nachmittags 3 Uhr ab findet in beiden Lokalen Tanzveranstaltungen statt, im „Virlenwäldchen“ außerdem noch großes Gartenkonzert. Die Maimarken werden von 8—12 Uhr vormittags im „Virlenwäldchen“ ausgegeben.

Fischwalde. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr, bei Witte, Fischwalde, seine Mitgliederversamm- lung ab. Die Parteigenossen haben ihre Mitgliedsbücher zwecks Um- tausch mitzubringen.

Jessen. Genossen! Am morgigen Sonntag findet morgens 7 Uhr von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt. Ehrenpflicht der Genossen ist es, sich an dieser Arbeit zu be- teiligen.

Berliner Nachrichten.

Gefälligkeitspolitik in der Kommune?

Seit langer Zeit übt die städtische Park- und Gartenverwaltung das Verfahren, jeden Baum in den Straßen Berlins sorgfältig zu pflegen, auch dann, wenn der Baum ein Verkehrsbehindernis dar- stellt. Damit hat sich die Parkverwaltung zweifellos ein Verdienst und viel Freunde erworben, denn jeder solcher Baum wirkt wohl- tuend für das Auge des an den Steinhaufen ermüdeten Großstadt- bewohners. Umso mehr werden die Passanten des Alexanderplatzes mit Verwundern wahrgenommen haben, wie an den Anlagen an der Perolina ein halbes Dutzend schon entwickelter, mit jungem Grün geschmückter Lindenbäume, die erst vor 8 oder 9 Jahren dort an- gepflanzt sind, einfach herausgerissen wurden. Diese Bäume sind dem Warenhaus Tich zum Opfer gefallen. Die Firma Tich hat es verstanden, einflußreiche Personen in Bewegung zu setzen, die der Parkverwaltung plausibel zu machen wußten, daß die Bäume störend wirken und daß hier Rasenstreifen mit Blumen und Koniferen besser am Platze seien. Zwar hatte die Parkverwaltung kein Geld im Etat zu solchen Veränderungen. Herr Tich wurde daher mitgeteilt, man würde ihm gern entgegen kommen, wenn die dazu nötigen Mittel vorhanden wären. Herr Tich hat sofort richtig verstanden und eine Summe — man spricht von 3000 Mark — zur Verfügung gestellt und flugs hat die Park- verwaltung das vor 9 Jahren Geschaffene zerstört. Nun steht noch eine Bedürfnisanstalt und eine Trinkhalle im Wege. Und damit das Warenhaus recht zur Geltung kommt und die 3000 Mark ihre Verwendung finden, sollen diese „Südenfriede“ auch noch beseitigt werden. Sicherlich haben die Schöpfer dieses Warenhausneubaus, die Herren Stadivordneter Cremer und der Neffe des Stadibaurats Gottscheiner bei Aufstellung des Bauprojektes die „Regulierung“ dieses Platzes mit ins Auge gefaßt.

Da die Parkverwaltung anscheinend auch hier wieder auf dem Standpunkt steht, es habe in eine solche Umgestaltung eines öffent- lichen Platzes niemand hineinzureden — ähnlich wie bei dem „Garten“ vor dem Rathaus —, so wird das Projekt wohl im vollen Umfange zur Durchführung kommen, selbst wenn man die nicht zu entbehrende Trinkhalle und Bedürfnisanstalt, von denen man auch nicht recht weiß, wohin man dieselben bringen soll, ganz verschwinden lassen müßte.

Daß die Firma Tich sich so schnell bereit finden ließ, die nötigen Mittel herzugeben, ist ganz erklärlich und von ihrem geschäftlichen Standpunkte sehr begründlich.

Regreiflich scheint es uns auch, daß es unterlassen ist, der Stadivordnetersversammlung eine Vorlage zu machen, denn sonst wäre Gelegenheit gegeben gewesen, die Ge- fälligkeitspolitik unserer Kommune ins rechte Licht zu rücken. So etwas macht man besser hinter den Kulissen ab. Es ist doch gut, wenn man einflußreiche Freunde hat.

Das Andreas-Realschulhaus, das erst am 30. April in das neue Schulhaus in der Koppenstraße übersiedeln soll, zieht nun zum zweitenmal um und bekommt sein drittes Heim. Bierzig Jahre hatte die Anstalt ihr erstes Heim am Stralauerplatz inne gehabt, dreißig Jahre hat sie das in der Langestraße für sie erbaute Haus benutzt. Am Stralauerplatz wurde sie im Herbst des Jahres 1883 als Bürgerschule unter der Bezeichnung „Stra- lauer Stadtschule“ eröffnet. Ihr Schulhaus war in den Jahren 1881—1882 an der Stelle gebaut worden, wo heute das neue Haus der zweiten Handwerkerchule steht. Das Schulhaus in der Lange- straße entstand in den Jahren 1871—1873. Als es im Herbst 1873 bezogen wurde, galt es als ein sehr stattlicher und geräumiger Bau. Inzwischen hatte die einzige „Stralauer Stadtschule“ sich in den 60er Jahren zur „Realschule“ ausgegliedert, war als eine

„höhere Bürgerschule“ anerkannt worden und hatte schließlich den Namen „Andreas-Realschule“ bekommen. Zu Anfang der 90er Jahre wurde dann aus ihr das „Andreas-Realschulhaus“. Das stattliche Haus aus den 70er Jahren erwies sich später als unzu- länglich, und auch der Lärm der an der Hoffront vorbeilaufenden Stadtbahnzüge nötigte zum Auszug. Für den nun fertigen Neu- bau in der Koppenstraße sind die Baukosten auf 943 500 M. ver- anschlagt worden; der Bau des ersten Teils am Stralauerplatz hatte nur 18 063 Taler gekostet.

Berlin—Dresden. Eine Verkehrsverbesserung plant die Staatsbahnverwaltung auf der den Übergang nach Oesterreich vermittelnden Eisenbahnstrecke Berlin—Dresden. Für den Ver- lehr von der preussischen nach der sächsischen Haupt- und Residenz- stadt stehen bekanntlich zwei Linien zur Verfügung: Jüterbog— Räderau und Eisterwerda, von denen die letztere 13 Kilometer kürzer ist als die erstere. Beide Linien sind schon jetzt stark be- lastet. Bis Jüterbog verkehren nicht weniger als 156 fahrplan- mäßige Züge, über Eisterwerda 47 fahrplanmäßige Züge, ab- gesehen von Sonder- und Doppelzügen, Arbeitszügen usw. Daß auf der kürzeren Strecke nicht mehr Züge eingeleitet werden können hat seinen Grund darin, daß zwischen Jossen und Eisterwerda, der Ubergangsstation nach Sachsen nur ein Gleis zur Verfügung steht. Es soll nun der noch eingleisige Teil der ehemals Dresdener Bahn (Jossen—Eisterwerda) zweigleisig ausgebaut werden. Die Ausführung des zweiten Gleises wird insgesamt 5,10 Millionen Mark kosten. Der Bau soll noch in diesem Herbst in Angriff genommen werden.

Dampfer-Sonderfahrten. Die erste Sonderfahrt veranstaltet die Sterngesellschaft nächsten Sonntag um 9 Uhr von der Zamojitz- brücke nach Woltersdorfer Schleuse. Außerdem gehen von dort um 9, 10, 11, 12½ und 2—6 Uhr Dampfer bis Grünau, um 12 und 1½—5½ Uhr stündlich bis Koresch. Von Grünau gehen von 10 Uhr 23 Min. bis 6 Uhr 23 Min. Dampfer stündlich nach Schmiedmitz. Von Ertner ist von 10 Uhr an stündlich Verkehr auf der Ködnitz bis Alt-Buchhorst. Zur Waumbüte in Werder geht ein Sonder- dampfer von Berlin Weidenammerbrücke 9 Uhr früh, von der Roabiter Brücke 9 Uhr 25 Min., Charlottenburg 9 Uhr 50 Min., Spandau 9 und 11 Uhr, Potsdam 9—8 Uhr halbstündlich. Zurück geht 5¼ Uhr ein Dampfer bis Spandau, sonst halbstündlich bis Potsdam. Von Wannsee nach Potsdam ist von 10 Uhr 40 Min. bis 7 Uhr 40 Min., von Potsdam nach Wannsee von 10—7 Uhr stündlicher Verkehr, zum Teil über Uelbow. Auf dem Müggelsee und dem Wannsee werden wieder die Leberfahrten eingeführt.

Der Unfall des Wälers Otto Kube, der beim Streichen eines Straßenbahnastes in der Westfälischenstraße in Wilmsdorf von der Leiter stürzte, ist, wie die Untersuchung ergab, nicht durch elektrischen Strom verursacht worden, er hatte die von ihm benutzte, mit einer Sicherung versehene Leiter zwar angelegt, aber die Leiter nicht umgelegt und verabsäumt, den Rettungsgürtel zu benutzen.

Die Entwürfe für das Rudolf Virchow-Denkmal — es handelt sich um 72 Modelle — sind von heute ab auch für das Publikum im Rathaus zugänglich gemacht worden. Die Modelle sind im großen Festsaal und der Bibliothek ausgestellt.

Die Bluttat bei Pankow. Der Verdacht, den Italiener Luigi Dorigo erschossen zu haben, hat sich gegen seinen Landsmann, den Bauarbeiter Giovanni Philippo so verdichtet, daß die Kriminal- polizei diesen gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt hat. Es ist Philippo nicht gelungen, über seinen Aufenthalt von 12¼—1¼ Uhr am kritischen Tage Aufklärung zu geben. Es ist erwiesen, daß Philippo das bei der Leiche des Ersttöteten gefundene Messer be- sessen hat. Daß ein Mord vorliege, wird nicht mehr angenommen. Vermutlich hat Philippo seinen Landsmann im Streite erschossen, als dieser ihn in der Angetrunkenheit zur Duldung ungebührlicher Handlungen zwingen wollte. Er ist daher unter dem Verdacht der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vorgeführt worden. Die Kriminalpolizei setzt ihre Nachforschungen noch fort.

Eine einstündige Verkehrsänderung in Straßenbahnbetrieben gab es gestern nachmittag im Südwesten der Stadt. In der Lindenstraße war das Kabel in einem sogenannten Speisepunkt durchgebrannt, wodurch eine Stromunterbrechung hervorgerufen wurde. Diese erstreckte sich auf die Linien Linden-, Jerusalem-, Kommandanten- und Dramienstraße. Es währte über eine Stunde, bevor die Leitung wieder repariert war und der Betrieb wieder auf- genommen werden konnte. Der Vorgang führte auch zur Mar- mierung der Feuerwehr, die indes ohne weiteres wieder abrückte, da das herunterhängende Kabel bereits stromlos und daher für das Publikum ungefährlich war.

Mädchenhändler sind wieder an der Arbeit. Nachstehendes „Auf- tragskreiden“ ging einer Anzahl Berliner Stellenvermittler zu. Es lautet: „Ich suche eine unheimlich hübsche, die möglichst wie folgt beschaffen sein muß: 1. Alter: 17 bis 20 Jahre. 2. Figur: Schlank, zierlich, enge Taille. 3. Haare: Dicht und lang, blond oder dunkel. 4. Augen: Blau oder grau. 5. Mund: Klein. 6. Gesichtsfarbe: Frisch, rot und weich. 7. Größe: 1,56 bis 1,68 Meter. 8. Körper- gewicht: 45 bis 60 Kilo (mit Kleidern). 9. Gesichtsbildung: Schmal (nicht breit und dick). Lohn 100 M. monatlich bei freier Station und Reisevergütung. Senden Sie mir neueste Photographie (kein Brustbild, sondern die ganze Figur darstellend). Die Photographie erfolgt franco zurück. Die Annahme darf keine schlecht geformte Nase haben. Für die Beförderung einer mir zuzugenden Person zahle ich Ihnen ein Honorar von 100 M. Es braucht kein Landmädchen zu sein. Adressieren Sie: A. Lamberty, postlagernd Riva am Garda- see.“ Goffentlich gelingt es den Behörden, diese Angelegenheit klar- zustellen.

„Das Weiß hat zu schweigen in der Gemeinde!“ lautete das Thema eines Vortrages, den am letzten Mittwoch die Genossin Fraulein Krauß im Les- und Diskussionsklub „Südost“ halten wollte, denn zur Ausführung dieser staatsverbrecherischen Absicht kam unsere Genossin nicht, dank der Umsicht und Tatkraft der Polizeibehörde. Diese hat beim Durchlesen des „Vorwärts“- Vereinskalenders jedenfalls geahndet, galarnterweise der Dame die Nähe abzunehmen und zu bestätigen, daß das Vortragsthema nur eine Tatsache enthält. In der Sitzung des Klubs erschien nämlich eine lange nicht gesehener Gast in der Gestalt eines Kriminal- beamten, forderte die Entfernung der anwesenden Frauen und inhibierte die Abhaltung des Vortrages.

Hatte also auch diesmal „das Weiß noch zu schweigen“, so wird doch dafür gesorgt werden, daß in einer anderen Gemeinde wenigstens die Genossin Krauß nicht so leicht zu vernehmen wären. Es kommt immer wieder vor, daß während der Nacht Postfächer vom Publikum in die in den Straßen angebrachten Postkästen gelegt werden in der Annahme, daß sie mit der ersten Poststellung am folgenden Morgen in die Hände der Adressaten gelangen. Das ist indessen nur bei jenen Postfächern der Fall, die vor der letzten Spätkerung, also bis

11¼ resp. 11½ Uhr in die Kästen gegeben werden. Die dann folgende Spätkerung um 5¼ Uhr geht erst mit der zweiten Morgenpost an die Empfänger. Es ist daher ratsam, bei den in der Nacht aufgegebenen Sendungen, die unbedingt mit der ersten Post- stellung befördert werden sollen, den Gang bis zur nächsten Post- anstalt nicht zu scheuen. Die dort angebrachten Kästen werden so zeitig geleert, daß ihr Inhalt mit der ersten Frühpoststellung zur Ausbringung gelangt.

Bermittelt. Die Schülerin Anna Martha Dornau, 8. Dezember 1891 in Schönwalde geboren, Zahnstraße 17/18 bei Gorelli wohnhaft gewesen, welche am 17. März dieses Jahres kon- firmiert werden sollte, entfernte sich tags zuvor aus der Wohnung ihrer Stiefeltern und wird seitdem vermißt. Sie ist 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen, gute Zähne, gesunde Gesichts- farbe und ist von kräftiger Gestalt. Bei ihrem Fortgange war sie bekleidet mit rot- und graugestreiftem Rock, Halbkäuben, schwarzen Strümpfen, weißer Wäsche; sie war ohne Kopfbedeckung. Die Ver- mißt ist für ihr Alter sehr stark entwickelt, und es besteht daher die Vermutung, daß sie in schlechte Gesellschaft geraten, von dieser aus- genützt und verborgen gehalten wird. Nachrichten, die zu ihrer Er- mittelung beitragen könnten, werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334, schriftlich und mündlich zu Tagebuchnummer 2121 II. 4. 06 entgegen- genommen.

Feuerwehrbericht. Die böswilligen Alarmierungen wollen trotz aller Warnungen und Strafen kein Ende nehmen. Gestern wurde der 18. Zug wieder einmal böswillig nach der Wiesenstraße 55 ge- rufen. Der Täter ist unerkannt geblieben. Gleichzeitig wurde der 15. Zug nach der Altonaerstraße gerufen. Dort brannte auf dem Eisenbahndamm der Stadtbahn Holzschwellen und zu derselben Zeit in der Stralauerstraße 30 Kisten, Packmaterialien usw. Wegen eines Kellerbrandes wurde der 11. Zug nach der Berg- mannstraße 67 alarmiert. Lumpen und anderes brannten dort. Gestern abend um 9 Uhr wurde die Wehr von mehreren Seiten nach der St. Frankfurterstraße 27 verlangt. Dort waren Films bei der Vorführung eines Kinematographen in Brand geraten. Das Publikum blieb zum Glück ruhig und konnte die Gefahr bald beseitigt werden. Durch Umsallen einer Petroleumlampe kam nachts in der Triftstraße 5 in einer Wohnung Feuer aus. Ferner liefen Feuermeldungen aus der Wolgasterstraße 13, vom Anhalter Güterbahnhof, wo Pechföhlen brannten, aus der Jossenerstraße 50, Chausseestraße 101 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am vergangenen Dienstag im Volkshaus seine Generalversammlung ab. Vor Ein- tritt in die Tagesordnung rief der Vorsitzende den Versammelten in warmen Worten die Verdienste und die durch sein Scheiden aus dem Leben entstandene Lücke des Genossen Reiter in Erinnerung; ferner gedachte er der verstorbenen Genossen Albert Schulze, Ger- mann Reubeker und Ernst Erdmann, deren Andenken die Versamm- lung in üblicher Weise ehrte.

Sodann berichtete Genosse Klich zu Punkt 1 über die letzte Kreis-Generalversammlung. Redner kritisierte hauptsächlich, daß der Antrag, die proportionale Verteilung betreffend, nicht an- genommen sei. Genosse Müller ergänzte den Bericht und teilte noch mit, daß uns zur Agitation der Kreis West-Preußen zu- geteilt worden ist. Weiter bemängelt er, daß in den neuen Mit- gliedsbüchern die beantragten Rubriken des Eintritts und Ueber- tritts eines Mitgliedes nicht vorgezeichnet sind. Zur proportionalen Verteilung auf Kreis-Generalversammlungen wies Genosse Dr. V o r c h a r d t noch darauf hin, daß man Kreis-Generalversamm- lungen nicht mit Parteitagungen vergleichen könne. Während bei letzteren die Kosten von den einzelnen Orten getragen werden, trägt bei ersteren der ganze Kreis die Kosten, schon daraus rechtfertigte sich eine gerechte Verteilung der Mandate. Die Tatsache, daß Orte mit 15—50 Mitgliedern dasselbe Recht haben wie große Orte mit mehreren Tausend Mitgliedern, bedeutet an sich eine Vergewal- tigung der Majorität durch die Minorität. — Genosse E b e r h a r d t wies darauf hin, daß er diesbezügliche, die Abänderung des jetzigen Modus geeignete Anträge eingebracht habe, jedoch als schon „alte“ Anträge nicht verhandelt worden seien. Ueberdies habe Genosse J u b e i l, als Vertreter des Kreises, noch in letzter Minute seiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß, solange nicht der Partei- tag Anweisungen zur proportionalen Verteilung gebe, ein einzelner Kreis an dem bestehenden Zustand nichts ändern soll. Hierauf sei der Antrag mit 76 gegen 37 Stimmen gefallen. Redner schlägt der Versammlung vor, den Antrag auf Abänderung des § 5 bei der nächsten Kreis-Generalversammlung erneut zu stellen. Auch soll der Antrag, den Genosse Eberhardt schon auf der letzten General- versammlung gestellt hat, der nächsten Kreis-Generalversammlung von neuem vorgelegt werden. Dieser Antrag fordert bekanntlich bis 250 Mitglieder die Wahl von 2 Delegierten, von 250—500 Mit- gliedern 3 Delegierte und für je weitere 100 einen Delegierten, so daß nach dem jetzigen Stand der Organisation 98 Delegierte zu wählen wären. Es kämen dazu noch 15 Funktionäre, macht im ganzen 113 Delegierte.

Nach dem sodann vom Vorsitzenden Genossen Schmidt er- statteten Vorstandsbericht haben stattgefunden: 7 öffentliche und 8 Mitgliederversammlungen, 15 Vorstandssitzungen, 3 Vorstands- sitzungen des Kreises und 2 Agitationsstunden. Zur Ergänzungswahl des Vorstandes wurden gewählt: 2. Vorsitzender Genosse Max Klich, Schriftführer Genosse Georg Felsmann und Revisor Genosse Rosen- thal. Zu Mitgliedern der Lokalkommission wurden die Genossen Brill, Barckel und Schuermann gewählt. Außerdem wurde die Wahl von 11 Bezirksführern vorgenommen und wurden mit diesen Kosten die Genossen Richter, Schube, Schröter, Reinisch, Will, Schmidt, Hartwig, Henschke, Gabel, Bierl und Weisheit betraut. Dem Kassenericht, den Genosse Müller gab, ist zu entnehmen, daß einer Einnahme von 2244,07 M. eine Ausgabe von 1929,34 M. gegenübersteht. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 314,73 M. Die Revisoren stellten hierauf den Antrag auf Entlastung, was ein- stimmig geschah.

Ueber die Nachwahl im 7. Bezirk berichtete Genosse Bierl. Derselbe kennzeichnet kurz die Mittel, mit welchen die Gegner in der Wahl arbeiteten und erwähnt dabei, daß ungefähr 15 Brief- träger in Zivil für die Gegner tätig waren. Nichtsdesto- weniger könne er einigen Genossen den Vorwurf der Leinheit nicht erproben, sonst hätte, trotz aller Reklamationen der Gegner, der 7. Bezirk der Sozialdemokratie gehören müssen. Genosse Klich rügte hierauf das Verhalten der lokalorganisierten Zimmerer Charlotten- burgs, die an einem Tage mit der Partei ihre Versammlung ab- hielten. Genosse Sellin wies auf die am Orte bestehende Produktio- nsgesellschaft hin und forderte zu deren lebhafter Unterstützung auf. Der Vorsitzende erwähnte noch die im Mai vorzunehmende Hausagitation und forderte zu reger Beteiligung für dieselbe auf; das gleiche legte er den Versammelten auch Herz, unausgesetzt für den „Vorwärts“ zu agitieren. Nachdem noch darauf hingewiesen, daß Beiträge nur noch in den Zahlenden entrichtet werden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rixdorf.

Der Wahlverein hielt am 24. d. M. seine ordentliche Generalversammlung in Thiels Festhale ab. Zu Punkt 1: Bericht des Vorstandes, bemerkt Genosse Heinrich, daß das letzte Quartal ein arbeitsreiches und, was mit Genugtuung zu konstatieren, auch erfolgreiches gewesen sei; haben uns doch die Demonstrationen gegen das Bantagswahlrecht einen Zuwachs von 785 Mitgliedern gebracht, so daß der Mitgliederbestand am Schlusse des vorigen Quartals sich auf 4869 belief. Auch der Abonnentenbestand des „Vorwärts“ ist im letzten Vierteljahr bedeutend gestiegen; in der Expedition gelangen gegenwärtig über 7700 Exemplare zur Ausgabe. Nicht man aber in Betracht, daß Rixdorf vorwiegend von Arbeitern besucht ist, so möchte man diese Zahl eher als zu niedrig bezeichnen. Beschäftigt sind in der Expedition gegenwärtig zwei Expediteure und 63 Frauen. — Aus dem Kassenbericht — gegeben vom Genossen Stielor — ist folgendes zu entnehmen: Gesamteinnahme 5788,28 Mark, an die Kreisliste abgeführt 3345,50 Mark, Ausgabe am Ort 752,40 Mark, mithin Bestand 1170,38 Mark. — Die Bibliothek des Vereins erfreut sich, wie der Verwalter derselben berichtet, fortwährend des regsten Zuspruchs der Mitglieder. — Außer der auf Antrag der Revisoren erfolgten Nachargerteilung des Kassierers findet eine Diskussion über die gegebenen Berichte nicht statt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Unsere Parteiposition“, führt Genosse Heinrich kurz aus, daß durch das Anwachsen der Abonnentenzahl des „Vorwärts“, den Vertrieb der Gewerkschaftsblätter und aller anderen Parteiliteratur die Arbeit in der Expedition eine so gewaltige sei, daß sie von den beiden Expediteuren nicht mehr bewältigt werden könnte, dieselben seien an den Vorstand herangetreten und habe man nach längeren Beratungen beschlossen, einen dritten Beamten anzustellen. Genosse Bogals begründet in kurzen Zügen die Notwendigkeit dieses Beschlusses. — In der Diskussion begrüßt es Genosse Straube als ein erfreuliches Zeichen, daß die Abonnentenzahl derart gestiegen sei, daß eine dritte Kraft notwendig sei und hofft, daß man dann bei geregelterem Betriebe den Wünschen der Frauen mehr als bisher gerecht werden könne. — Die Anstellung des dritten Expediteurs wird einstimmig beschlossen und wird als solcher Genosse Nohre gewählt. — Unter Vereinsangelegenheiten teilt Genosse Dr. Silberstein mit, daß der Stadtverordnete Gerde, der von uns als Hausbesitzer gewählt ist, schon zu wiederholten Malen entgegen den Beschlüssen der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung gestimmt habe. Die Versammlung beauftragt daraufhin einstimmig den Vorstand, den Stadtverordneten Gerde zu ersuchen, wegen Disziplinlosigkeit bei Abstimmungen sein Mandat als sozialdemokratischer Stadtverordneter niederzulegen. — Gegen das Mitglied Schneider, Reichsstr. 7, wird auf Antrag des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes das Ausschlussverfahren wegen unehrerlicher Manipulationen eingeleitet. — Der bisherige Schriftführer, Genosse Rühner, legte sein Amt infolge seiner Wahl zum Hauptkassierer seiner Gewerkschaft nieder, an seiner Stelle wurde Genosse Gemmeder gewählt, und der durch dessen Wahl vakant gewordene Posten eines Revisors durch den Genossen Dreslauer besetzt. — Unter Verschiedenem macht Genosse Heinrich die Mitteilung, daß in verschiedenen Schulen von einigen Lehrern den Kindern bestimmte Angaben gemacht worden seien, wo sie ihre Bücher zu kaufen hätten. Heinrich ersucht die Parteigenossen, sich dadurch nicht beeinflussen zu lassen, sondern erst recht ihren Bedarf an Schulartikeln in der Expedition zu decken. — Genosse Hendrich teilt mit, daß zu den Rixdorfer Waierversammlungen die Genossen Eduard Bernstein, Davidsohn und Jubel gewonnen seien und wünscht, daß die Parteigenossen mehr als sonst die Waierversammlungen an Orte besuchen. — Ein Antrag des Genossen Pühl, die Generalversammlungen in der „Neuen Welt“ abzuhalten, da die Säle in Rixdorf sich als zu klein erwiesen, wurde dem Vorstand überwiesen. Ein weiterer Antrag Pühls, die freien Gast- und Schankwirtschaften aufzufordern, am 1. Mai zu schließen, wurde nach längerer Diskussion durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. — Genosse Schleds fordert die Genossen auf, die Handlungsgeschäften in ihrem Kampfe um den Achtuhr-Ladenschluß dadurch zu unterstützen, daß sie nach acht Uhr möglichst das Betreten der Ladengeschäfte vermeiden. — Ein Genosse (Arbeiter im Kabelwerk Oberspree) beklagt sich über den Vorstand Groß-Berlins. Die Arbeiter des Werkes, zirka 6000, wollten zum 1. Mai Stellung nehmen und hätten einen Referenten für ihre Versammlung verlangt. Das Bureau habe aber die Vermittlung eines Redners abgelehnt. Genosse Düwll, Redakteur am „Vorwärts“, habe trotzdem schriftlich zugesagt, sei aber in der Versammlung nicht erschienen. Derselbe sei vom Vorstand oder vom Engländer aus (Metallarbeiterverband) beeinflusst worden, sein schriftliches Versprechen nicht innezuhalten. Genosse Dooeste stellt die Angelegenheit klar. Das Verbandsbureau vermittelte auf Vorstandsbeschluss nur Redner für politische Versammlungen und auf Verlangen auch für gewerkschaftliche, in welchen soziale und politische Thematika verhandelt werden, niemals aber für Fabriks-, Werks- oder Werksrats-Versammlungen. Der Obmann des Kabelwerks habe ausdrücklich eine „Größe“ zum Referat verlangt, es soll ein Parteivorstandsmittglied oder Reichstagsabgeordneter radikaler Richtung bestimmt werden. Die Statuten des Metallarbeiterverbandes schreiben ganz bestimmte Bedingungen vor, welche zu einem derartigen Werkbeschlusse notwendig seien. Der Obmann habe erklärt, er sei deshalb zum Parteibureau gekommen, weil der Metallarbeiterverband stets bremse. Das Bureau habe aber keine Veranlassung, die Arbeiter eines so großen Betriebes besonders zu beeinflussen und die Reibungsflächen zwischen Partei und Gewerkschaft zu vergrößern. Nur aus diesen angeführten Gründen sei die Vermittlung unterblieben. Niemals aber sei der Genosse Düwll vom Bureau beeinflusst worden; wäre er schließlich nicht erschienen, so sei das seine Sache. (Hierzu habe ich meinerseits zu bemerken, daß wie längst aufgeklärt ist, lediglich ein Irrtum bezüglich des Lokals mein Nichterscheinen veranlasste. Von Beeinflussung kann keine Rede sein. Ich habe den Genossen Cohen von Stettin in der Versammlung in Kenntnis gesetzt, er hatte nicht einmal ein Bedenken dagegen geäußert. Düwll.) Wenn die Arbeiter des Kabelwerks dann in gänzlich unbegründeter Weise beschlossen haben, den 1. Mai zu feiern, so sei dies besonders erfreulich und werde die betreffende Gewerkschaft belehren, daß der Waiergedanke nicht künstlich hervorgerufen sei, sondern aus der Masse der Arbeiter heraus seine feste Begründung finde.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Schulreuten und einem Droschkenfutcher ereignete sich am Mittwochabend in der Reuterstraße in Rixdorf. Dort war der Droschkenfutcher Steffen aus der Drontheimerstraße 26 mit einem Fahrgast über den zu zahlenden Fahrpreis in Differenzen geraten. Im Anschluß daran entstand die bei solchen Anlässen übliche Menschenansammlung. Ein hinzukommender Schuttmann forderte schließlich den Droschkenfutcher auf, nach der nächsten Polizeiwache in der Elbestraße zu fahren. Der Droschkenfutcher weigerte sich, dies zu tun und verweilte den Beamten auf die Nummer seines Wagens. Er soll dem Beamten außerdem noch Legitimationspapiere angeboten haben. Der wiederholten Aufforderung, nach der Wache zu fahren, kam der Futcher nicht nach, er geriet vielmehr mit dem Beamten in ein Handgemenge, in dessen Verlauf der Schuttmann blank zog und den Säbelgebrauch machte. Inzwischen war die Revierwache benachrichtigt worden, und es eilte ein zweiter Schuttmann herbei, um seinen Kollegen zu unterstützen. Der Droschkenfutcher erhielt dabei eine Anzahl wichtiger Säbelschnitte, die namentlich am Kopfe schwere Verletzungen herbeiführten. Es gelang dem Schwererlebten, in das Lokal von Wachhofer, Kaiser Friedrichstraße, zu flüchten, wo er bestimmungslos zusammenbrach. Die Schulreute schafften dann ihren nunmehr berechnungsunfähig gewordenen Arrestanten nach der Rettungswache des Krankenhauses in der Connerstraße, von wo der Droschkenfutcher als Polizeigefangener nach der Charité übergeführt wurde. Seine Verletzungen sollen so schwerer Natur sein, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die Angelegenheit dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel zur Folge haben.

Schöneberg. Seine Generalversammlung hielt der Wahlverein Schönebergs am 24. April im Obfischen Lokal ab. Der Vorsitzende Genosse Räder gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung mit warmen Worten des Verantwortlichen Redakteurs: Hans Weber, Berlin. Für den

Verstorbenen Genossen Meister, für die Verstorbenen Mitglieder Genossen Gerlach und Hankel, deren Andenken die Versammelten durch Erheben von den Plätzen ehrten. Alsdann referierte Genosse Düwll über das Thema: „Der politische Massenstreik“. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag entspann sich eine rege Diskussion, an welcher sich zehn Redner beteiligten, in prinzipieller Beziehung jedoch mit dem Referenten übereinstimmend. Unter Vereinsangelegenheiten wurde zunächst an Stelle des verunglückten ausfallenden Kassierers Genossen Emil Lehmann der Genosse Nitter gewählt. Weiter forderte der Vorsitzende zum Massenbesuch der Waisfeier auf, als beste Antwort auf das von der Polizei beliebte Vorgehen anlässlich unseres Osterbergzuges; er bemerkte hierbei noch, daß das Entree nicht 25, sondern nur 20 Pf. betrage. Ferner teilte er mit, daß die neuen Mitgliedsbücher am nächsten Jahlabend ausgegeben werden. — Sodann gab Kassierer Genosse Lehmann den Kassenbericht des ersten Quartals. Derselbe schließt bei einer Einnahme von 2021,53 M. und einer Ausgabe von 1712,64 M. mit einem Bestand von 308,89 M. ab. Unter den Einnahmen stehen: Beiträge 1130,25 M., Spons 252,20 M., von der Expedition 450 M., Bestand aus 1905 91,83 M.; unter den Ausgaben sind an den Kreis 1350 M. abgeführt. Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer entlastet. Der nach auf der Tagesordnung stehende Antrag Steuernmann wurde zur nächsten Versammlung verlagert.

Reinickendorf-Ost.

Am Dienstag, den 24. d. M., hielt der Wahlverein im Restaurant Sabau, Residenzstraße, seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Gen. Störmer über: „Die Gleichberechtigung der Menschen in der Theorie und Praxis“ sprach. In der darauf folgenden Diskussion befragte Gen. A. Schmidt in den ersten auf die Dreslauer Vorgänge folgende von ihm eingebrachte Resolution: „Die heute tagende Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Reinickendorf-Ost protestiert energisch gegen das überhöchste Vorgehen der Dreslauer Polizei gegen wehrlose, um Verbesserung ihrer Lebenslage ringende Arbeiter. Sie bedauert das gestohlene Arbeiterblut und spricht dem Dreslauer Proletariat ihre vollste Sympathie aus. Als würdigste Antwort auf derartige Brutalitäten fordert die Versammlung den Parteivorstand auf, bei derartigen Anlässen das Proletariat zu einem kurzfristigen Massenstreik aufzurufen. Diese Resolution wurde, nach den zustimmenden Erklärungen einiger Redner, einstimmig angenommen. Unter Vereinsangelegenheiten gibt zunächst der Kassierer Genosse Hermann den finanziellen Bericht vom Herbstbergebnis. Die Einnahme betrug 181 M., die Ausgabe 211 M., so daß ein Defizit von 30 M. entstanden ist. Nachdem sich in der darauffolgenden Diskussion alle Redner sympathisch über den vom Vorstand eingebrachten Antrag, künftighin nur noch das Stiftungsfest und die Waisfeier in hergebrachter Weise zu begehen, die anderen Bergnügen aber fortlassen zu lassen, dafür aber von Zeit zu Zeit Ausflüge zu veranstalten, geäußert hatten, wurde dieser Antrag angenommen. Der Besuch der Urania wurde bis zum Herbst verlagert. Ferner wurde beschlossen, den Diskutierabend und die Bibliothek in das Lokal des Genossen Weidner, Provinzstr. 82, zu verlegen. Der Diskutierabend findet wie bisher am ersten Dienstag im Monat statt; nur im nächsten Monat fällt er auf Beschluß der Versammlung wegen des Zusammenstreffens mit der Waisfeier aus. Die Bibliothek ist künftighin samstags von 9-10 Uhr und am Diskutierabend von 8 Uhr ab geöffnet. Von den Bezirken wurden folgende Anträge gestellt und von der Versammlung angenommen: Der 1. und 2. Bezirk verlegen ihren Jahlabend zum Genossen Kirck, Marxstr. 2/3; vom 3. Bezirk wird die Justusstraße bis zur Residenzstraße, die Residenz- und die Seestraße von der Justusstraße bis zur Berliner Reichsbahngrenze dem 2. Bezirk einverleibt. Der 4. Bezirk hat sich infolge der starken Vermehrung der Mitgliederzahl geteilt. Der alte (4.) Bezirk (vom Grünen Weg ab die Provinzstraße links und deren linke Nebenstraßen) lagt wie bisher beim Genossen Görde in der „Tanne“; der neue 5. Bezirk (von der Spritfabrik ab die rechte Seite der Provinzstraße und deren rechte Seitenstraßen sowie Schönholz beim Genossen Schiller. Als Bezirksführer wurde der Genosse Fühbach bestätigt. Nachdem noch beschlossen, zu der am 8. Mai im Restaurant Wenter stattfindenden öffentlichen Versammlung der Frauen am Sonntag, den 6. Mai, früh 7 1/2 Uhr, die Handzettelverbreitung zu übernehmen, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung zum recht regen Besuch der Waisfeier.

Friedrichsfelde.

Ueber Sozialdemokratie und Kirche referierte am 24. April Genosse Hildebrand in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Versammlung wurde infolgedessen interessant, als sich an den Vortrag eine sehr lebhaft diskutierte schloß. Ausgehend von der gegenwärtigen Situation angesichts des Volksschulgesetzentwurfs in Preußen, in dessen Bekämpfung unsere Partei allein steht, erörtert der Redner die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und Kirche, sowie die Stellung der Kirche im Staat als ein Machtmittel der herrschenden Klassen zur Niederhaltung der ausgebeuteten Massen. Für die Sozialdemokratie könne es nur eine Parole geben: alle die, welche bereits innerlich der Kirche entfremdet sind, zum Austritt aus derselben zu veranlassen. Redner geht sodann näher auf den philosophischen Gegensatz zwischen Christentum und Sozialdemokratie ein, erläutert die Entwicklung des Ersten von einer Religion der Befehllosen zu einem Dogma der Herrschenden und beweist, daß, wie die Kirche für den sozialen Kampf der Armen nichts übrig habe, so auch der Sozialdemokratie angesichts ihrer gewaltigen Aufgaben der Menschheitsbefreiung kein Raum für ein Jenseits bleibe. Die Trennung von der Kirche, der man innerlich entfremdet ist, müsse schon aus bloßem Realitätsgefühl vollzogen werden. Der als Gast anwesende Sup. Dr. Klügel unternahm in langen Ausführungen den Versuch, das Christentum als außerordentlich segensreich für das wirtschaftliche Wohlfsein, für das gesundheitliche Gedeihen, für die ständige Wiedergeburt und für die Verbreitung von Menschenliebe zu schildern, sein Eintreten für die Armen und seinen mächtigen Einfluss auf die Sterbenden hervorzuheben. Religion gebe es bei allen Völkern, aber besonders habe das Christentum veredelnd auf die heidnischen Völker gewirkt. Redner vermißt jeden Zusammenhang zwischen der Schulverlagerung und dem Austritt aus der Kirche, die mit diesem Entwurf seines Trachtens nichts zu tun habe. Eine geistliche Schulaufsicht habe es schon längst gegeben; wo sie abgeseht sei, hätte die Kirche kaum davon Nachteil gehabt. Gen. Rosenfeld widerlegt in trefflichen Ausführungen die pastorale Verberlichung des Christentums. Eine Religion, die trotz einer beinahe 2000jährigen Herrschaft keine besseren Zustände herbeizuführen vermochte, habe keine Zukunft. Lehrer Wachnick verteidigt die Religion als ein hohes Kulturgut der Menschheit, kann sich aber als Fachmann auf dem Gebiete, das er sachverständig zu beurteilen vermag, mit der preussischen Schulverlagerung nicht befremden. Sie sei ein Versuch der Kirche, die Schule völlig in ihre Gewalt zu bringen. Um breitet dem Herrn Klügel entgegen, daß er sich den Anschein gebe, auf dem Boden einer von jedem staatlichen Zwang und Schutz losgelassenen Religion zu stehen, während die christliche Kirche auf den staatlichen Zwang keineswegs verzichte. Dr. Klügel nahm darauf noch einmal das Wort, um die materialistische Weltanschauung des Referenten als einen von der anerkannten Wissenschaft längst überwundenen Standpunkt zu kennzeichnen. Er berief sich auf einige Duhend Namen von Naturforschern der letzten vier Jahrhunderte, die auf religiösem Boden gefanden hätten, abschließend mit Goethe, Gladstone und Bismarck. In seinem Schlußwort wies Genosse Hildebrand diese Klügel mit überzeugendster Beweisführung zurück und forderte zum Schluß erneut zum Massenaustritt aus der Landeskirche auf. Sein Appell fand stürmischen Beifall. Sodann wurde zur Waisfeierfrage beschlossen, von der Veranstaltung einer Abendfestlichkeit Abstand zu nehmen, dafür aber am Vormittag eine Demonstrationssammlung und am Nachmittag einen Agitationsausflug nach Biesdorf zu arrangieren. Der Vorsitzende teilte mit, daß die neuen Mitgliedsbücher zur Ausgabe fertig seien und daß der Jahlabend, gemeinsam mit der Regelung in

Berlin, am 2. Mittwoch des Monats stattfinden. Am Sonntag findet eine Agitation für den „Vorwärts“ statt. Es wird ferner die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben und Decharge erteilt. Genosse Raskaj empfiehlt den jüngeren Genossen den Anschluß an den Verein jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge. Nach Erledigung einiger Geschäften konnte die Versammlung um 1 1/2 Uhr nachts geschlossen werden.

Weißensee.

Ein etwas seltsames Diebstahlsubjekt hatte sich gestern nachmittags um 15jähriges Dienstmädchen in Weißensee ausgesucht. Vor dem Hause Parkstraße 1 lodte es ein dreijähriges Kind an sich und entfloß damit. Der Diebstahl war jedoch bemerkt worden, und nach etwa einer Stunde gelang es, das junge Mädchen in der Voßtrienstraße wieder einzuholen. Es wurde zur Polizei gebracht, und dort stellte sich heraus, daß man es mit einer Geisteskranken zu tun hatte. Das Mädchen hatte sich vor sechs Tagen von ihren Eltern in Berlin entfernt und war seitdem umhergeirrt. Das gestohlene Kind konnte dem Elternhause wieder zugestellt werden.

Rotowas.

Wegen Beleidigung des Baunternehmers Schröder in Rotowas hatte sich gestern der frühere verantwortliche Redakteur unseres Blattes Genosse Wätner vor dem Schöffengericht in Potsdam zu verantworten. Der Kläger fühlte sich durch eine Notiz „Eigenartige Praktiken eines Baunternehmers“ in der Vorortbeilage vom 21. Oktober v. J. beleidigt. In dieser Notiz wurden Unregelmäßigkeiten zur Sprache gebracht, die bei einem Erweiterungsbau einer Mädchenschule, den Kläger für die Gemeinde Rotowas-Reuendorf ausführt, vorgekommen sein sollten. Diese Angelegenheit, die seinerzeit die Gemeindevertretung beschäftigte und dazu führte, daß Schröder für die nächsten Jahre zur Ausführung von Arbeiten für die Gemeinde nicht herangezogen werden soll, wurde in der gestrigen Verhandlung zwar mit erwähnt, liegt der Klage gegen W. aber nicht zugrunde. Die Beleidigung wurde vielmehr in dem folgenden Schlußsatz der Notiz gefunden: „Bemerkten wollen wir noch, daß Schröder zu den Emporkömmlingen im Baugewerbe gehört, die da glauben, ihre Unternehmerrautität am besten dadurch zu bewahren, daß sie ihre Arbeiter in möglichst rücksichtsloser Weise behandeln.“ — Als Zeugen waren zur gestrigen Verhandlung außer dem Gemeindevorsteher von Rotowas noch einige Bauereigenen, welche bei Schröder beschäftigt waren resp. noch sind, geladen. Die Beweisaufnahme förderte jedoch nichts zutage, wodurch obige Kennzeichnung gestützt würde. Die Verhandlung endete denn auch mit einem Vergleich. Der Beklagte nimmt die Beschuldigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und trägt die Kosten des Verfahrens.

Spandau.

Ein Schiffszusammenstoß auf der Havel fand zwischen Spandau und Schildhorn statt. Dorthelbst fuhr ein Dampfer, jedenfalls infolge falscher Steuerung gegen die Stromaufwärts fahrende Fille des Schiffseigners Segall aus Riederdorf, und zwar mit solcher Gewalt, daß das Fahrzeug sofort zu sinken begann. Der Schiffeser und die Besatzung vermochten nur das nackte Leben zu retten. Der Dampfer, der nur leichtere Beschädigungen davongetragen hatte, konnte die Fahrt fortsetzen.

Wegen des Handels mit Militärwaffen ist in Spandau von neuem eine aufsehenerregende Verhaftung erfolgt. Ein wohnhabender, in bestem Rufe stehender Kaufmann ist durch Kriminalbeamte aus seiner Wohnung abgeholt und in Untersuchungshaft abgeführt worden. Er hat den Vertrieb von Infanteriegewehren, Model 71, jahrelang in voller Öffentlichkeit betrieben und diese sogar in einem Schaufenster ausgestellt. Ein in dieselbe Angelegenheit verwickelter Leutnant oberster der Spandauer Garnison ist wegen „Geisteskrankheit“ in das Garnisonlazarett aufgenommen worden. Ein Landrichter aus Posen, in dessen Hand die Untersuchung der über verschiedene Garnisonsstädte verbreiteten Affäre liegt, ist in Spandau eingetroffen, um die Angeklagten und Zeugen selbst zu vernehmen. Bei dem verhafteten Kaufmann sind auch zahlreiche Schriftstücke beschlagnahmt worden, die sich auf den Waffenhandel beziehen. In Spandau sind jetzt drei Zivilpersonen in dieser Angelegenheit verhaftet. Der Verkauf alter Waffen aus den militärischen Depots ist seit einiger Zeit gänzlich eingestellt worden.

Vermischtes.

Ein Orkan. Belleue (Texas), 27. April. Gestern abend wälzte hier ein Tornado, der eine große Anzahl Häuser niederriß, die dann durch einen infolge des Einstürgens entstandenen Brand vollständig zerstört wurden. Elf Personen sollen hierbei ums Leben gekommen und zahlreiche verletzt sein.

Briefkasten der Redaktion.

D. S. 10. 1. Die vorbesagte Eile erbt die Schulden mit. 2. Nein. 3. Soweit sie unentgeltlich ist: nein. — W. P. 17. Ist keine Kündigungsklausel vereinbart, so beträgt die Frist für Dienstmädchen 6 Wochen zum Quartalsende. Es ist also bis zum 1. Juli Lohn zu zahlen, falls nicht etwa Ihre Schwägerin sich mit Entlassung zum 15. Mai einverstanden erklärt hat. — Ober-Schöneweide. Leider ist das nur durch gütliche Vereinbarung zu ermöglichen. — W. P. 74. 1. und 2. Nein: der Reichshofvorstand hat zu entscheiden. 3. Ja. — S. 20. Zur Einlegung einer zweiten Eile ist die Erstellung eines Ausnahmestellungsbefehles erforderlich. Ein Beispiel für einen Antrag auf Erstellung solcher Eile finden Sie S. 24 Nr. 19 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 66-69 per 100 Pfund, IIa 56-65, IIIa 52-55, IVa 42-50, engl. Bullen 00-00, dän. Bullen 00-00, holl. Bullen 00-00. Kalbfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 85-95, IIa 70-82, IIIa 56-68. Hammelfleisch Ia 60-70, IIa 54-60, Schweinefleisch 63-69. Kaninchen 0,40-0,50. Hühner, alte, Stück 1,50-3,50, alte per Pfd. 0,00, junge, per Stück 1,50-1,80. Tauben, junge 0,55-0,65, alte 0,00. Enten, junge, per Stück 2,40-2,50, per Pfd. 0,00-0,00, russ., gek. per Stück 0,00-0,00. Gänse, junge, per Pfd. 0,50-1,10, russ. per Pfd. 0,00-0,00. Hefte 102-117, Schleie 112-113. Heide 64, mait 00-00. Wale, groß 94-101, mittel 100-101, klein 00-00, unsortiert 95. Wildg. 47-52. Rindern, pomm. I. p. Schaf 4-8, Kieler, Stiege Ia 4-7, do. mittel, per Riste 3-4, do. klein, per Riste 00-00. Schlafinge, schwed. per Ball 0,00, norm. 0,00, holländ. 2-2,50, Kieler 2-4, engl. 0,00. Wale, groß, per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-0,90, klein 0,50-0,60. Spotteln, Kieler, 2 Ball 2,00, Els. per Riste 0,00-0,00. Sardellen, 1902er, per Kiste 78,00, 1904er 76,00, 1905er 74,00. Schottische Vollerlinge 1905 00-00, large 40-44, fall. 36-38, med. 33-35, deutsche 37-44. Örringe, neu rafftes, per 1/2, Zonnen 80-120, Hummer, IIa, 100 Pfd. 00-00. Ariele, per Schaf, große 13,50, mittelgroße 00,00, kleine 0,00, unsortiert 7,50. Eier, Land-, per Schaf 00-00, frische 3,00. Butter per 100 Pfund, Ia 117, IIa 112-116, IIIa 109-111, abfallende 108-112. Saure Gurken, Schaf 3,50-4 M., Pfeffergurken 3,50-4 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magen. bon. 2,10-2,35, rote Zoberger 2,00-2,20, runde weiße 1,80-2,00. Birnkohl per Schaf 8,00-24,00. Weikohl per Schaf 7,00-9,00, Kalkohl per Schaf 00-00, holl. 16,00-24,00. Grünkohl, per 100 Pfd. 00-00. Rüben, weiße 00-00, Zeltower 00-00. Kohlrüben, per Schaf 2,50-4,50.

Witterungsbericht vom 27. April 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Temp. in °F
Schöneberg	—	—	—	—	—	—	Haparanda	757,9	SW	3	bedeckt	2	2
Damberg	755,0	—	—	2 wollig	5	41	Wetersburg	754,0	—	—	3 wollig	11	11
Berlin	754,0	—	—	4 wollig	4	40	Seibitz	761,9	—	—	4 halb bd.	8	8
Frankfurt a. M.	750,9	—	—	2 bedeckt	9	48	Übersee	755,3	—	—	2 wollig	6	6
München	750,3	—	—	4 bedeckt	6	43	Barß	754,9	—	—	3 bedeckt	6	6
Wien	751,0	—	—	3 wolllig	8	46							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. April 1906. Ziemlich kühl, vorherrschend wollig mit meist nördlichen Winden; keine oder unbedeutende Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.